



2. Sitzung

Mittwoch, 31. März 2004

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	21 A	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Ausscheiden eines Abgeordneten (Abgeordneter Carsten Lüdemann CDU)	21 A	Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas	
Nachrücken eines Abgeordneten (Abgeordneter Niels Böttcher CDU)	21 A	– Drs. 18/8 –	55 D
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	21 B	Dr. Andrea Hilgers SPD	55 D
		Klaus-Peter Hesse CDU	56 A
		Christa Goetsch GAL	56 B
Regierungserklärung des Senats		Ergebnis	60
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	21 C	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Beratung			
Michael Neumann SPD	29 B	Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	
Bernd Reinert CDU	35 C	– Drs. 18/26 –	55 D
Christa Goetsch GAL	39 B		
Ingo Egloff SPD	43 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Frank-Thorsten Schira CDU	44 D		
Christian Maaß GAL	46 A	Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes	
Britta Ernst SPD	48 B	– Drs. 18/27 –	55 D
Karen Koop CDU	50 A		
Dr. Willfried Maier GAL	51 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Antrag der Fraktion der SPD:			
Überprüfung des Kita-Chaos:		Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes	
Vorlage des Berichts der Lenkungsgruppe		– Drs. 18/28 –	55 D
– Drs. 18/22 –	52 C	Ergebnisse	60
Thomas Böwer SPD	52 C		
Marcus Weinberg CDU	53 B	Interfraktioneller Antrag:	
Christiane Blömeke GAL	54 B	Einsetzung der Ausschüsse	
		– Drs. 18/47 –	56 C
Beschluss	55 C	Beschluss	56 C

Senatsantrag:

**Mandat des Hamburger Senatsvertreters im
Ausschuss der Regionen der Europäischen
Union**

– Drs. 18/12 – 56 D

Beschluss 56 D

Senatsantrag:

Haushaltsjahr 2003

**Wohngeld, Zweckzuweisung an die Bezirke:
Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe
von 1 444 000 Euro**

– Drs. 18/13 – 56 D

Beschluss 56 D

Senatsantrag:

Haushaltsjahr 2003

**Nachträgliche Genehmigung von überplan-
mäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 LHO**

– Drs. 18/14 – 57 A

Beschlüsse 57 A

Senatsantrag:

**Nachbewilligung von Mehrbedarfen für das
Haushaltsjahr 2003: Finanzhilfen für allge-
meine Schulen in freier Trägerschaft**

– Drs. 18/15 – 57 B

Beschlüsse 57 B

Dringlicher Senatsantrag:

Neustrukturierung der Behörden

– Drs. 18/50 – 57 C

Christian Maaß GAL 57 C

Dr. Monika Schaal SPD 58 A

Hartmut Engels CDU 58 D

Beschlüsse 59 B

Interfraktioneller Antrag:

**Änderung der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft**

– Drs. 18/48 – 59 C

Beschluss 59 C

Antrag der Fraktion der CDU:

**Gesetz zur Änderung des Hamburgischen
Abgeordnetengesetzes**

– Drs. 18/49 – 59 C

Beschlüsse 59 C

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Mit Schreiben vom 23. März 2004 hat Carsten Lüdemann mir mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat mit sofortiger Wirkung niederlege. Seit diesem Tag ist Herr Lüdemann Staatsrat in der Justizbehörde, was bedeutet, dass wir auch weiterhin mit ihm in Kontakt bleiben.

Mitglied der Bürgerschaft war Herr Lüdemann seit Oktober 1997. Er wirkte während dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen und Unterausschüssen mit, unter anderem im Eingabenausschuss, im Europaausschuss, im Innenausschuss und im Rechtsausschuss. Außerdem war er in der 17. Wahlperiode Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Transparenz, Rechtmäßigkeit und Sachdienlichkeit von Personalauswahl und Personalentscheidungen des von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP gestellten Senats, insbesondere der Justizbehörde. Hier bekleidete er das Amt des Schriftführers.

Die Bürgerschaft dankt Herrn Lüdemann für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Liste der CDU Herr Niels Böttcher nachgerückt. Herr Böttcher, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an dieser neuen Aufgabe.

B (Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass Punkt 5 der Tagesordnung nun doch nicht vertagt werden soll. Es handelt sich um die Drucksache 18/8: Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Außerdem sind die Fraktionen übereingekommen, dass die Tagesordnung um vier weitere Punkte ergänzt werden soll. Dabei handelt es sich um die Drucksachen 18/47 bis 18/49, zwei interfraktionelle Anträge zur Einsetzung der Ausschüsse sowie zur Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft und ein Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes. Diese Drucksachen wurden als Tagesordnungspunkte 14 bis 16 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Weiter handelt es sich bei der Drucksache 18/50 um einen dringlichen Senatsantrag zur Neustrukturierung der Behörden. Dieser wurde als Tagesordnungspunkt 12 a nachträglich in die Tagesordnung eingestellt.

Nach Absprache mit den Fraktionen soll Tagesordnungspunkt 14 gleich im Anschluss an den zur Debatte angemeldeten Punkt zur Abstimmung gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraph 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu geben, vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung abzugeben.

Regierungserklärung

Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion eine Redezeit von 60 Minuten zur Verfügung stehen.

Herr Bürgermeister, Sie bekommen das Wort.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden. Sie haben der Christlich Demokratischen Union, sie haben mir den Auftrag erteilt, unsere Stadt die nächsten vier Jahre zu regieren. Die ersten Schritte sind getan. Der neue Senat ist hier vor 14 Tagen bestätigt worden, die Staatsräerin, die Staatsräte sind ernannt, das Regierungsprogramm ist der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Diese Regierungserklärung und die anschließende Debatte bilden den Endpunkt der ersten Phase der Regierungstätigkeit und der parlamentarischen Tätigkeit nach Wahlkampf und Wahlscheidung. Jetzt kann die eigentliche Arbeit beginnen.

Mit Blick zurück auf das Wahlergebnis sei noch ein Wort erlaubt. So sehr ich mich über den Erfolg, so sehr ich mich über die absolute Mehrheit gefreut habe und freue, das Vertrauen der Menschen ist mir persönlich und dem Senat vor allem Verantwortung, die wir wahrnehmen wollen für alle Menschen in dieser Stadt; egal, ob sie uns gewählt haben oder nicht, egal, ob sie wahlberechtigt waren oder nicht. Nach einem Wahlkampf, der immer seine eigenen Gesetzmäßigkeiten hat, gilt umso mehr: erst kommen die Menschen, erst kommt die Stadt, dann kommen die Parteien.

(Beifall bei der CDU und bei Hans-Christoff Dees SPD)

Mehr Verantwortung nach diesem Wahlergebnis, nicht Überheblichkeit oder Rücksichtslosigkeit, dies gilt insbesondere auch für den Umgang des Senats mit Ihnen im Parlament. Seien wir hart in der Sache, fair im persönlichen Umgang und respektvoll in der Ausübung unserer gegenseitigen Rechte.

Wir wissen, wir haben das Glück, in einer großartigen Stadt zu leben, einer Stadt mit großer freiheitlicher Tradition, bürgerschaftlichem Engagement und wirtschaftlicher Stärke. Trotzdem, Hamburg ist keine Insel der Glückseligkeit, sondern auch wir liegen mitten im Strom der großen Veränderungen, die derzeit Europa und Deutschland erfasst haben.

Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Phase der geschichtlichen Entwicklung erleben, die an die Menschen in Deutschland und Europa große Anforderungen stellt, für uns in Westeuropa und Westdeutschland vermutlich sogar die größten seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Wie ist die Lage in Europa? Dieser Frage können und wollen wir uns auch in Hamburg nicht entziehen. Die Europäische Union wird durch den Beitritt neuer Staaten – überwiegend Staaten des ehemaligen Ostblocks – ihr Gesicht ändern. Gewohnte Ansichten über den Lauf der Geschichte, selbstverständlich geglaubte Mehrheiten in den Gremien der Europäischen Union, all das kann und all das wird sich ändern.

Die Ansprüche der neuen Mitglieder der Europäischen Union sind nachvollziehbar, denn bis 1989 haben sie auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schattenseite Europas gelebt. Es wird neue Verteilungskämpfe und neue Unsicherheiten geben.

C

D

A Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland durch die erweiterte Union sind besonders groß. Länder, in denen die Arbeitskosten zum Teil nicht einmal 20 Prozent unserer Kosten betragen, werden direkte Mitbewerber bei industriellen Investitionen. Betriebe und Arbeitsplätze können abwandern und das ist neben dem Verlust von Arbeitsplätzen besonders schmerzlich für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das sein Sozialsystem immer noch überwiegend über den Faktor Arbeit finanziert. Und der Terrorismus ist jetzt mit voller Härte in Europa angekommen. Auch das kann unser Leben verändern.

Kurzum: Wir befinden uns in der Phase tief greifender wirtschaftlicher, sozialer und daraus resultierender gesellschaftlicher Veränderungen.

Hamburg wird dem Wandel in Europa begegnen. Mein Ziel ist es, die Stadt gestärkt aus diesem Wandel herauszuführen. Dieses Ziel müssen wir gemeinsam anstreben. Wir müssen Hamburg noch stärker machen, als es jetzt schon ist.

(Beifall bei der CDU)

Dafür gibt es aus meiner Sicht drei grundsätzliche Bedingungen:

Erstens: Wir sollten nicht die Risiken, sondern die Chancen und die Möglichkeiten sehen, die sich aus dem Wandel Europas ergeben.

Zweitens: Wir schenken all denen die besondere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft, die drohen, unverschuldet zu Leidtragenden des Wandels zu werden, denn wir wollen Gerechtigkeit.

B

Drittens: Wir, die wir führen – in der Politik, in den Parlamenten, in den Regierungen –, finden gemeinsam die Kraft, vorhandenes Beharrungsvermögen zu überwinden.

Unter diesen drei Bedingungen haben wir gute Chancen, gestärkt aus dem Wandel hervorzugehen.

Was heißt das für unsere Stadt? – Stichwort Chancen.

Freier und wachsender Handel mit den Staaten Mittel- und Osteuropas stärkt den Außenhandel und damit unter anderem den Hamburger Hafen. Hamburg hat, anders als andere Metropolen, eine kleine, aber dafür solide Grundlage regionaler, industrieller und gewerblicher Betriebe, die Nachfrage für Dienstleistungen schafft.

Die Angebote in Bildung und Kultur in unserer Stadt sind ausgesprochen vielfältig und zum Teil qualitativ herausragend.

Die Internationalität Hamburgs – von den Konsulaten bis hin zu den außenwirtschaftlichen Kontakten und der Vielfalt kultureller Impulse – ist für eine Stadt unserer Größenordnung außergewöhnlich.

Wir haben Platz für Wachstum innerhalb der Grenzen unserer Stadt. Ehemalige Hafenflächen – Flächen, die von Bahn, Bundeswehr oder öffentlichen Einrichtungen nicht mehr genutzt werden – bieten Verdichtungsmöglichkeiten und Chancen, eine Stadtentwicklung ohne wesentliche Beeinträchtigung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu betreiben. All das schafft Chancen in einer globalisierten Welt. Nutzen wir gemeinsam diese Chancen und jammern wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Stichwort Gerechtigkeit.

C

Wir können diese Chancen nur nutzen, wenn wir all die Menschen nicht vergessen, die nicht stark sind, die von zu Hause keine optimalen Möglichkeiten mitbekommen haben, die drohen, durchs Raster zu fallen oder schon durchs Raster gefallen sind. Notwendiger Wandel darf kein Vorwand dafür sein, dass es denjenigen, denen es ohnehin schon gut geht, in Zukunft noch besser gehen soll, und dass andere, die ohnehin kämpfen müssen, keine Chancen mehr haben. Wir dürfen uns nicht schulterzuckend abwenden mit der Begründung, so seien halt die Gesetze des Marktes, so sei halt die Kehrseite der Globalisierung. Nein, das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft bleibt für uns ein wichtiger Ansporn und Anspruch.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für den Staat, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft, denn ich weiß, auch viele in der Wirtschaft sehen das genauso. Sie stellen sich und ihre Betriebe dem Wettbewerb und kümmern sich um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie übernehmen Verantwortung und haften persönlich mit ihrem Vermögen und mit ihrem Namen.

Einzelne hingegen scheinen jedoch nur an sich zu denken. Wer seine Position ausnutzt, um sich selbst höhere Gehälter zu genehmigen und gleichzeitig Leute entlässt, der handelt alles andere als vorbildlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

D

Die Zeit des Wandels ist nicht dazu da, um Beute zu machen, sondern sie erfordert besonders vorbildliches und bescheidenes Verhalten.

Ich freue mich, dass es gerade in Hamburg Verantwortliche in Wirtschaft und Gesellschaft gibt, die sich in einem ungeheuren Ausmaß dem Wohl der Stadt widmen. Ich denke an das Mäzenatentum und an viele Public-private-partnership-Projekte.

Beispiele sind: die Hamburg School of Logistics, der Investitionsfonds Spitzensport, kulturelle und städtebauliche Projekte, das Internationale Schifffahrts- und Meeressmuseum, die Hochschule für Musik und Theater, die Flügelbauten der Universität, der Umbau in der Staatsoper und der Kunsthalle, der Neubau der Staatlichen Jugendmusikschule und viele, viele Stiftungen dieser Stadt.

Diesen Personen, die zur Elite gehören, und das Mäzenatentum als Verantwortung begreifen, gilt der Dank der ganzen Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Danken möchte ich auch all denjenigen, die sich ehrenamtlich für diese Stadt und ihre Mitmenschen engagieren. Das sind rund 460 000 Hamburgerinnen und Hamburger. Sie beweisen Tag für Tag, dass Initiative und Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl sowie Menschlichkeit unsere hamburgische Bürgergesellschaft prägen. Diese ehrne Tradition wurde im vergangenen Jahr – mit gutem Erfolg – durch die "Landesinitiative Hamburg engagiert sich" erneuert.

- A All das ist auch Ausdruck des Strebens der Menschen unserer Stadt nach Gerechtigkeit in einer sich rasant verändernden Welt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Stichwort Verantwortung.

Verantwortung einzufordern gilt aber auch für uns, die wir politische Ämter bekleiden. Ich denke, das Beharrungsvermögen vieler in der Politik ist zu groß. Wir Politiker meinen zu ahnen, dass weite Teile der Bevölkerung zwar abstrakt die Veränderungen wollen, aber bei sich selbst konkret bitte nicht. Bei allem Verständnis, viel zu oft machen wir uns zum Sprachrohr von Partikularinteressen, anstatt für Veränderung zu werben.

Jedes Neubauvorhaben löst lokale Proteste aus. Jede Änderung von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen trifft auf Widerstand. Jedes Verkehrsvorhaben wird von der unmittelbaren Nachbarschaft bekämpft. Jede Umorganisation von Behörden sorgt für Misstrauen.

Meine Bitte an Sie ist: Widersetzen wir uns nicht dem Wandel – auch nicht vor der Haustür –, sondern gestalten wir gemeinsam den Wandel für diese Stadt. Er ist notwendig.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Natürlich wird es Dispute geben über Ziele und Wege, das ist das Wesen der parlamentarischen Demokratie. Es wird Meinungsverschiedenheiten über das Wie geben. Für das Ob aber müssen wir gemeinsam eintreten, auch wenn wir uns selbst dafür ändern müssen, auch wenn wir dafür Gewohnheiten ablegen und Widerstand aufbrechen müssen.

Konkret gilt das zum Beispiel auch für die Zukunft des Landesbetriebs Krankenhäuser.

(Zuruf von Uwe Grund SPD)

Dass wir zu Veränderungen kommen müssen und private Beteiligung brauchen, um in Gesundheit investieren zu können, sollte uns gemeinsam klar sein. Der Senat nimmt das Ergebnis der Volksabstimmung ernst, sodass der Weg – das Wie – gründlich geprüft wird, ohne Vorfestlegungen und ohne Aufgeregtheiten. Ich gehe davon aus, dass diese Prüfung spätestens bis zum Sommer abgeschlossen sein und dann dem Parlament das Ergebnis der Prüfung vorgelegt wird.

Verantwortung für die notwendigen Veränderungen trägt im Staat nicht nur die Politik, sondern ebenso die Exekutive, also auch die Verwaltung. Ich weiß, wir haben in Hamburg ztausende motivierte, engagierte und loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, seien es Arbeiter, Angestellte oder Beamte. Sie alle tun ihre Pflicht und viele sogar mehr als das. Das ist nicht nur mein persönlicher Eindruck, sondern er wird auch durch Umfragen über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Service der öffentlichen Verwaltung bestätigt.

Darum meine Bitte an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der Freien und Hansestadt Hamburg: Arbeiten wir gemeinsam für eine Deregulierung, für eine Entbürokratisierung der öffentlichen Dienstleistungen und für eine wirklich moderne Verwaltungsstruktur, die schnell, effizient und gerecht ist. Auch das

gehört zu den notwendigen Veränderungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Chancen des Wandels zu nutzen, die Schwachen dabei nicht im Stich zu lassen und Führungsverantwortung zu übernehmen, das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Der Senat wird, um diese Ziele zu erreichen, das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" in den Mittelpunkt seiner Politik stellen. "Wachsende Stadt" bedeutet, Hamburgs Qualität in ausgewählten Bereichen zu steigern. Mehr Qualität, gemessen an internationalen Standards, bringt mehr Quantität, das heißt, mehr Einwohnerinnen und Einwohner für unsere Stadt. Dies wiederum wird positive Auswirkungen haben auf die wirtschaftliche, fiskalische, soziale und gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung der Stadt. Das Konzept der "Wachsenden Stadt" steht dabei nicht in Konkurrenz zur Region. Im Gegenteil. Wir streben eine noch engere Zusammenarbeit im Zuge des regionalen Entwicklungskonzeptes innerhalb der Region an, denn auch die Gebietskörperschaften im Umland wissen: Je besser es Hamburg geht, desto besser geht es auch ihnen. Eine gute wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Aufstellung der Stadt dient nicht nur Hamburg, sie dient der ganzen Region.

Wenn wir von der wachsenden Stadt sprechen, dann heißt dies zunächst: Hamburg will die deutsche Metropole des Wachstums sein. Wir wollen die Metropole mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in Deutschland sein. Nur Wachstum schafft Arbeitsplätze. Das ist das ehrgeizige Ziel dieses Senats.

(Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: Da warten wir mal ab!) D

Dabei heißt Wachstum selbstverständlich nicht Wuchern. Wachstum heißt koordiniertes Vorgehen und gezieltes Fördern von Hamburgs wirtschaftlichen Stärken – und zwar konkret: die Sektoren Luftfahrt, Hafen und Logistik, IT und Medien, Life Science und Nanotechnologie und Außenwirtschaft, insbesondere China-Kompetenz.

Besondere Unterstützung in diesen fünf Bereichen verdienen die kleinen und mittleren Betriebe – vom Handwerksbetrieb bis hin zum Hightech-Unternehmen –, denn sie sind es, die die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU – und vereinzelt bei der SPD)

Die Mittelstandsvereinbarung zwischen Senat, Handels- und Handwerkskammer wird daher vollständig umgesetzt werden, das Mittelstandsförderungsinstitut wird weiterentwickelt und die Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern wird intensiviert. Der Abbau von Bürokratie und Überregulierung wird in einem gesonderten Projekt weiter vorangetrieben werden. Wichtige Infrastrukturprojekte werden ohne Zeitverzögerung weiterverfolgt. Das gilt zum einen für die Fahrinnenanpassung der Elbe. Hier bitte ich die Nachbarländer und die Gebietskörperschaften um ihre weitere Unterstützung.

Ich bin davon überzeugt, dass Sicherheits- und ökologische Bedenken, soweit sie noch bestehen, schnell ausgeräumt werden können. Wir dürfen bei der Fahrinnenanpassung der Elbe keine Zeit verlieren. Es ist eine Existenzfrage für unseren Hafen.

(Beifall bei der CDU)

A Zum anderen ist es von Bedeutung, die Verkehrssituation in Finkenwerder – im Interesse der Menschen, die dort leben und im Interesse von Airbus – schnell zu verbessern. Der Senat wird daher sicherstellen, dass die Ortsumgehung Finkenwerder bis Ende 2006 realisiert wird, genauso wie der weitere Ausbau der Start- und Landebahn nach Süden.

Alle zeitlich, räumlich und bautechnisch zusammenhängenden Maßnahmen der Start- und Landebahnverlängerung sowie der Ortsumgehung Finkenwerder werden zukünftig in einer Hand liegen und sie werden durch die Realisierungsgesellschaft Finkenwerder mbH als Projektsteuerungsgesellschaft umgesetzt werden. Das macht eine bessere Koordinierung dieser zusammenhängenden Bauvorhaben möglich.

Meine Damen und Herren, in der Konzentration auf die wirtschaftlichen Schwerpunkte braucht eine wachsende Stadt Investitionen. Der Senat wird daher ein Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" auflegen. Die Laufzeit wird sechs Jahre – von 2005 bis 2010 – betragen und das Volumen 1 Milliarde Euro, also eine durchschnittliche Jahresrate von etwa 170 Millionen Euro.

Finanziert wird dieses Sonderinvestitionsprogramm, indem wir das Investitionsvolumen umschichten und unter anderem durch Vermögensmobilisierung aufstocken werden.

(Christian Maaß GAL: Wer denn?)

Natürlich werden wir uns bemühen, möglichst viele Projekte in Public-private-partnership zu realisieren.

B

Das Ziel von "Hamburg 2010" ist klar: staatliche Investitionen für die Bereiche, die wir im Leitbild "Wachsende Stadt" als Handlungsfelder identifiziert haben, hier die Qualität Hamburgs verbessern, die Wachstumsstrategie beschleunigen, um so private Investitionstätigkeit anzuregen und Projekte zu realisieren, die internationale Wirkung für die Stadt zeigen. Schwerpunkt von "Hamburg 2010" sind Projekte wie zum Beispiel im Bereich der Stadtentwicklung der Brückenschlag über die Norderelbe, in der Wissenschaft und Forschung die Ansiedlung eines internationalen Campus in der HafenCity, im Bereich Sport die Modernisierung und der Neubau von Sportstätten für den Leistungssport, aber auch Projekte in den Bereichen Kultur, Hafenausbau und Investitionsanreize für die hamburgischen Bezirke.

Um Investitionen im baulichen Bereich möglich zu machen, wird es notwendig sein, den bestehenden Flächennutzungsplan zu überarbeiten.

In den jetzt laufenden Bebauungsplanverfahren verfolgen wir drei Strategien.

Erstens: Wir wollen das Flächenangebot an Gewerbe- und Wohnbauflächen langfristig sichern.

Zweitens: Wir wollen städtebaulich die Entwicklung der Hamburger City nach Süden über die HafenCity, Wilhelmsburg bis hin zum Harburger Binnenhafen fest schreiben.

Drittens: Wir wollen die Flächenentwicklung sicherstellen, indem wir Flächen sparsam nutzen und Lebensqualität dadurch erhalten, dass vorrangig Konversionsflächen für diese Ziele in Anspruch genommen werden sollen.

C Dazu gehört auch die Realisierung der Internationalen Bauausstellung 2013, gemeinsam mit der Internationalen Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg.

Die Internationale Bauausstellung soll Ziele und Möglichkeiten für das urbane Leben im 21. Jahrhundert dokumentieren; Leben in einer Großstadt, in der citynah gewohnt und gearbeitet wird, in der Freizeitangebote, Naherholungs- und Sportmöglichkeiten und eine gesunde Umwelt gesichert sind.

In den nächsten Wochen werden wir hierfür einen wissenschaftlichen Beirat einberufen. Er wird mit international renommierten Experten aus den Bereichen Architektur, Stadtsoziologie, Ökonomie, Ökologie, Ingenieurwissenschaften und Kultur besetzt sein. Er wird ein Memorandum zur Internationalen Bauausstellung 2013 entwickeln. Projektgruppen werden dann einzelne Konzepte und Projekte gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und erarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass das die Grundzüge einer Wirtschaftspolitik, einer Stadtentwicklungs- und einer Investitionspolitik sind, die der wachsenden Stadt zum Erfolg verhelfen werden, die Arbeit und Wachstum für Hamburg schaffen. Das brauchen wir in dieser Stadt am dringendsten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Aber selbstverständlich ist für mich, dass an der wachsenden Stadt auch all die teilhaben sollen, die bislang wirtschaftlich auf der Schattenseite stehen. Wir werden daher alle Zuständigkeiten für die Arbeitsmarktpolitik in eine Hand legen. Als Erstes werden wir die gesamten Kompetenzen hierfür in die Behörde für Wirtschaft und Arbeit verlagern. Allen potenziell Erwerbsfähigen sollen sämtliche Möglichkeiten zur Vermittlung in Arbeit und Ausbildung und zum Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit offen stehen. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wollen wir die Voraussetzung schaffen für eine einheitliche Betreuungsstruktur hilfebedürftiger Arbeitssuchender. Wir wollen dies in Hamburg so verwirklichen, dass die Betroffenen, nämlich die Empfänger von Arbeitslosengeld II, die bestmögliche aktivierende Hilfe erhalten.

D Nach der Maxime "Fördern, Fordern, Effizienz" werden wir eine breite Palette von Programmen anbieten: von niedrigschwierigen Eingliederungshilfen, wie zum Beispiel gemeinnützige Arbeit, über Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, bis hin zu Eingliederungshilfen in Unternehmen und Unterstützung von Existenzgründungen. Dabei müssen in erster Linie die Betriebe noch stärker motiviert werden, auch denjenigen eine Chance zu geben, die jahrelang außen standen. Die Hamburger Arbeitsmarktpolitik setzt daher weiter auf Integration in den Arbeitsmarkt, setzt auf Zusammenarbeit und partnerschaftliche Kooperation mit der Wirtschaft und mit den Betrieben.

Über das "Hamburger Modell" Arbeitsplätze zu schaffen und Geringqualifizierte im Niedriglohnsektor zu fördern, bleibt dabei der zentrale Punkt. Besondere Bedeutung wird haben, berufliche Perspektiven zu schaffen für Jugendliche, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Das Ziel bleibt: Integration verbessern und spürbare Beschäftigungseffekte schaffen.

Uns ist klar, dass wir wirtschaftliches Wachstum und Arbeit nur mit bestausgebildeten Menschen erreichen

A werden. Daher ist eine gute Ausbildung in Hochschule und Schule unverzichtbar, genauso wie ein ausreichendes Angebot für lebensbegleitendes Lernen.

Die Hamburger Hochschulen haben sich zu einem äußerst anspruchsvollen Reformprozess verpflichtet. Mit diesem ambitionierten Programm stoßen wir die größte Umstrukturierung des Hamburger Hochschulsystems an und wir beanspruchen damit auch eine bundesweite Vorreiterrolle. Ziel soll es sein, daran werden wir mit Nachdruck arbeiten, Hamburg als eine Metropole des Wissens zu etablieren und bis 2012 im Hochschulbereich in ausgewählten Fachgebieten in europäische Spitzenpositionen vorzudringen. Nicht unter "ferner liegen" bei Rankings, ganz vorne müssen wir sein.

(Beifall bei der CDU)

Bislang gilt der Zukunftspakt mit den Universitäten bis zum Jahre 2005. Er garantiert den Hochschulen Budgetkonstanz. Im Gegenzug wird ihre aktive Teilnahme am Reformprozess eingefordert. Mit diesem Geben und Nehmen sind bereits beachtliche Veränderungen erreicht worden. Sie müssen fortgesetzt werden. Wir streben daher über das Jahr 2005 hinaus weitere verlässliche Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Hochschulen an. Über das Gesamtvolume muss gesprochen werden. Fest steht für mich, Planungs-, Finanz- und Reformsicherheit ist für alle Seiten gut.

Hamburg – Metropole des Wissens: Dazu wird auch gehören, das Hochschulangebot in Hamburg zu erweitern. Wir brauchen gerade im Hochschulbereich noch mehr Internationalität. Hierfür wird die HafenCity der geeignete Standort für ausgewählte Projekte sein. Wir werden daran arbeiten, eine weitere renommierte Forschungseinrichtung mit internationaler Strahlkraft nach Hamburg zu holen. So bietet zum Beispiel der neue Röntgenlaser am DESY ein hervorragendes Potenzial für außeruniversitäre Forschung an. Und wir werden in Hamburg eine Akademie der Wissenschaften gründen. Sie wird den Wissenschaftsstandort Hamburg stärken und die Entwicklung der Wissenschaften im norddeutschen Raum fördern.

Meine Damen und Herren! Herausragende Leistungen in Wissenschaft, Forschung und Lehre beginnen aber in der Schule. Schwerpunkt der Hamburger Schulpolitik wird daher die Verbesserung der Qualität von Schulen sein. Jeder fünfte Euro wird in Hamburg bereits in Bildung und Sport investiert. Das ist viel, aber es ist nicht genug, um alle Bereiche des Schulwesens gleichzeitig zu verbessern, also müssen wir Prioritäten setzen.

Ein qualitativ hochwertiges Schulwesen beginnt mit vor-schulischen Bildungsstandards. Systematische Bildungsarbeit muss bereits in den Kindertagesstätten einsetzen, ohne diese gleichzeitig zu verschulen. Nur so sorgen wir für Chancengerechtigkeit, nur so können wir die frühkindliche Lernfähigkeit optimal nutzen.

Verbindliche Bildungsstandards im Elementarbereich heißt natürlich auch, dass das pädagogische Personal in den Kindertagesstätten hierfür entsprechend qualifiziert werden muss und das heißt, das Nebeneinander von Vorschulklassen und Kitas mit unterschiedlichen Inhalten und Rahmenbedingungen zu beenden und ein Gesamtkonzept mit verlässlichen Standards vor der Einschulung zu erarbeiten.

C Wir werden Hamburgs Schulen mehr Selbstständigkeit geben, aber auch mehr Eigenverantwortung zumuten. Jede Schule soll ein Leitbild und ein Schulprogramm erarbeiten, damit Eltern und Schüler leichter die individuell passende Schule, den passenden Schulabschluss finden können. Mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schule auf der einen Seite, die staatliche Gewährleistungspflicht für ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem auf der anderen Seite verlangen ständige interne und externe Evaluation, die sich an den Zielen von Schule insgesamt orientiert, genauso wie an den Zielen jeder einzelnen Schule.

Es darf keinen Schulabschluss ohne Anschluss geben. Das Schulsystem muss durchlässig bleiben und Schule muss befähigen zu Ausbildung, zu Studium und Arbeit. Darüber müssen und werden wir mit Wirtschaft und Hochschulen reden, wenn wir hier die Weichen neu stellen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Haupt- und Realschulen stärken. Die Schülerzahlen gehen bei diesen Schulformen zurück. Wir werden mit diesen Schulen schulformbezogene Profile erarbeiten, die auch den Anschluss sicherstellen. Das wird sie wieder attraktiv machen.

(Beifall bei der CDU)

D Ein Wort zu den Ganztagschulen: Wir werden das Ganztagsangebot zügig ausbauen. Was die Eltern wollen, was die Schulen können, was finanziell machbar ist und was der Schulentwicklungsplan sagt, sind die vier Kriterien, die über Schulstandorte entscheiden werden. Die Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre bedeutet auch für die Gymnasien verstärkt Nachmittagsunterricht. Bei der Organisation werden wir die Gymnasien angemessen unterstützen.

Meine Damen und Herren! Eng zusammen mit der Bildungspolitik hängt das Angebot der Stadt in Sachen Kindertagesbetreuung. In den vergangenen Monaten ist darüber intensiv diskutiert worden, hier im Hause, auf vielen Veranstaltungen, im Wahlkampf, doch vor allem in vielen persönlichen, direkten Gesprächen, die fast alle von uns mit vielen Eltern geführt haben. Für mich steht als Ergebnis dieser Gespräche fest: Um die Kindertagesbetreuung zu verbessern, und das will ich, müssen wir weitere mutige Schritte gehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Ich will die Einführung eines landesgesetzlichen Rechtsanspruchs, der die Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern im Alter von null bis 14 Jahren garantiert. Und ich will die Erweiterung des bundesgesetzlichen Rechtsanspruchs für Kinder von drei bis sechs Jahren auf eine fünfstündige Betreuung; das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

In dieser fünfstündigen Betreuung soll ein Mittagessen enthalten sein, denn so bekommen Kinder aus sozial benachteiligten Familien eine bessere Grundbetreuung und Kinder mit Migrationshintergrund können leichter integriert werden. Das kostet alles Geld.

(Zurufe von der SPD und der GAL: Ja!)

Entsprechende Vorschläge werden in Kürze inklusive Finanzierungsmodalitäten diesem Hause und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Ich weise jetzt schon darauf

A hin, dass die eingesetzten und einsetzbaren Ressourcen nicht beliebig vermehrbar sind, sondern es wird auch zu Umsteuerungen im System kommen. Denkbar ist auch, Eltern zum Beispiel finanziell an Leistungsverbesserungen wie dem Mittagessen zu beteiligen, denn sie sparen ja auch Aufwendungen zu Hause. Das Ziel muss aber sein, in Hamburg eine vorbildliche Kinderbetreuung zu schaffen, die neue Maßstäbe für die ganze Bundesrepublik Deutschland setzt. Das ist unser Ziel und das werden wir erreichen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Aber natürlich ist eine bessere Kinderbetreuung nur ein Aspekt, um Hamburg für junge Familien attraktiver zu machen. Es wird auch darum gehen, Familien bei der Vergabe städtischer Grundstücke besser zu fördern. Wir wollen Anreize für Investoren zum Bau von Familienwohnungen schaffen. Die Vergabe von städtischen Grundstücken ist nicht allein eine fiskalische Frage, die den Marktgesetzen unterliegt, sondern mit der Vergabepolitik lässt sich auch bewusst steuern. Wir haben das Ziel, jungen Familien in Hamburg die Möglichkeit zu geben, hier zu bleiben, hier zu investieren und zu finanziell vertretbaren Bedingungen Eigentum zu schaffen. Das sind wir den jungen Familien schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Mehr Qualität für eine wachsende Stadt heißt natürlich auch, die Entwicklung wichtiger städtebaulicher Projekte fortzusetzen.

B Stichwort Domplatz: Im Dezember 2003 wurde das Investorenbewerbungsverfahren abgeschlossen. Genau heute findet die Investorenauswahlentscheidung statt. Baubeginn wird im Jahre 2006 sein, die Fertigstellung erwarten wir für das Jahr 2008.

Stichwort Europapassage: Im Juni 2004 wird Grundsteinlegung sein, fertig werden wird die Passage Mitte des Jahres 2006.

Stichwort Jungfernstieg: Der ursprüngliche Zeitplan sah den Baubeginn für März/April 2004 vor. Da die Risikoabdeckung von bis zu 4,8 Millionen Euro aus dem Haushalt noch offen ist, treten hier Verzögerungen ein. Ich gehe aber davon aus, dass es nach den entsprechenden Haushaltsmaßnahmen möglich sein wird, im zweiten Quartal 2004 mit dem Bau zu beginnen.

Stichwort Messeerweiterung: Die vorbereitenden Arbeiten haben im Herbst des Jahres 2003 begonnen. Der Vertrag mit dem Investor ist im Februar geschlossen worden. Ein erster Bauabschnitt wird im Jahre 2005, noch rechtzeitig zur Internorga, fertig sein und die Gesamtmesseerweiterung im Jahr 2008.

(Michael Neumann SPD: So'n Zufall!)

Stichwort Spielbudenplatz: Im Februar 2004 ist ein Wettbewerb ausgelobt worden. Im Mai/Juni 2004 wird das Preisgericht tagen, danach werden die weiteren Entscheidungen getroffen werden.

Stichwort HafenCity: Am Sandtorkai wird spätestens im Mai 2004 Richtfest gefeiert für die Baufelder eins bis vier. Fertig werden die ersten Bauten Ende 2004. Am Dalmannkai wird die Bebauung mit 600 Wohnungen bis zum Jahre 2007 fertig sein. Die Verfahren laufen planmäßig. Im Kernstück der HafenCity, dem Überseequartier, ist die zweite Stufe des Investorenauswahlverfahrens angelau-

C fen. Bis September 2004 wird der bevorzugte Bieter ausgewählt. Baubeginn hier wird spätestens im Jahre 2006 sein, wenn die Sanierungsarbeiten am Grasbrook abgeschlossen und das Bebauungsplanverfahren durchgeführt sein werden.

Stichwort Harburger Schlossinsel: Im Herbst 2004 wird abschließend darüber entschieden, welche Teile des Gebiets genau ausgegrenzt werden, um sie aus dem Hafengebiet zu entlassen. Gewerbliche und wirtschaftliche Interessen müssen hierbei berücksichtigt werden, um eine neue Bebauung, die nicht der Hafennutzung unterliegt, möglich zu machen.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen des Leitbilds "Wachsende Stadt" hat der Senat neben den Bebauungsmaßnahmen, den Maßnahmen der Stadtentwicklung, verschiedene Präferenzbereiche benannt.

Hamburg als Kulturmetropole auszubauen, ist eine der wichtigen davon. Dazu gehören zunächst wichtige Investitionen. So werden die Bauarbeiten am Internationalen Schiffahrts- und Meeresmuseum am Kaispeicher B Mitte des Jahres 2004 beginnen. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2006 geplant.

Wir wollen den Bau der Elbphilharmonie, wir wollen die kulturelle Nutzung am Kaispeicher A. Unser Ziel ist, hier ein architektonisches, kulturelles Highlight für unsere Stadt zu schaffen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

D Die Koordinierungsgespräche beginnen dieser Tage. Das Projekt soll noch in dieser Legislaturperiode wahr werden. Wir wollen diese Elbphilharmonie, weil Hamburg damit seinen Anspruch, internationale Kulturmetropole zu sein, weiter ausbaut. Dazu werden wir auch Sponsorengelder brauchen. Meine Bitte an viele Menschen in der Stadt: Lassen Sie uns alle an einem Strang ziehen. Es gibt die Möglichkeit, Großartiges zu schaffen mit Ausstrahlung weit über Hamburg hinaus. Es wird eine Aufgabe für die ganze Stadt sein, die es gemeinsam zu lösen gilt.

(Beifall bei der CDU)

Es sind weitere Investitionen geplant im Präferenzbereich Kultur. Am Domplatz wird als Teilbebauung ein Ausstellungszentrum unter anderem für archäologische Exponate entstehen. Die Gedenkstätte Neuengamme soll im Mai nächsten Jahres in neuer und erweiterter Form eröffnet werden. Für junge Unternehmen aus der Musikbranche wird das Musikzentrum St. Pauli ins Leben gerufen werden. Die Kulturszene St. Pauli wird durch eine neue Spielstätte für das Schmidt-Theater aufgewertet. Darüber hinaus werden wir Hamburg zu einer Modellregion für Kinder- und Jugendkultur entwickeln. Dabei wird aber das Bestehende keinesfalls vernachlässigt.

Schon jetzt ist Hamburg eine energiereiche Kulturmetropole von internationaler Bedeutung. Unsere Stadt ist die Heimat renommierter Sprechtheater und einer vielfältigen Museumslandschaft. Oper und Ballett sind von Weltruf. Das Angebot der Bücherhallen ist bundesweit vorbildlich. Wir haben große Orchester sowie eine pulsierende freie Kunst- und Kulturszene. Nicht zu vergessen sind die vielfältigen Angebote in den Stadtteilen, die Kreativität und Dialog fördern und Identität schaffen. Stadtteilkultur, Geschichtswerkstätten, Musikclubs und Veranstaltungsorte tragen zusammen mit jungen Künstlerinnen und

- A Künstlern zu einer innovativen Kultur und verschiedensten Kunstformen in dieser Stadt bei, auf die wir als Hamburgerinnen und Hamburger stolz sein können.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Willfried Maier GAL)

Dieses zu sichern, ist Aufgabe der Stadt, aber auch das Werk von vielen privaten Stiftungen und Sponsoren, denen ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

(Beifall bei der CDU)

Neben dem besonderen Augenmerk für den Präferenzbereich Kultur werden wir in ausgewählten Projekten das Konzept der "Wachsenden Stadt" weiter konkretisieren. So beinhaltet ein Leitprojekt mit dem Namen "Sprung über die Elbe" Vorstellungen über die Integration von Stadtteilen, die bisher eher isoliert durch Hafenindustrie und Infrastrukturtrassen im Süden der Stadt liegen, wie Wilhelmsburg, die Veddel und Teile von Harburg. Unser Ziel ist dabei der Brückenschlag über die Norderelbe, neue Arbeitswelten am Reiherstieg, die neue Wilhelmsburger Mitte mit der Internationalen Gartenschau im Jahre 2013, Neuansiedlungen im Wilhelmsburger Osten und der Harburger Binnenhafen mit der Schlossinsel. Dabei steht im Vordergrund, den Hamburger Süden zu integrieren, die Elbe nicht als etwas Trennendes, sondern das Leben und Arbeiten am Fluss als etwas Verbindendes zu begreifen und dabei neue städtebauliche Reize zu entdecken und zu entwickeln.

Ein weiteres Leitprojekt der "Wachsenden Stadt" trägt den Titel "Sportstadt Hamburg". Manche mögen es nicht glauben, aber schon 2003 war Hamburg Sportstadt Nummer eins in Deutschland. Über 5 Millionen sportbegeisterte Besucherinnen und Besucher haben Hamburgs Sportangebote verfolgt und diese Entwicklung geht weiter. Allein in diesem Jahr finden 35 nationale und internationale Sportevents in Hamburg statt, die meisten davon mitten in der Stadt – vom Beach-Volleyball auf dem Rathausmarkt über den Marathon durch die City. Höhepunkt dieses Sportjahrs werden die Special Olympics sein, eine der größten Sportveranstaltungen für geistig und mehrfach behinderte Menschen, die zu Tausenden nach Hamburg kommen und die ich jetzt schon, ich glaube, auch in Ihrem Namen, herzlich in Hamburg willkommen heißen möchte.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Auch mit dem Deutschen Gehörlosensportfest rund um den Stadtpark bestätigt Hamburg sein sportliches und soziales Engagement. Wir wollen Hamburgs Ruf als Sportstadt festigen. Dazu wird die Hamburg Marketing GmbH die Interessen und Initiativen des Breitensports, des Spitzensports und der Sportveranstalter bündeln und koordinieren.

Ein weiteres Leitprojekt der „Wachsenden Stadt“ trägt den Titel "Welcome to Hamburg". Ich betone noch einmal: Eine internationale Metropole wie Hamburg braucht Spitzenkräfte, die zur wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereicherung beitragen. Wir heißen Spitzenkräfte aus aller Welt in unserer Stadt willkommen.

(Beifall bei der CDU)

Dass sich das Ausländerrecht auf Bundesebene in diese Richtung zwar langsam, aber beharrlich bewegt, begrüße

ich. Natürlich stehe ich zu unserer Verantwortung, ja, zu unserer Pflicht, Menschen in Deutschland und Hamburg aufzunehmen, die unter Verletzung von Menschenrechten verfolgt werden oder unter Bürgerkrieg leiden.

(Antje Möller GAL: Das wäre ja auch noch schöner!)

Zumindest bei Verfolgungsmaßnahmen beziehungsweise wenn die Bürgerkriegszustände andauern, müssen wir ihnen die Möglichkeit geben, bei uns Zuflucht zu finden. Das gehört zu unserem Selbstverständnis als demokratischer, sozialer Rechtsstaat, das ist auch eine Frage der Humanität.

Unabhängig davon aber müssen wir insbesondere um qualifizierte Arbeitskräfte in aller Welt werben. Dazu will ich ein Welcome-Center, das Servicesetzung für alle potenziellen Neubürgerinnen und Neubürger in dieser Stadt ist. Das Angebot soll Erstberatung in Fragen von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, Hilfe bei der Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung, Anerkennung universitärer Qualifikationen, medizinischer Versorgung, Sprachkursen, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten und der Vermittlung von Patenschaften sein.

Dieses Center soll auch Anlaufstelle für Hamburger Unternehmen sein, die Arbeitskräfte und Spitzenkräfte aus dem Ausland wollen. Die Internationalität unserer Stadt ist das große Kapital, das wir haben; lassen Sie es uns einsetzen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und bei Hans-Christoff Dees SPD)

So ist dieses Welcome-Center Bestandteil der Internationalisierungsstrategie dieses Senats. Hamburgs Position im Ostseeraum wollen wir festigen und ausbauen durch Kooperation mit ausgewählten Wachstumsregionen. Das gilt für die Beziehungen zu Nordwest-Russland genauso wie für die Zusammenarbeit mit der Öresund-Region. Wir wollen Hamburgs Asienkompetenz weiter aktivieren. Meine Reise im Herbst nach Peking, Shanghai und Hongkong gehört genauso dazu wie die geplanten Korea-, Japan- und China-Wochen im nächsten Jahr. All das wird die Internationalität stärken und Investoren in diese Stadt locken.

(Beifall bei der CDU)

Doch diese Schwerpunktbildung wird nicht heißen, dass wir andere Regionen vernachlässigen. Im Gegenteil. Wir streben zum Beispiel an, die Beziehungen zu arabischen Staaten in geeigneten Themenfeldern auszubauen, insbesondere im Gesundheitsbereich. Hier haben die ersten Gespräche stattgefunden. Ende Juni werde ich in die Türkei, nach Ankara und Diyarbakir reisen,

(Christa Goetsch GAL: Hört, hört!)

um politische Gespräche zu führen über die Situation der Türken in Deutschland und den Wunsch der Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Internationalisierung Hamburgs heißt aber auch, sich um die zugewanderten Menschen zu bemühen, die zum Teil in der dritten Generation und noch länger in unserer Stadt wohnen. Dieses sind – das sage ich auch deutlich – keine "Gastarbeiter" oder "Gastarbeiterfamilien", sondern Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg, auch wenn sie hier das Wahlrecht nicht haben; sie gehören zu unserer Stadt.

C

D

A (Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich werde daher zum Beispiel das Projekt fortsetzen, das ich in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen, Unternehmensverbänden und Kammern begonnen habe, nämlich jungen Leuten mit Migrationshintergrund eine berufliche Perspektive zu verschaffen. Gleichzeitig werden wir unsere Bemühungen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund verstärken. Ziel dabei ist, vor der Schule deutsch lernen, damit in der Schule deutsch gesprochen wird.

(Beifall bei der CDU)

Dabei will ich keine sprachliche oder kulturelle Assimilation. Viele unterschiedliche Kulturen bereichern unsere Stadt. Ich will aber, dass Sprache kein Integrationshemmnis ist.

Meine Damen und Herren! Aus all dem sehen Sie, das Leitbild "Wachsende Stadt" setzt sich aus vielen Mosaiksteinen zusammen. Neben den ausgewählten Leitprojekten bringt die wachsende Stadt Qualitätsverbesserungen in vielen, für die Menschen und die Stadt wichtigen Bereichen. Aber täuschen wir uns nicht. Nahezu in allen Bereichen, die ich genannt habe, geht es entweder um neue Wege oder um Weiterentwicklungen. Auf jeden Fall aber bedeutet es aus meiner Sicht in vielen Bereichen Verbesserungen, aber auch Veränderungen. Und ich weiß, mag die Verbesserung noch so sehr auf der Hand liegen, die Veränderung löst Beharrungskräfte aus und wenn es konkret wird, wird erfahrungsgemäß alles misstrauisch beäugt.

B Daher ist es wichtig, dass alle Veränderungen auf einer sicheren Grundlage erfolgen. Sichere Grundlage heißt zunächst, dass die Menschen in der Stadt sich sicher und geborgen fühlen. Das Bemühen um Innere Sicherheit ist daher für mich niemals Law-and-Order-Denken gewesen. Das Thema Innere Sicherheit, Sicherheit und Geborgenheit beruht aus meiner Sicht auf zwei Annahmen. Zum einen sind es gerade die Menschen, die Sicherheit nicht kaufen können, die auf den Staat angewiesen sind, dass er ihnen Sicherheit verschafft. Um es schlicht auszudrücken: Wer kein Geld für Bodyguards hat, der braucht eine gute Polizei.

(Beifall bei der CDU und bei Doris Mandel SPD)

Und wer Angst hat, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, weil er Angst vor Straftaten und Belästigungen hat, dem wird Mobilität und Freiheit genommen; das wollen wir nicht. Und zum anderen, je stärker der Veränderungsdruck im Allgemeinwesen ist, desto größer ist der Wunsch nach Sicherheit. Innere Sicherheit erfüllt damit weniger eine kriminalpolitische Funktion, sondern eine soziale und gesellschaftliche Funktion für den Menschen. Es wird daher in diesem Senat kein Nachlassen im Bemühen um eine personell und sachlich gut ausgerüstete Polizei und Feuerwehr geben sowie um eine effiziente und gerechte Justiz. All das brauchen wir für die Sicherheit der Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Wo dabei gesetzliche Grundlagen für die effektive Polizeiarbeit fehlen, werden wir sie schaffen. Das gilt für mögliche Videoüberwachungen an Gefahrenschwerpunkten – natürlich zeitlich befristet – genauso wie für die Möglichkeit, verdachtsunabhängige Kontrollen zu schaf-

fen. Das wird selbstverständlich geschehen unter Beachtung des Grundsatzes der Angemessenheit und der Verhältnismäßigkeit.

Auch für diesen Senat gilt, was bereits für den vorherigen Senat galt: Wir haben großes Vertrauen in die Arbeit unserer Polizei und unserer Feuerwehr. Wir haben großen Respekt vor jedem einzelnen Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin, die wahrlich keinen einfachen Beruf haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das gilt genauso für Justiz und Strafvollzug. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Bereichen – in der Justiz selbstverständlich über die Strafjustiz hinaus – leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Ausgleich und zum sozialen Frieden in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren! Veränderungen und Wandel nur, wenn die Grundlagen sicher sind, und zu einer sicheren Grundlage gehört auch eine solide Finanzpolitik. Dafür haben wir die Voraussetzungen in den letzten zwei Jahren geschaffen. Der Kreditspielraum wurde in 2002 und 2003 erstmals nicht voll ausgeschöpft. Auch mussten keine Fehlbeträge ausgewiesen werden, die zukünftige Haushalte belasten. Die Nettoneuverschuldung konnte kontinuierlich zurückgeführt werden. Das Sparprogramm Jesteburg I ist nahezu vollständig umgesetzt, die Verwirklichung von Jesteburg II läuft.

Durch Vermögensumschichtungen konnten wir in der vergangenen Legislatur bereits ein 50-Millionen-Euro-Sonderinvestitionsprogramm auflegen, um den Instandsetzungsstau zu beseitigen. Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag konnten mit positiven Ergebnissen für Hamburg abgeschlossen werden.

Trotzdem ist die Haushaltsslage nach wie vor kritisch. Wir haben eine Verschuldung von 13 700 Euro pro Einwohner, eine unbefriedigende Zinssteuerquote von 15 Prozent und die Nettokreditaufnahme im Jahre 2003 betrug 800 Millionen Euro.

Trotz dieser Schwierigkeiten bleiben wir bei unserem ehrgeizigen finanzpolitischen Ziel: Wir wollen einen ausgeglichenen Betriebshaushalt für das Jahr 2006 vorlegen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Es bleibt bei der Reduzierung der Neuverschuldung und der Fortsetzung der Konsolidierungspolitik.

Unser besonderes Augenmerk gilt der stärkeren Investitionstätigkeit der Stadt. Auf das Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" habe ich bereits hingewiesen. Um diese haushaltspolitischen Ziele zu erreichen, müssen wir auch die Effizienz staatlichen Handelns weiter steigern. Wir müssen Organisationsstrukturen effektiver gestalten, Aufgaben entflechten und Verwaltungsverfahren beschleunigen.

Wenn ich schon im Vorfeld dieser Debatte von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform gesprochen habe, geht es mir nicht um Zentralisierung der Verwaltung, sondern um Effizienz und Bürgernähe. Nach meiner Erfahrung kann dies auch und gerade durch Dezentralisierung erreicht werden, weil damit endgültige Entscheidungsbefugnisse auf die dezentralen Stellen übertragen werden und damit Doppelt- und Dreifachzuständigkeiten,

A wie es sie vielfach in Hamburg noch gibt, endlich beseitigt werden. Da werden wir anpacken.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Richtung streben wir eine Verwaltungsreform an. Ich weiß, das ist alles andere als einfach. Ich weiß, das ist mehrfach in der Vergangenheit ohne Erfolg versucht worden. Wir haben den Ehrgeiz, die hamburgische Verwaltung so zu organisieren, dass sie effizient ist, bürgerlich ist und dem Bürger die Möglichkeit einer größeren Mitsprache gibt, dezentrale Strukturen schafft und die Zentrale für das verantwortlich macht, wofür Zentralen verantwortlich sein müssen, das heißt, für die Grundzüge und nicht für alles. Das ist das Ziel dieser Reform.

(Beifall bei der CDU und bei Doris Mandel SPD)

Und wenn wir andere auffordern, den Wandel zu gestalten und Veränderungen mitzumachen, dann müssen wir doch bitte bei uns selber anfangen und können es nicht nur mit Appellen an andere bewenden lassen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, ja sie wissen, dass wir für diese Politik der Veränderung eher weniger als mehr Geld haben. Sie erwarten keine Politik auf Pump. Aus gutem Grund habe ich daher im Wahlkampf auf teure Wahlversprechen verzichtet.

Meine Damen und Herren! Diese Regierungserklärung und das vorgelegte Regierungsprogramm bilden die Grundlage für die Arbeit der nächsten vier Jahre. Ich bin davon überzeugt, dass diese Stadt, dass wir alle eine große Chance haben, die Veränderungen in Europa und in Deutschland erfolgreich zu erleben, erfolgreich zu gestalten und diese Stadt gestärkt aus dem Veränderungsprozess hervorgehen zu lassen. Nicht Ängstlichkeit, nicht überzogenes Beharrungsvermögen, nicht Besitzstandswahrung, nicht Ellenbogengesellschaft, wo jeder nur an sich denkt, werden uns voranbringen, sondern ein verantwortungsvolles, solidarisches Handeln mit dem Mut, neue Wege zu gehen. Ich bin bereit, dieses zu tun.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr von Beust, am 29. Februar, also vor gut vier Wochen, haben Sie offensichtlich – wir haben es auch gerade gehört – die absolute Mehrheit der Mandate in dieser Bürgerschaft gewonnen.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der CDU
– Ingo Egloff SPD: Das ist ja wie im Ostblock!
– Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich wollte Ihnen Ihren Beifall nicht beschneiden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Michael Neumann (fortfahrend): Absolute Mehrheiten hat es zuletzt 1991 gegeben, zugegebenermaßen damals noch für uns Sozialdemokraten. Aber auch sonst sind absolute Mehrheiten in einem Parlament etwas sehr Seltenes. Wenn ich ehrlich bin, muss ich schon zugeben, dass mich unsere Niederlage und damit auch Ihr Sieg schmerzt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich hätte mir für meine Partei ein anderes Ergebnis gewünscht. Aber der Wähler hat entschieden.

(Bernd Reinert CDU: Und er hat richtig entschieden!)

Er hat für klare Verhältnisse gesorgt und er hat Ihnen für die nächsten vier Jahre die Verantwortung im Senat übertragen und uns als Sozialdemokraten die Verantwortung in der Opposition.

(Dr. Willfried Maier GAL: Uns auch! – Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

– Das sei Ihnen geschuldet.

Zumindest im Namen meiner Fraktion – das kann sonst Frau Goetsch gleich auch noch einmal ergänzen – möchte ich Ihnen, Herr von Beust, an dieser Stelle zu diesem Wahlerfolg gratulieren. Ich wünsche Ihnen Erfolg und Glück zum Wohle unserer Stadt und will Ihnen aber auch gleichzeitig sagen, dass wir Hamburger Sozialdemokraten schon den Ehrgeiz haben, es Ihnen schwer zu machen. Das nicht aus Selbstzweck, sondern auch zum Wohle unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu wird es ein klares und unmissverständliches Nein geben, wenn Sie etwas falsch machen, aber auch ein klares und ebenso unmissverständliches Ja, wenn Sie, Herr von Beust, etwas Überzeugendes und Richtiges vorschlagen. Beides wird es in den nächsten vier Jahren geben. Wir werden als Opposition nicht der Versuchung erliegen, nun reflexhaft immer ablehnend auf Ihre Vorschläge zu reagieren. Nein, ich biete Ihnen an: Wir Sozialdemokraten werden mit Ihnen in einen Wettbewerb für das Beste für Hamburg treten.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie gut machen, dem werden wir zustimmen, wie wir es auch in der Vergangenheit getan haben. Wir werden uns nicht plötzlich gegen wichtige Vorhaben unserer Stadt aussprechen, nur weil wir jetzt in der Opposition sind und Sie unsere Pläne zu Ende bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt insbesondere für die großen Vorhaben: für die Airbus-Ansiedlung, für die HafenCity, für die Elbvertiefung, die Hafenerweiterung und auch – ich glaube, heute kann man das sagen – für den Kampf gegen den Versuch, hamburgische Unternehmen von der Elbe an die Spree abzuwerben.

(Beifall bei der SPD)

Hier bleiben wir Sozialdemokraten uns treu. Was wesentlich ist: Wir bleiben Hamburg treu.

Sie, Herr von Beust, haben vor der Wahl davon gesprochen, dass Sie ein Bündnis mit der Stadt eingehen möchten. Damit haben Sie die Mehrheit der Mandate hier gewonnen. Sie haben auch eine hohe Erwartungshaltung in der Bevölkerung dafür geweckt. Unsere Frage ist heute, auch nach Ihrer Regierungserklärung: Wie wollen Sie dieser Chance, die Sie jetzt haben, und dieser Verantwortung gerecht werden?

A Sie wollen ein Bürgermeister für die ganze Stadt sein. Sie waren auch in den letzten zweieinhalb Jahren ein Bürgermeister für die ganze Stadt und waren auch dafür verantwortlich, auch wenn Sie gerne versuchen, diese Episode vergessen zu machen. Die Ergebnisse der letzten zwei Jahre sind, wie Sie selbst ja gerne zugeben, Baustellen. Insbesondere im Kita- und Schulbereich sind es mehr als Baustellen, sind es große Krater in der Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie müssen jetzt den Beweis antreten, dass Sie wirklich einen Plan dafür haben, wie Sie Hamburg gestalten wollen. Sie haben jetzt keine Ausreden mehr. Sie haben keinen Schill mehr, Sie haben keinen Lange mehr, Sie haben keine FDP mehr. Die Verantwortung liegt bei Ihnen. Sie ist unteilbar und Sie müssen sie wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was habe ich aber heute in den letzten fast 55 Minuten von Ihnen gehört? Das war aus meiner Sicht sehr wenig konkret. Es ist ähnlich unkonkret wie Ihr Wahlprogramm, ähnlich unkonkret wie Ihr Regierungsprogramm und ich glaube, dass Sie mit dem, was Sie heute vorgestellt haben, den Anforderungen, die die Hamburger Realität an uns Politiker aber auch an Sie im Senat stellt, nicht gerecht werden, und ich fürchte, Sie werden bereits heute beginnen, die Hoffnung vieler Menschen, die Ihnen ihr Vertrauen geschenkt haben, zu enttäuschen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

B Sie sprachen heute und auch im Wahlkampf sehr häufig von der wachsenden Stadt. Doch wo ist Ihre Vision für diese wachsende Stadt, insbesondere unter dem Aspekt einer gemeinsam wachsenden Stadt? Wir Sozialdemokraten wollen ein Hamburg für alle Menschen, eine Stadt für alle und nicht nur ein Hamburg für die Reichen und Schönen allein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben in der letzten Woche in einer Fernsehsendung davon gesprochen, dass es Ihr Credo sei, bei allem, was man mache, den Menschen nicht zu vergessen. Sie sprachen vom Bündnis mit den Menschen in der Stadt. Wie sieht denn jetzt Ihr konkretes Angebot an die Menschen in der Stadt aus? 600 000 Hamburgerinnen und Hamburger wollen nicht, dass unsere Krankenhäuser verkauft werden. Sie wollen – auch wenn Sie sich heute sehr vage ausgedrückt haben – aber offenkundig weiter verkaufen. Dies entnimmt man auch vielen Ausführungen Ihrer Person aber auch Ihres Senates in den Medien. Im Regierungsprogramm finden wir keinerlei konkrete Äußerung und Feststellung zu diesem zentralen Punkt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hört, hört!)

Statt sich die Position der Bürgerinnen und Bürger zu Eigen zu machen, die mit überwältigender Mehrheit deutlich gemacht haben, dass die Krankenhäuser nicht verkauft werden sollen, versuchen Sie zu tricksen: Man könne ja darüber reden, dass man zwei Krankenhäuser verkauft.

(Uwe Grund SPD: Fünf!)

Man müsse auch darüber nachdenken, ob die Volksgesetzgebung nicht grundsätzlich geändert werden müsse, weil es ja nicht sein könne, dass sich die Meinungäußerung der Bürgerinnen und Bürger gegen die Senatspolitik wende. Ich glaube, hier merkt man sehr schnell, dass Ihr

Angebot zur Koalition mit der Stadt immer nur so lange gilt, wie die Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung sind. C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wehe, die Bürger sind es nicht. Dann sollen mal eben die Regeln geändert werden, sprich die Volksgesetzgebung geändert werden, damit es ja keine Störung des parlamentarischen Ablaufs des Senatshandelns gibt.

Ich kann also nur feststellen, dass dieses Angebot einer Koalition mit der Stadt für über 600 000 Menschen in dieser Stadt nicht gültig ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie können sich auch aus dem Anspruch, den diese Menschen erhoben haben, nicht dadurch herausstehlen, dass Sie meinem Vorgänger oder auch meinem Parteivorsitzenden einen Brief schreiben und sagen: Mensch, sagt doch mal, habt ihr einen Investor, der die Krankenhäuser kauft? Sie sind verantwortlich. Das Volk hat gesprochen und Sie stehen in der Verantwortung, eine politische Lösung dafür zu finden, was das Volk will. Deshalb nützen jetzt keine Ausreden mehr. Nutzen Sie Ihre Mehrheiten hier im Haus, wir werden Sie dabei unterstützen, und verscherbeln Sie unsere Krankenhäuser nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dabei ist es ja auch eine Frage der politischen Kultur, wie man mit dem Instrument eines Volksbegehrens umgeht, denn absolute Mehrheiten in einem Parlament – ich habe darauf hingewiesen, dass sie in Deutschland sehr selten sind – dürfen ja nicht dazu führen, dass man irgendwann abhebt und sich über Menschen, über die Bürger erhöht.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Sie sprechen aus Erfahrung!)

Es war vielleicht auch einfacher für Sie, diese Mehrheit zu gewinnen, als sie nun auch dauerhaft an sich zu binden, denn wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie doch auch heute zugeben, dass ein großer Teil Ihres Wahlerfolges vor vier Wochen auch wesentlich auf dem Unmut der Bevölkerung über die notwendigen Berliner Reformen fußt und auch darauf, dass es richtig ist, dass viel zu lange die notwendigen Schritte der Reformen in Berlin und damals noch in Bonn nicht in Angriff genommen worden sind und sich viele Menschen heute davon überfordert fühlen.

(Beifall bei der SPD – Hört-hört-Rufe bei der CDU)

Schauen wir dabei einmal – Sie haben vorhin von der Internationalisierung gesprochen – über den Tellerrand unseres Landes. Dann wird das nicht nur in Bezug auf Berlin deutlich, sondern auch in Frankreich oder in Österreich. Dort wurden Regierende für die Durchführung von notwendigen Reformen vom Wähler abgestraft, egal, ob es Konservative oder Sozialdemokraten waren. Die Lehre, die sich aus meiner Sicht daraus ziehen lässt, heißt doch: Bei dem, was getan werden muss, müssen die Menschen immer mitgenommen werden. Es nützt keine Politik von oben, keine Veränderung der rechtlichen Möglichkeiten eines Volksbegehrens, sondern es nützt nur eine Politik, die die Anliegen der Menschen wirklich ernst nimmt und sie in diesem Hause auch umsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Nach diesem Volksbegehrten über den Verkauf der Krankenhäuser wird ja die Kindertagesbetreuung dafür Ihre

A nächste persönliche Bewährungsprobe. Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in unserer Stadt bei weitem nicht gelöst. Es fehlen in unserer Stadt weiterhin über 18 000 Kinderbetreuungsplätze. Wir haben bereits Anfang 2002 ein Gesetz in diese Bürgerschaft eingebracht, das diesen Mangel behoben hätte. Sie haben es damals abgelehnt. Jetzt liegt es zur Europawahl als Volksentscheid ebenfalls vor. Das heißt, Sie haben hier in den letzten zwei Jahren keine Baustellen hinterlassen, wie Sie – wie ich finde – ein bisschen verniedlichend immer sagen, sondern Sie haben verbrannte Erde hinterlassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der dabei angerichtete Schaden ist beträchtlich und in weiten Teilen nicht mehr gutzumachen. Auch Sie, Herr von Beust – nicht nur Herr Lange – haben sich an der Zukunft vieler kleiner Menschen und deren Eltern versündigt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben durch unbegründete oder mangelhaft begründete Nachforderungen alleine im Jahr 2003 das Budget für die Kinderbetreuung um 40 Millionen Euro erhöht, ohne einen einzigen zusätzlichen Kindertagesheimplatz in dieser Stadt zu schaffen. De facto haben wir heute einen fünfundzwanzigprozentigen Abbau von Krippenplätzen und den Verlust von Betreuungsangeboten gerade in den Stadtteilen, die es eben aufgrund ihrer sozialen Situation in besonderer Weise benötigen. Gerade da, wo ganztägige Betreuung und Sprachförderung für die frühe Integration wichtig ist, hat Ihr Vorgängersenat, aber Sie auch als Bürgermeister, gekürzt, gestrichen und weggespart, gerade da also, wo junge Familien dringend Betreuung für ihre Kinder brauchen, um Ausbildung und Arbeit nachgehen zu können.

B Im Regierungsprogramm – Sie haben das gerade auch noch einmal selbst zitiert – steht, dass Sie zukünftig allen berufstätigen Eltern eine entsprechende bedarfsgerechte Kinderbetreuung gesetzlich garantieren wollen. Heißt das jetzt, Sie kommen mit einem eigenen Kinderbetreuungsgesetz? So klang es. Ich mache Ihnen da einen sehr konstruktiven Vorschlag: Wenn wir uns denn im Ziel einig sind, warum empfehlen Sie nicht einfach den Hamburgerinnen und Hamburgern, das Volksbegehren "Mehr Zeit für Kinder" anzunehmen? Dann haben wir ein Gesetz.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich denke, wenn Sie sich dazu durchringen könnten, unsere Initiative zu unterstützen, hätten wir die beste Lösung für unsere Kinder, für unsere Stadt, und wir können sofort anfangen, dafür zu sorgen, dass nicht noch mehr Kinder, wie Sie es etwas lax formuliert haben, "durch den Rost fallen".

Dann haben Sie in Ihrem Programm noch schnell eine Bundesinitiative von Renate Schmidt hineingebastelt, das so genannte "familienfreundliche Personalmanagement". Die Handelskammer hat das sehr begrüßt und dieses Programm ist auch sehr wichtig. Sie haben das heute nicht angesprochen, aber mir ist es sehr wichtig, deshalb spreche ich es an. Der Staat kann nämlich richtigerweise nicht alles regeln, nicht alles organisieren. Aber was der Staat regeln kann und auch muss, ist eben die Kinderbetreuung, und da stehen Sie als Bürgermeister auch ganz persönlich in der Pflicht.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

C

Es gibt in unserer Stadt viele Mütter und Väter, die schlichtweg wegen der völlig missratenen Politik von Ihnen und von Herrn Lange ihren Arbeitsplatz nicht mehr antreten konnten. Sie haben ihn zum Teil sogar verloren, eben wegen Ihrer chaotischen Kita-Politik in den letzten Jahren. Deshalb muss jedem Menschen, der davon so betroffen war, diese Passage Ihres Regierungsprogramms wie Hohn in den Ohren klingen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Im Bereich des Wohnungsbaus wollen Sie

"ausreichend bezahlbaren nachfragegerechten Wohnraum in kinderfreundlicher Umgebung bereitstellen".

Ein sehr schöner Text, aber Sie verraten uns nicht, wie viel. Auch heute, in Ihrer Regierungserklärung, haben Sie nicht davon gesprochen, wie viele öffentlich geförderte Wohnungen Sie sich zum Ziel setzen, wie vielen Menschen Sie wirklich Heimstatt in dieser Stadt bieten wollen. Welche konkrete Unterstützung Familien mit Kindern zukommt, auch da sind Sie heute völlig im Vagen geblieben. Herauszulesen aus dem Papier ist, das Sie eine Umstellung von Mietwohnungsbau auf Eigentumsförderung wollen. Ich denke, dagegen ist nichts zu sagen. Natürlich muss Eigentumsbildung gefördert werden. Aber zu welchen Lasten der Förderung im Mietwohnungsbau? Wer trägt die Konsequenzen aus dieser Prioritätenverschiebung? Eigentumswohnungen können ja natürlicherweise nicht preiswerten Mietwohnungsraum ersetzen. Schon jetzt bekommen nur noch 35 Prozent der Dringlichkeitsscheinbesitzer eine Sozialwohnung. Auch diese Zielgruppe können Sie mit Ihrer Koalition mit den Menschen in der Stadt nicht gemeint haben.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dann sprechen Sie von Ihrem Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010". Da könnte ich natürlich einen Tipp geben: Die Zahl 2010 ist immer mit Vorsicht zu genießen. Das kann auch schnell schief gehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber Sie haben ja heute davon gesprochen, auch letzte Woche schon im Fernsehen, Sie wollen das durch Umschichtung aus verschiedenen anderen Investitionstöpfen nehmen, die auch zum Teil von anderen Koalitionspartnern eingestellt worden sind.

(Uwe Grund SPD: Welche denn?)

Dazu will ich die Frage stellen: Erstens, wieso haben Sie überhaupt in der letzten Legislaturperiode Investitionen eingestellt, von denen Sie jetzt sagen, sie bräuchten Sie eigentlich überhaupt nicht? Die zweite Frage: Was bedeutet das denn konkret? Das haben Sie heute auch nicht erklärt. Sie haben sehr blumig, sehr wolkig davon gesprochen. Aber woher soll das Geld kommen? Ist es beispielsweise die von Herrn Mettbach geforderte U-Bahn nach Bramfeld oder Steilshoop? Das kann es ja sein. Heute hätten Sie die Chance gehabt, es zu sagen.

Sie sagen auch, durch zusätzliche Vermögensmobilmobilisierung – das ist ja ein sehr euphemistisches Wort, sehr blumig für das, was sich dahinter verbirgt: Wir verscherbeln unser Tafelsilber – solle Geld in die Kasse kommen, um Investitionen zu tätigen. Sie nennen unter anderem auch Immobilienbesitz. Also wollen Sie die SAGA verkaufen? Wollen Sie die GWG verkaufen? Dazu kann ich

A Ihnen nur sagen: Dort enden unsere Gemeinsamkeiten. Das wird es mit uns nicht geben. Einem Verkauf der öffentlichen und städtischen Wohnungen werden wir niemals zustimmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL
– Klaus-Peter Hesse CDU: Dummes Zeug!)

Ganz dünn wurde es heute aber auch in Ihrem Regierungsprogramm zum Thema "Finanzen". Da spricht man von effizienter Vermögensmobilisierung, die fortgesetzt werden soll. Es sollen vorhandene Investitionsansätze umgeschichtet und zusätzliche Mittel mobilisiert werden. Was heißt das? Wahr ist doch eigentlich, dass die Verschuldung in den letzten zweieinhalb Jahren dramatisch angestiegen ist. Tatsächlich wurden 2002 und auch 2003 1,6 Milliarden Euro zusätzliche neue Schulden aufgenommen. Bis 2007 planen Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt – warten wir einmal ab, was die Haushaltsdrucksache bringen wird – weitere Schulden in Höhe von 2,7 Milliarden Euro. Gleichzeitig sind die Betriebsausgaben um 140 Millionen Euro gestiegen. Das ist Rekord in den letzten zehn Jahren. Das ist keine Konsolidierung, sondern ist im Grunde Verscherbelung von Tafelsilber und eine höchst un seriöse Finanzpolitik, die Sie hier machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Peiner und auch Sie brüsten sich sehr häufig damit, dass Hamburg neben Bayern das einzige Bundesland sei, das einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlege. Das ist richtig, aber eigentlich keine Besonderheit, denn Hamburg hat im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern nie etwas anderes vorgelegt als einen verfassungsgemäßen Haushalt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und wenn Sie von zusätzlicher Vermögensmobilisierung sprechen, heißt das doch auf Deutsch, dass Sie die Löcher nur deshalb schließen können, weil eben massiv Tafelsilber verkauft und der Betriebshaushalt so künstlich ausgeglichen wird. In Wirklichkeit leben wir weiterhin auf Pump und völlig über unsere Verhältnisse.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Dr. Willfried Maier GAL)

Wenn Sie, Herr von Beust, mit Ihrem Finanzsenator so weitermachen, haben wir bald kein Tafelsilber mehr. Was aber bleiben wird, sind die Finanzlöcher. Dann ist auch Schluss mit dem verfassungsgemäßen Haushalt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Da der Senat eben dauerhaft Vermögen in erheblichem Umfang zur Deckung der Defizite im Betriebshaushalt aufwenden muss, ist auch bisher nichts zur Schuldenreduzierung und damit zur Erzielung von Zinsersparnissen übrig geblieben. Das waren doch immer die Reden, die ich mir von Herrn Dr. Freytag im Haushaltsausschuss anhören musste: Wir müssen verkaufen, den Verkaufserlös müssen wir in Schuldentilgung hineinbringen, dann müssen wir weniger Zinsen zahlen und mit den gesparten Zinsen können wir investieren. Nichts hat stattgefunden, gar nichts.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Man kann also, ohne Prophet zu sein, sehr leicht voraussagen, dass die Verschuldung dramatisch steigen wird, zulasten derer, die sich eben nicht – in Ihren Begrifflich-

C keiten – "selber helfen" können, denn die müssen die Suppe nachher auslöffeln. Sie müssen hier heute die Frage beantworten, ob Sie weiter in den Schuldenstaat hineinmarschieren wollen oder nicht. Auch hier haben wir eine Verantwortung für die nächsten Generationen, für unsere Kinder.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zur Bildungspolitik haben Sie heute etwas Interessantes gesagt. Sie haben gesagt, das Bildungssystem solle durchlässiger werden. Fakt ist, dass in den letzten zwei Jahren die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen unserer Stadt deutlich verringert wurde. Wenn das heute ein Kurswechsel war, kann ich Ihnen auch hier nur die Hand reichen und sagen: Das begrüßen wir. Wenn es das wirklich ist, können Sie auf uns zählen. Wir unterstützen Sie dabei.

(Beifall bei der SPD und bei Katja Husen GAL)

Bisher zielte Ihre Schulpolitik auf ein sehr frühes Aussortieren, auf sehr festgelegte Bildungswege mit sehr hohen internen Hürden.

(Wolfgang Drews CDU: Das ist Blödsinn!)

Das können wir uns aus unserer Sicht zukünftig nicht leisten. Fast jeder achte Hamburger Schüler macht keinen Schulabschluss. Ich rede hier über Hamburg. Ich rede nicht über Länder, die sich noch weiterentwickeln müssen, sondern ich rede über Hamburg, die zweitreichste Metropole Europas. Jeder achte Schüler macht keinen Schulabschluss.

(Wolfgang Beuß CDU: Diese Misere haben Sie zu verantworten! – Karen Koop CDU: Ihr Schulsystem war das! – Frank-Thorsten Schira CDU: Haltet den Dieb!)

D Und wer keinen Schulabschluss macht, findet auch keinen Ausbildungssplatz und bekommt später keine Arbeit. Deshalb müssen wir umsteuern. Wenn der Bürgermeister das wahr macht, was er heute gesagt hat, unterstützen wir ihn darin. Wir wollen, dass kein Hamburger Jugendlicher ohne einen Schulabschluss die Schule verlassen darf. Jeder muss so gefördert werden, dass er den bestmöglichen Schulabschluss auch nach seinen Fähigkeiten erreicht,

(Wolfgang Drews CDU: Da springt ihr doch auf den fahrenden Zug auf!)

denn das bedeutet dauerhaft Zukunftschancen für den Einzelnen, aber in der Summe auch für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn man dem folgt, wird sehr schnell deutlich, dass Bildung damit eine, wenn nicht die zentrale soziale Frage der Stadt ist.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Deswegen seid ihr doch abgewählt worden!)

Dafür ist die Voraussetzung, dass Hamburg die besten Schulen hat. Nur, was machen Sie? Sie sprechen davon, dass Sie jetzt so genannte "Praxisklassen" einführen wollen, auch ein bayerisches Modell,

(Wolfgang Drews CDU: Die ihr nie begriffen habt!)

das heißt, eine Hauptschule ohne Abschluss und genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Wir brauchen

- A Abschlüsse, die die Jugendlichen schaffen und damit Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum Zweiten setzen Sie auf die Ganztagsschule. Dazu kann ich nur sagen: Endlich, das ist gut. Leider fehlte auch heute jede Angabe, wann, wo und wie viele Schulen eigentlich Ganztagsschulen werden sollen. Sie haben dann vier Kriterien genannt, an denen sich das orientiere. Aber die Menschen erwarten eine genaue Aussage, sie wollen wissen, ob in ihrem Stadtteil eine Ganztagsschule eingerichtet wird oder nicht. Von dem konkreten Konzept findet man weder in den Äußerungen heute etwas, noch in Ihrem Regierungsprogramm, was dort außer einem Mittagessen schlicht stattfinden soll. Ich habe heute gelernt, in Zukunft müsse das Mittagessen bezahlt werden. Was sonst in den Ganztagsschulen stattfinden soll, bleibt ein Geheimnis.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben im Bereich der vorschulischen Bildung und auch der Sprachförderung gesagt, dass Sie planen, das zusammenzulegen und ein Leitbild zu entwickeln. Die Medienberichte, die wir zumindest in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen mussten, was die Sprachtests angeht, machen ja deutlich, dass diese vorschulische Sprachförderung, wie sie bisher organisiert war, wenig erfolgreich war und genau die Menschen nicht erreicht, die sie aber erreichen müsste. Wenn dann Bedarf da ist, dass Kindern wirklich sprachlich geholfen wird, dann müssen wir bisher feststellen, dass den Kindern eben kein Angebot in den Kindertagesstätten oder Vorschulen zur Verfügung gestellt wurde. Das heißt, die Vergangenheit strafft Sie Lügen. Wir hoffen, dass Sie es wirklich ändern. Dann wäre es gut für Hamburg und damit gut für unsere Kinder.

(Beifall bei der SPD und bei Nebahat Güçlü GAL)

Denn wir müssen uns gemeinsam auch deutlich machen, dass eine qualitativ hochwertige Bildung von Kindesbeinen an das Fundament eben auch für eine sozial gerechte und erfolgreiche Gesellschaft ist. Deswegen müssen Sie, Herr Bürgermeister, in diesem Bereich tätig werden, schlachterdig zum Wohle der Menschen unserer Stadt.

Die beruflichen Schulen selbst warten auch auf eine Aussage zum Stiftungsmodell. Auch hier: Kommt es, kommt es nicht, werden Sie die Berufsschulen jetzt an die Kammer übergeben, werden Sie es nicht machen? Sagen Sie uns, ob die Stiftungsidee vom Tisch ist oder ob Sie es weiterverfolgen. Auch hier biete ich Ihnen an: Lassen Sie uns gemeinsam an einer echten Reform der beruflichen Bildung arbeiten, aber schieben Sie die Stiftungsidee endgültig vom Tisch.

(Beifall bei der SPD und bei Nebahat Güçlü GAL)

Ich habe mich bei Ihrer Regierungserklärung auch gefragt, was denn eigentlich Ihre qualitative Vorstellung ist, wie es mit Hamburg weitergehen soll. Wie sollen denn die Menschen konkret aus der Sozialhilfe herausgelöst werden? Wie sollen konkret Arbeitsplätze geschaffen werden? Wie soll konkret unsere Wirtschaft vorangebracht werden? Wie soll sich unsere Stadt entwickeln? Ein Weiterwursteln auf dem Niveau von Jeff Koons wie in den letzten zwei Jahren reicht dann nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Auffälligerweise haben Sie heute zur Sozialpolitik gar nichts gesagt. Ich habe mir so etwas schon gedacht und deshalb habe ich mir schon einmal Ihr Regierungsprogramm angeschaut. Darin steht dann doch etwas zur Sozialpolitik. Darin versprechen Sie nämlich – was Sie in der Vergangenheit auch schon nicht gehalten haben, aber Sie versprechen es erneut – Hilfe für Menschen, die sich selbst nicht mehr helfen können. Gut. Schauen wir es uns einmal an. Wir haben über 2000 Menschen, die auf der Warteliste für eine Schuldnerberatung stehen. Sie warten über ein Jahr und haben keine Perspektive, dass ihnen wirklich geholfen wird, mit der großen Gefahr, dass sie in die Sozialhilfe abgleiten. Offensichtlich ist diesen Menschen bisher keine Hilfe zuteil geworden.

Der zweite Punkt ist – eine Forderung, die wir auch unterstützen – die Dezentralisierung der Obdachlosenhilfe. Davon wollen Sie sich offensichtlich auch heimlich verabschieden. Sie hatten zwei Jahre Zeit. Sie hatten es sogar in Ihrem letzten Regierungsprogramm stehen. Jetzt steht nichts mehr drin, Sie sagen nichts dazu. Offensichtlich soll das auch eingestampft werden. Gleiches gilt auch für ein hamburgisches Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen. Angekündigt wurde es vor über zwei Jahren. Fehlanzeige in den letzten zwei Jahren, Fehlanzeige im Regierungsprogramm und Fehlanzeige in der Regierungserklärung. Gibt es das also doch nicht mehr, gibt es keine Gleichstellung für die behinderten Menschen in dieser Stadt? Diese Fragen müssen Sie beantworten, Herr Bürgermeister. Da können Sie sich nicht wegdrücken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Es fällt ja auf, dass, wenn Sie oder auch Ihre zweite Bürgermeisterin, die Sozialsenatorin, über Sozialhilfe sprechen, Sie immer sehr gerne sehr schnell über den Missbrauch von Sozialhilfe sprechen.

(Uwe Grund SPD: Hauptsächlich! – Petra Brinkmann SPD: Immer!)

Ich will dazu auch für meine Fraktion noch einmal deutlich sagen: Dazu gab es nie zwei Meinungen. Wir haben dazu immer eine klare Position gehabt, dass Sozialhilfemissbrauch natürlich kein Kavaliersdelikt ist, sondern bekämpft werden muss.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ihr habt gequatscht, aber nichts gemacht!)

– Das, Herr Schira, ist ja das Einfache, weil wir uns schon so lange kennen, was Berechenbarkeit angeht. Ich habe zufällig einmal so ein Zitat von Ihrer Sozialsenatorin dabei, weil ich dachte, dass Sie einen Zwischenruf machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Schnieber-Jastram hat in einer Presseerklärung Anfang 2002, als sie also noch relativ jung im Amt war, gesagt, die Möglichkeit für Leistungskürzung bei Arbeitsverweigerung regle das Soundso-Gesetz, das würden Sie anwenden, wie es in Hamburg auch in der Vergangenheit bereits angewendet wurde.

(Karen Koop CDU: Aber nicht konsequent genug!)

Eine bessere Kronzeugin kann ich nicht haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Worauf ich allerdings hinauswill, ist, dass der Bürgermeister – und auch Frau Schnieber-Jastram – sehr häufig den

A Eindruck vermitteln, als gäbe es bei der Sozialhilfe in erster Linie ein Missbrauchsproblem. Das gibt es auch, aber das ist nicht das Hauptproblem von Sozialhilfe. Ich glaube, dass Sie mit dieser Diskussion gerne davon ablenken wollen, dass es eigentlich die größte Aufgabe der Sozialhilfe ist, die Sozialhilfebedürftigkeit erst einmal zu vermeiden beziehungsweise Menschen aus der Sozialhilfe herauszulösen.

Hier haben Sie ganz konkret in den Sozialämtern vor Ort die Personalressourcen, aber auch die materiellen Ressourcen so weit runtergekürzt, dass immer weniger Mitarbeiter für eine immer mehr steigende Zahl von Sozialhilfebeziehern zuständig sind. Damit ist ein effektives Herauslösen aus der Sozialhilfe mit diesen Ressourcen vor Ort überhaupt nicht mehr möglich. Diese Taten machen deutlich, dass das, was Sie hier gesagt haben, nett klingt, aber die Realität der Stadt ist eine völlig andere.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Merkel hat in der letzten Woche auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers geantwortet. Heute, nachdem ich Ihre Regierungserklärung gehört habe, versteh ich, was sie meinte, als sie sagte: Sie haben die Realität zur Stadt und zu den Menschen völlig verloren. Das, wovon Sie sprechen, existiert in dieser Gesellschaft nicht. Das ist mir jetzt deutlich geworden. Wenn Sie davon sprechen, Sozialhilfe soll wieder die Ausnahme werden, nicht Lebensentwurf, heißt das, dass 1,8 Millionen Menschen in Hamburg Sozialhilfeempfänger sind? Sie diffamieren hier aus meiner Sicht die Bezieher von Kranken hilfe und Eingliederungs- und Pflegehilfe. Sie verhöhnen, glaube ich, auch Langzeitarbeitslose, die verzweifelt Arbeit suchen und auch allein erziehende Frauen und Väter, die aufgrund des Kita-Chaos oftmals keine Kindertagesbetreuung bekommen haben und deswegen auch keinen Arbeitsplatz bekommen haben. Das ist nicht deren Lebensplanung, sondern Sie haben mit Ihrer Politik in diese Lebensplanung hineingepfuscht und dafür gesorgt, dass diese Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben worden sind.

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der CDU
– Frank-Thorsten Schira CDU: Sie haben sich
– Gott sei Dank – nicht verändert! – Bernd Reinert
CDU: Schröder kann nichts dafür!)

Deshalb finde ich es bezeichnend, dass Sie erstens diese Zeilen so im Regierungsprogramm stehen haben – das ist nämlich schlichtweg zynisch – und sich auf der anderen Seite heute gar nicht mehr getraut haben, darüber zu reden. Das heißt, dass bei der Sozialpolitik, so wie Sie sie machen wollen, viele Menschen, die wirklich unserer Hilfe bedürfen, diese nicht mehr bekommen und das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Wirtschaftspolitik herrscht – nimmt man die Infrastrukturprojekte aus, die ich vorhin schon angesprochen habe – Stagnation. In puncto Entbürokratisierung, Deregulierung sind Sie – und damit auch unsere Stadt Hamburg – leider nicht vorangekommen, denn Fakt ist, dass in den letzten zwei Jahren nichts passiert ist. Im Gegenteil, es gibt mehr Gesetze und mehr Verordnungen. Beantwortet werden muss doch, wo die Herausforderungen für unsere Stadt liegen und welche Antworten der Hamburger Senat darauf geben will im Hinblick auf die Konkurrenz mit Berlin, auf die Kooperation mit dem Umland, die Metropolregion, die Stärkung der Wirt-

schaftsbranchen. Auch hier haben wir heute viele blumige Worte gehört, aber wenig Vorweisbares und auch kaum wirklich abprüfbarer Vorhaben.

C Ihre Versuche im Public-private-partnership, eines meiner Lieblingsthemen, die blauen Uniformen, aber auch der Jungfernstieg, die Olympiagesellschaft, Auswandererhalle sind alle missraten, sind nicht gelungen und werden uns als Opposition sicherlich in den nächsten Haushalt beratungen noch viel Spaß machen.

Ihre Arbeitsmarktbilanz von zweieinhalb Jahren ist über durchschnittlich schlecht. Die Arbeitslosigkeit ist von knapp 70 000 Menschen im Jahr 2001

(Frank-Thorsten Schira CDU: Warum ist das wohl so?)

auf fast 90 000 Menschen gestiegen, und zwar doppelt so schnell, Herr Schira, wie im Bundesdurchschnitt.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Warum ist das wohl so?)

Das ist kein Ruhmesblatt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Problem, das wir mit Herrn von Beust und seinem Wirtschaftssenator haben, ist,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Die Bundesregierung!)

dass Sie nach dem Motto verfahren, die falsche Medizin wirkt nicht, also müssen wir die Dosis erhöhen. Das hat schon früher nicht funktioniert und wird auch leider jetzt nicht zum Erfolg führen. Wir haben heute Morgen von dem Scheitern der Verhandlungen über die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe gehört. Ich habe das heute so verstanden, dass Sie dafür sprechen, dass Hamburg die Optionskarte ziehen wird. Damit müssen wir uns sehr kritisch auseinander setzen, denn ich glaube, eine wachsende Stadt, die Sie ja propagieren, braucht eben nicht nur einen kleinteiligen Hamburger Arbeitsmarkt, sondern den Zugang für das gesamte Bundesgebiet, aber auch für ganz Europa, weil wir, wie Sie gesagt haben, die Besten nach Hamburg holen möchten. Viele Arbeitsuchende können auch außerhalb Hamburgs Arbeit finden, genauso wie Hamburger Unternehmen ihre Arbeitskräfte nicht allein aus Hamburg rekrutieren können. Deshalb braucht Hamburg einen europaweiten Arbeitsmarkt. Mit Kleinstaaterei gewinnen wir nicht die Zukunft unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Zahlreiche Jugendliche bleiben auch in Hamburg ohne Ausbildung und damit ohne Perspektive. Ich fordere Sie auf, Herr Bürgermeister, Sie haben das wieder sehr unkonkret gesagt: Lassen Sie das nicht zu. Sorgen Sie auch persönlich dafür, dass jeder ausbildungsfähige und -willige Jugendliche ein Ausbildungsangebot in unserer Stadt bekommt, wie wir das in Hamburg früher immer hinbekommen haben. Jeder Bürgermeister hat das bisher geschafft. Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Holen Sie die Unternehmen, die Gewerkschaften wieder an einen Tisch, um mit ihnen Bündnisse für mehr Ausbildungsplätze in Hamburg zu organisieren. Bei all diesem Gerede über die wachsende Stadt ist aus meiner Sicht kein Modell zur sozialen Stadtteilentwicklung erkennbar.

- A Es ist nicht sichtbar, wie Sie mit Ihrer Politik dem offensichtlichen Auseinanderdriften der Stadtteile in unserer Stadt entgegenwirken wollen. Es warten ja große Aufgaben auf unsere Stadt.

Die zentralen Fragen sind: Wie schaffen wir es, die Schere zwischen Arm und Reich durch unsere Politik nicht weiter zu vergrößern, sondern wieder zu schließen, die Solidarität zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt zu stärken, und auch ein wirkungsvolles Integrationskonzept für Zuwanderer zu entwickeln? Davon haben Sie heute nicht gesprochen und dazu haben wir keine Antworten erhalten. Aber das sind die entscheidenden Zukunftsfragen, die uns in den nächsten Jahren, Jahrzehnten umtreiben werden.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Die Frage sollten Sie mal Herrn Pumm stellen!)

Bis jetzt ist die inhaltliche Schwäche der Regierungserklärung und des -programmes nicht zu übersehen. Sie haben bemerkenswerterweise das glückliche Händchen besessen, die eigene CDU-Fraktion als Jasager und Abnicker zu titulieren, die Sie nicht im Senat haben wollten. Das hat sich schon gerächt. Zumaldest zwei Fraktionsmitglieder haben schon einmal deutlich gemacht, dass sie keinesfalls zu allem Ja und Amen sagen, noch nicht einmal zu Ihrer Wahl.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Marcus Weinberg CDU*: Und nur 21 wollten Sie in der SPD-Fraktion! – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Das sagen Sie mit nur einer Stimme Mehrheit!)

- B Ob es sich als Segen herausstellen wird, dass Sie einen Mann wie Herrn Kusch trotz seiner in einem Untersuchungsausschuss nachgewiesenen menschlichen und fachlichen Unzulänglichkeiten wieder zum Senator gemacht haben, werden wir noch sehen. Als Opposition könnte ich mich freuen, als Hamburger schämen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Solche Entscheidungen haben auch viel mit Kultur unserer Stadt zu tun. Ich wünsche unserer neuen Kultursenatorin eine glückliche Hand, denn die Kulturszene und auch unsere Stadt haben das Desaster der letzten Jahre nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich hoffe, dass Hamburg jetzt endlich wieder eine Kultursenatorin haben wird. Vielleicht schaffen wir es zukünftig auch wieder, den Kulturetat bei den Haushaltsberatungen gemeinsam zu beschließen. Es wäre ein gutes Zeichen – auch für die Kultur.

Eine Frage der Kultur ist es im Übrigen auch, ob man einen Mann zum Innensenator macht, der die chinesische Polizei besucht hat und dabei nicht müde wurde zu erklären, man könne doch sehr gut von der bürgernahen Polizeiarbeit in China profitieren. Er fordert auch, Reeperbahn und Mönckebergstraße mit Videokameras zu überwachen oder er möchte gerne unsere Hamburger Polizei mit schwarzen Hemden ausstatten. Wenn es in der Innenpolitik mit diesem Kurs weitergeht, wenn es dieses Klima sein soll, dann werden wir auch in Zukunft keinen gemeinsamen Nenner finden können. Diese Politik knüpft nicht an die guten Traditionen unserer Stadt an.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zusammenfassend kann ich heute – das wird Sie auch nicht überraschen, Herr Bürgermeister, das ging Ihnen früher als Oppositionsführer auch so – nur feststellen, dass mich weder Regierungsprogramm noch Regierungserklärung überzeugt haben und dass nicht zu erkennen ist, wohin die Reise gehen wird. Mit Beliebigkeit mag man – Sie verzeihen das – durch den Wahlkampf kommen, aber nicht erfolgreich vier Jahre Hamburg regieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Karen Koop CDU*: Nun warten Sie mal ab, Herr Neumann!)

Wenn Sie konkrete Vorhaben und nachvollziehbare Schritte zum Wohl der Menschen in unserer Stadt vorschlagen, dann stehen wir nicht beiseite. Das sage ich Ihnen heute zu. Ich sage Ihnen auch zu, dass das Gegen teil eintreten wird: Wenn es darum geht, das Beste für Hamburg zu erreichen, werden wir Hamburger Sozialdemokraten immer an der Spitze stehen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, es war eine große Rede, eine große Regierungserklärung. Sie hat gezeigt, Hamburg hat Perspektive.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD und der GAL – *Christian Maaß GAL*: Großer Quatsch!)

Herr Neumann, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl, zu Ihrer Rede komme ich jetzt.

Das Angebot zur Zusammenarbeit, das Sie gemacht haben, fand ich gut und wir werden mit Sicherheit darauf zurückkommen. Sie haben auch gesagt, dass Sie Nein sagen werden, wenn es in die falsche Richtung geht.

(*Manuel Sarrazin GAL*: Das fanden Sie nicht gut!)

Erstens bin ich sehr optimistisch, dass es selten in die falsche Richtung gehen wird,

(Beifall bei der CDU)

zweitens steht in der Hamburger Verfassung, dass die Opposition die Alternative zur Regierung ist und Alternative beschränkt sich nicht auf das Neinsagen, sondern Alternative erfordert, inhaltlich etwas anderes auf den Tisch zu legen.

(*Luisa Fiedler SPD*: Genau!)

Das wird dann Ihre Aufgabe sein. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Leitbild, das Leitbild des Senats und der CDU-Fraktion, ist die wachsende Metropole Hamburg. Leitbild heißt – und das ist auch ein neuer politischer Ansatz für diese Stadt –, dass es kein sektorales Gegeneinander der Fachbehörden gibt, sondern eine gemeinsame Richtschnur für politisches Handeln. Durch unsere Arbeit, durch unsere Richtungsentscheidungen werden wir die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt sichern.

A Es geht, meine Damen und Herren, bei dieser wachsenden Stadt also um Qualität und Zukunft. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, denn beides stärkt die Finanzkraft unserer Stadt. Wir brauchen einen regionalen und internationalen Ausbau der Metropolfunktion und damit wird auch Hamburgs Einwohnerzahl wachsen. Wir brauchen dieses Wachstum für die Zukunft unserer Kinder, aber auch, um die soziale Stabilität in der Stadt zu erhalten und den sozialen Ausgleich zu ermöglichen.

Und da, lieber Herr Neumann, komme ich zu einem Ihrer Kritikpunkte, dass Sie gefragt haben: Was wollt ihr denn eigentlich bei den Menschen tun, die keine Arbeit haben? Was wollen wir tun? Wir wollen die wachsende Stadt, um mehr Beschäftigung in der Stadt zu haben, denn dieses bringt auch Beschäftigungsmöglichkeiten für Leute, die heute auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir wollen die Stadt zusammenführen.

(Beifall bei der CDU)

Von Ihrem in der Zeitung angekündigten Gegenentwurf zur wachsenden Stadt mit dem Stichwort "Zusammenwachsende Stadt" haben Sie offenbar auch sehr schnell gemerkt, dass das gar kein Gegenentwurf ist, das ist Bestandteil des Konzepts der wachsenden Stadt. Anders kriegen wir den sozialen Ausgleich nicht hin und wenn Sie das auch so sehen, dann kann ich nur sagen: Willkommen an Bord, Herr Neumann, und willkommen SPD-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

B Der Bürgermeister hat vorhin gesagt, dass Hamburg die Chance aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nutzen will, um zu integrieren und die zusammenwachsende Stadt zu gestalten. Herr Neumann, da kommen Sie jetzt und sagen, es sei doch viel besser, das ganze Problem quasi zu europäisieren, man dürfe es nicht lokalisieren.

(Michael Neumann SPD: Quatsch!)

– Doch, doch.

Sie haben zumindest in die Richtung gesprochen, dass Sie dem Bundeswirtschaftsminister Clement Recht gegeben haben, der ja die Bundesagentur für Arbeit mit der Abwicklung dieses Hart-IV-Programms, der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, betrauen will. Diese Bundesbehörde – und ich sage das Wort Behörde jetzt mit Bewusstsein – ist mit der Verwaltung von 4,6 Millionen Arbeitslosen heillos überfordert. Sie schafft es nicht, die Leute in Arbeit zu bringen. Jetzt sagt Herr Clement in Berlin, dann geben wir denen noch einmal dieselbe Anzahl von Menschen dazu, dann werden sie die alle schon in Arbeit bringen. Ihr Optimismus in allen Ehren, ich teile ihn nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir als CDU sind ganz gewiss nicht die Partei, die die Entwicklung der Stadt nur dem Spiel der Marktkräfte überlässt, aber wir werden die Privatinitiativen, die diese Stadt stärken können, ermuntern und unterstützen, denn auch diese tragen zu Hamburgs Zukunft bei.

Nun hat sich Herr Neumann vorhin zweimal beklagt. Das durchzog eigentlich die ganze Rede. Er hat sich zu Anfang einmal kurz beklagt, dass er 55 Minuten zuhören

musste. Mit anderen Worten: Ihm war die Rede viel zu lang. C

(Dr. Martin Schäfer SPD: Mir auch!)

– Das wird gerade noch einmal von Herrn Schäfer bestätigt.

Auf der anderen Seite verwendet Herr Neumann einen Großteil seiner Redezeit darauf, zu sagen: Herr Bürgermeister, Sie sind auf dieses und jenes Problem nicht detailliert genug eingegangen

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Gar nicht!)

und auf manche Themen sind Sie gar nicht eingegangen. Jetzt erklären Sie mir bitte einmal, wie Sie beides unter einen Hut bringen wollen?

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, es sei Ihnen nicht konkret genug gewesen, Herr Neumann: das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" hat ganz, ganz konkrete Gesichter.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Das würden wir gerne mal zu sehen kriegen!)

Fangen wir mit dem Bereich Kinder an. Als der Bürgermeister bei seiner Rede sagte, was im Bereich der Kindertagesbetreuung geplant sei, fiel mir auf, dass da bei Frau Goetsch ein freundliches, stilles Lächeln im Gesicht stand.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Lachen bei der GAL)

D Dieses zeigt mir, dass wir da auf dem richtigen Wege sind

(Beifall bei der CDU)

und der Bürgermeister hier mit seinem ambitionierten Plan, den er vorgetragen hat, diesen Weg aufgezeigt hat und wir weiter an Verbesserungen im Kindertagesbetreuungsbereich arbeiten werden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Diesen Maßstab müssen Sie häufiger nutzen!)

Herr Neumann stellt sich hier hin und sagt sowohl zum Bereich Kindertagesbetreuung und ähnlich nachher im Bereich Landesbetrieb Krankenhäuser: Mehr, mehr, mehr, mehr.

(Erhard Pumm SPD: Klarheit!)

Das kann man immer fordern. Allerdings stand am letzten Sonntag etwas Schönes in der Zeitung mit den Worten: Opposition bringt die Versuchung mit sich, Scheinrezepte zu präsentieren, die Realität unauffällig abzuleugnen, Schauanträge zu stellen, sich zu ducken. Dazu ist dann der Beifall der eigenen Leute sicher, aber alle anderen schütteln den Kopf und zucken mit den Achseln. Autor: Henning Voscherau. Der Mann weiß, wovon er redet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Machen wir das nächste konkrete Gesicht an der wachsenden Stadt deutlich: Bildung. Da gucken wir uns erst einmal die jetzige Lage an. Sie sind verdienstvollerweise auch auf die aktuelle Lage eingegangen und tun ganz elegant so, als wären wir nicht für die Bildungspolitik der letzten zweieinhalb, sondern der letzten sechsundvierzig einhalb Jahre verantwortlich. Tatsächlich waren es nur die letzten zweieinhalb Jahre.

A Wenn Sie sagen, dass die Zahl der Schüler ohne Abschluss viel zu hoch sei, gebe ich Ihnen uneingeschränkt Recht. Wissen Sie, wann der dramatische Anstieg dieser Zahlen passierte? In den Neunzigerjahren, Herr Neumann, und da haben Sie gepennt.

(Beifall bei der CDU)

Nicht Sie als Person natürlich, aber als Partei.

(Hans-Christoff Dees SPD: Das können Sie nicht mehr lange sagen!)

Wenn wir uns ansehen, in welcher Situation sich Hamburger Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsort heute befinden, dann stellen wir fest, dass ein Drittel der Auszubildenden, die in Hamburg ausgebildet werden, nicht aus Hamburg kommen. Im Bereich der Handelskammer liegt dieser Wert sogar noch deutlich höher. Dieses ist ein Indiz dafür,

(Erhard Pumm SPD: Das ist etwas ganz Normales!)

dass wir unser Bildungssystem deutlich verbessern müssen, dass wir mit dem vielen, vielen Geld, das hier investiert wird – der Bürgermeister hat es vorhin zu Recht genannt –, einfach bessere Ergebnisse produzieren müssen. Ich will da gar nicht auf PISA eingehen, aber wir stehen heute in einem erhöhten Wettbewerb. Wenn wir die Zukunft unserer Kinder sichern wollen, dann sichern wir die Kinder unserer Stadt damit, dass wir in Bildung investieren. Deswegen hat dieser Bereich für uns sehr hohe Priorität.

(Beifall bei der CDU)

B Ein kleiner Nachtrag noch dazu. Herr Neumann hat sich über die Anlaufschwierigkeiten bei der Sprachstandserhebung beklagt. Herr Neumann, halten wir nüchtern fest: Wir haben das Problem erkannt und die Maßnahmen eingeleitet. Sie hatten es jahrelang geleugnet und nichts gemacht. Wir tun etwas und wenn nachzubessern ist, bessern wir nach. Wir tun etwas, wir reden nicht nur.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der begrenzten Redezeit muss ich hier etwas kürzen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das fällt aber gar nicht auf!)

Auch im kulturellen Bereich, Herr Dr. Maier, der an und für sich eher Ihre Wiese oder Ihr Arbeitsfeld ist – Ihr Arbeitsfeld muss ja nicht unbedingt eine Wiese sein –, ist Hamburg Spitze, aber er muss weiter wachsen.

(Ingo Egloff SPD: Aber nicht dank Frau Horákowá!)

Wir streben gar nicht den offiziellen Titel einer Kulturrhauptstadt an, aber wir wollen Hamburgs internationales Renommee bei den Spitzenleistungen in Theatern, Oper, Konzertsälen, wie auch bei den vielfältigen Kulturaktivitäten vor Ort steigern. Deswegen müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit Künstler und Kreative das kulturelle Klima unserer Stadt noch mehr bereichern können, als dieses bisher der Fall ist. Politik macht nicht Kunst, aber sie muss sie ermöglichen. Und den Rahmen mit sinnvollen und bezahlbaren Maßnahmen dann auch zu füllen, das muss das Ziel sein. Wir müssen dabei auch sichtbare Zeichen setzen. Es geht nicht nur darum, Kultur von unten zu fördern, wir brauchen auch sichtbare Zei-

chen und diese setzen wir. Ich will aus der Beispielaufstellung des Bürgermeisters nur zwei erwähnen. Das ist zum einen das Museum der Schifffahrts- und Marinegeschichte, die Sammlung Peter Tamm, und die neue Philharmonie auf dem Kaispeicher A. Aber es geht eben nicht nur um Großprojekte, sondern es geht darum, den ganzheitlichen Begriff Kultur mit Leben zu füllen und da gehören Bildung und Kultur zusammen. Die Kinder- und Jugendkultur soll dazu beitragen. Hier wollen wir weiterentwickeln, damit Kinder und Jugendliche Kultur als Lebenswelt kennen lernen und lernen, sich damit auseinander zu setzen. Ich darf dazu auf die Eröffnung der Kinderbibliothek durch unsere Kultursenatorin verweisen. Dieses ist eine Linie, die wir bereits eingeschlagen hatten und die wir jetzt mit der neuen Kultursenatorin umso überzeugender, umso erfolgsträchtiger werden fortsetzen können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Neumann ist dankenswerterweise auch auf die Finanzsituation unserer Stadt eingegangen.

(Michael Neumann SPD: Immer gerne!)

Dankenswerterweise nicht deshalb, weil die Situation so gut wäre oder weil Sie sie schön gezeichnet hätten, denn sie ist weder gut, noch sollte man sie schönzeichnen. Man sollte in aller Offenheit darüber reden. Zu der Offenheit, lieber Herr Neumann, gehört dann aber auch, dass man erwähnt, dass eine der letzten Aussagen der damaligen Finanzsenatorin Nümann-Seidewinkel war, als die SPD 2001 aus der Regierung herausgewählt wurde: Wir übergeben für 2001 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt.

(Karen Koop CDU: Das war wohl nichts!)

Das war der Witz des Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Wir standen am Ende des Jahres 2001 mit einem Riesenloch im Betriebshaushalt da und müssen jetzt zu Beginn des Jahres 2004 feststellen, dass seit dem Jahr 2000 die Hamburg verbleibenden Steuern, die Einnahmen der Hansestadt Hamburg, nicht wieder die Höhe erreicht haben, die sie im Jahre 2000 hatten.

(Michael Neumann SPD: Damit müssen wir umgehen! Wir können doch nicht so weitermachen!)

Sie zucken hier mit den Schultern. Sie können nichts dabei machen. Das Schlimme ist nur, dass Ihre Bundesregierung, Ihre Genossen in Berlin auch nichts dabei machen können, sondern die sorgen dafür, dass die Gesamtsituation durch die verfehlte Wirtschaftspolitik immer noch schlechter wird.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der CDU)

Lieber Herr Neumann, ich bin sicher, dass Sie uns die finanzpolitische Alternative in jeder Hinsicht noch aufzeigen werden. Heute sind Sie sie schuldig geblieben. Sie haben auf die gestiegenen Arbeitslosenzahlen in Hamburg verwiesen. Sie wissen genau wie ich, dass in Hamburg über 80 Prozent der Menschen im Dienstleistungsbereich tätig sind. Der Dienstleistungsbereich ist der besonders konjunkturanfällige, derjenige, der in besonderem Maße von Schwankungen betroffen ist. Von daher ist es einerseits zwangsläufig, dass sich die Arbeitslosigkeit in Hamburg in schlechten Konjunkturzeiten auch schlechter entwickelt, es andererseits für uns aber umso wichti-

A ger ist, die industrielle Basis für unsere Wirtschaft zu erhalten.

Ich möchte darauf verweisen, dass wir als Wachstumsmotor den Hafen mit weit überdurchschnittlichen Zuwachsralten im Containerumschlag haben. Dazu trägt die Intensivierung unserer Handelsbeziehungen in ganz erheblichem Maße bei, insbesondere mit Asien und dem Ostseeraum. Wenn wir den Hafen als Motor unserer Wirtschaft weiter stärken wollen, dann brauchen wir die weitere Fahrrienenanpassung in der Elbe und wir brauchen auch den weiteren Ausbau des Hafens. Das ist existenzielles Interesse Hamburgs, Herr Neumann. Eine Existenzfrage und da kommen wir wieder auf Sie zu.

(*Ingo Egloff SPD*: Da haben wir doch genügend Erklärungen abgegeben!)

Das müssen wir auch den niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen in aller Deutlichkeit sagen.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Herr Egloff, wenn ich in diesem Falle von wir geredet habe, habe ich nicht Sie und mich gemeint, sondern uns.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen also den niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen in der Politik sagen, dass der Hamburger Hafen direkt und indirekt immerhin einer der größten niedersächsischen Arbeitgeber mit zirka 40 000 Niedersachsen ist, die von dem Hamburger Hafenumschlag leben.

(*Uwe Grund SPD*: Sagen Sie es Herrn Wulf!)

B Wir wollen uns weiter bemühen, Gewerbefirmen nicht im Subventionswettlauf nach Hamburg zu ziehen, sondern dadurch, dass wir den Standort Hamburg als wirtschaftsfreundlichen, bürokratiearmen Standort stärken. Bereits im Jahre 2003 hatten wir bundesweit die meisten Gewerbeanmeldungen, nämlich 19 700. Diese gezielte Politik gerade zur Förderung von Mittelstand, Handwerk – und als Vier- und Marschländer nenne ich gern und überzeugt auch noch die Landwirtschaft – werden wir fortsetzen.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Deshalb geht Hamburg auch nicht mehr zur Grünen Wache!)

Wir müssen uns aber im Wesentlichen auf die Zukunftsinvestitionen und auf die Zukunftsbranchen konzentrieren, wie es der Bürgermeister bereits gesagt hat.

Herr Neumann ist in dem Bereich Verkehr nun wirklich nur mit einem Beispiel darauf eingegangen. Ich versuche jetzt einmal sozusagen die rhetorische Retourkutsche. Aber ich verspreche Ihnen, da ich schon häufiger Gelegenheit hatte, hier etwas zu dem Bereich Verkehrspolitik zu sagen, auch nur etwas zu Ihrem Punkt zu sagen.

(*Michael Neumann SPD*: Sie fahren ja auch Fahrrad!)

– Ich fahre vieles und viel, aber nicht nur Fahrrad. Herr Neumann, ich will auch U-Bahn fahren und daher will ich auch in die HafenCity U-Bahn fahren können, so wie der Bürgermeister das vorhat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Neumann, das in der Rede vermisst haben, warum haben Sie denn nicht mal einen Blick in

C das Regierungsprogramm geworfen. Dort steht es. Wir schauen uns das nachher zusammen an.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem Thema Verkehr möchte ich nur noch einen Parteifreund von Ihnen aus Schleswig-Holstein zitieren, Minister Rohwer. Er hat kürzlich ein Strategiepapier der wirtschaftlichen Entwicklungschancen Schleswig-Holsteins bis, glaube ich, 2020 vorgelegt. Da hat er ziemlich zu Anfang in seinem Papier eine tabellarische Gegenüberstellung der Standortstärken und der Standortschwächen Schleswig-Holsteins gemacht. Ich glaube, dass wir daraus viel für die Hamburger Politik lernen können.

Als Stärke und Standortvorteil Schleswig-Holsteins wurde die Nähe zur Metropolregion Hamburg angegeben. Als Standortschwäche wurden ausdrücklich Defizite in der überregionalen Verkehrsanbindung bezeichnet, insbesondere der Engpass Hamburg. Dort wird die Sache schonungslos auf den Punkt gebracht. Hier müssen wir gemeinsam gegenüber dem Bund zusammenarbeiten, Herr Neumann, um tatsächlich etwas für Hamburg zu erreichen und damit wirtschaftliches Wachstum in dieser Stadt zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Thema Verwaltungsreform, welches hier von Ihnen ebenfalls angesprochen wurde, hat der Bürgermeister schon ganz klar gesagt, was wir wollen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das ist ja beruhigend!)

D Wir wollen höhere Effizienz bei größtmöglicher Bürgernähe der Verwaltung. Wenn Sie sich einmal die Hamburger Verwaltung anschauen, ist diese im Grundsatz seit 1949 unverändert, insbesondere die Bezirksverwaltung. Dort hat sich ganz wenig geändert. Dort ist hier mal etwas angeflickt, dort etwas weggeschnitten worden mit der dementsprechenden Wuselei, die bei solchen Dingen herauskommt.

(*Rolf-Dieter Klooß SPD*: Daran waren Sie beteiligt!)

Daher ist es wirklich an der Zeit, dass die Hamburger Verwaltung hinsichtlich ihrer Effizienz auf den Prüfstand gestellt wird mit dem Ziel, Doppelarbeit zu vermeiden, Bürgernähe zu sichern und auch die politische Beteiligung vor Ort sicherzustellen. Die Zahl der Bezirke, die dann herauskommt, muss man am Ende des Prozesses beurteilen, wenn man weiß, welche Aufgaben legen wir in die Bezirke, damit dort abschließend entschieden wird. Dann kann man auch darüber reden, wie die Bezirksverwaltung und die Beteiligung vor Ort im Einzelnen organisiert werden soll. Der Grundsatz steht außer Frage.

Ach ja, zum Landesbetrieb Krankenhäuser, Herr Neumann.

(*Michael Neumann SPD*: Nicht "Ach ja", das ist Ihr Problem. Die sind ganz wichtig!)

Dazu nehme ich ganz einfach Henning Voscherau: "Welt am Sonntag" vergangene Woche,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Den lesen Sie gerne, nicht!)

an die SPD gerichtet. Ich dachte, das wäre einer von Ihnen und nicht von uns.

(Beifall bei der CDU)

A Vielleicht ist er ja nur einer von Ihnen 21 oder 20, das weiß man auch nicht so genau.

(Beifall bei der CDU – Zuruf *Dr. Willfried Maier GAL*)

– Herr Dr. Maier, Sie brauchen sich in diesem Falle nicht aufzuregen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Jeder hat sein Päckchen zu tragen!)

– Entschuldigung, ja, dem stimme ich zu.

Henning Voscherau sagte also an die SPD gerichtet
– Zitat:

"Ein bloßes Nein genügt jetzt nicht mehr."

(*Michael Neumann SPD*: Lesen Sie es nach!)

In der Tat, die Zeit der Wahlkampfrezepte ist vorbei. Da-
her nehmen wir uns jetzt auch zur Prüfung des Volksentscheides Zeit. Nehmen Sie sich bitte auch Zeit und dann lassen Sie uns gemeinsam im Frühsommer mit realisti-
schen Lösungen kommen. Ich bin sicher, dass dann die beste Lösung, die auch für die Stadt bezahlbar ist, hera-
uskommen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auf jeden Fall – und das war Ihre Kampagne – darf bei den Patienten etwas nicht in den Köpfen ankommen: Sie haben so getan, als würden die Patienten zukünftig bei einem privaten Träger eines Krankenhauses erst einmal nach dem Bankkonto gefragt werden. Genau das ist nicht der Fall. Es werden weiterhin die Krankenkassen die Kosten bezahlen und der Staat wird weiterhin die medizi-
nischen Standards vorgeben. Es braucht sich in Ham-
burg, egal wie die Lösung im Einzelnen aussehen wird,
niemand darum Sorge zu machen, dass sie oder er nicht mehr angemessen medizinisch versorgt wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – *Michael Neu-
mann SPD*: Selbst Ihre Wähler haben das nicht geglaubt!)

Die Wähler haben diesem Bürgermeister und der CDU einen klaren Auftrag erteilt und damit Verantwortung zugewiesen. Wir nehmen diese Verantwortung wirklich freudig an. Wir stellen uns gern der Herausforderung, auch der Herausforderung der absoluten Mehrheit. Wir werden in vier Jahren ein attraktives, schönes, menschli-
ches und moderneres sowie ein größeres und stärkeres Hamburg haben, damit diese Stadt bleibt, was sie ist: Hamburg.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ist Wachstum eigentlich immer und überall gut? Diese Frage drängt sich mir schon nach Ihrer Rede auf, Herr von Beust, weil ich doch von wenig anderem als von Wachstum gehört habe. Sie haben zwar davon gesprochen, dass Sie alle Bürgerinnen und Bürger meinen, auch die, die Sie nicht gewählt haben und auch alle, die nicht so eine gute Chance hatten. Sie haben immerhin gesagt, dass man nicht mehr nur die letzten Grünflächen bebau-

en muss und die Häuser in den Himmel wachsen sollen. Das Stichwort Konversionsflächen ist gefallen. C

Ich frage mich aber auch, ob es gut ist, wenn der Verkehrslärm wächst, wenn die Zahl der Arbeitslosen wächst – wie schon in der Rede von Herrn Neumann erwähnt – und ob es gut ist, wenn die Ängste von ganzen Einwohnergruppen wachsen, die gar keine Erwähnung bei Ihnen in der Regierungserklärung, aber auch nicht im Regierungsprogramm finden.

Wachstum ist ja ein ziemlich schillernder Begriff. Es ist gerade der Zauber des meines Erachtens relativ leeren Slogans von der wachsenden Stadt, dass sich jeder seine Wachstumswünsche hineindenken kann. Ich muss sagen, dass es wahrscheinlich für viele beim Wunschdenken bleiben wird, denn, was Sie, Herr Bürgermeister, sowohl in das Regierungsprogramm, aber auch letztendlich hier in Ihrer Rede gesagt haben, hört sich schon wie eine gutgemachte Werbebrochure an. Es gibt überall schöne Pläne, schöne Ziele, beste Worte, also im Grunde genommen eine Werbebrochure für durchreisende Touristen, die keine Fragen stellen, die keine Hintergründe kennen und die sich natürlich gern – und das sollen sie auch – an den erleuchteten Fassaden erfreuen.

Der Inhalt der Broschüre ist kurz zusammengefasst: Wir sind die Größten, die Besten, die Schönsten oder wollen zumindest so sein und werden. Dabei zieht sich die wirtschaftliche Effizienz und die wirtschaftliche Verwertbarkeit wie ein roter Faden durch das Programm. Da fehlt unseres Erachtens etwas sehr Zentrales. Natürlich ist die Philharmonie richtig und wichtig. Wir waren eine der Ersten, die diese mit unterstützt haben. Das ist ein Leuchtturm, den wir wollen. „Der Sprung über die Elbe“, selbstredend die IGA, sind alles richtige und schöne Pläne. Wunderbar, dieses Wachsen und Bauen, aber Sie müssen sich trotzdem fragen: Wo bleiben die Menschen in ihrem Alltag? Wo wächst da die Lebensqualität? Da suchen wir vergebens nach einer klaren Aussage, wie die Lebensqualität für alle Menschen in dieser Stadt wachsen soll. D

(Beifall bei der GAL)

Eine verantwortliche Politik kümmert sich um alle gegenwärtigen und zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass natürlich Lebensqualität für die Stadt nicht überall dasselbe ist. Wir brauchen saubere Luft, sicheren Verkehr, Arbeits- und Krippenplätze und alle Bewohnerinnen in Hamburg brauchen ihre individuellen Entwicklungs- und Bildungschancen. Jeder Senat muss alle Gruppen gleichermaßen als Ziel seiner Politik erkennen. Wo es Konflikte gibt, ist es die ureigene Aufgabe des Senats, Konflikte zu lösen und auch einen gerechten Ausgleich zu schaffen.

Insofern brauchen wir auch ein Wachstum an Gerechtigkeit. Die haben Sie zwar in Ihrer Rede benannt, Herr Bürgermeister, aber ich muss sagen – und das zieht sich sowohl schriftlich als auch mündlich durch das ganze Programm –, was heikel ist, wird erst gar nicht angesprochen. Mit diesem Programm und dieser Rede wird die Lebensqualität vieler Menschen nicht wachsen.

Man muss als Opposition, Herr Reinert, die Lücken ansprechen. Es kann nicht angehen, dass ganze Bevölkerungs- und Interessengruppen gar nicht erst vorkommen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

A Haben Sie Flüchtlinge gefunden? Fehlanzeige! Haben Sie Fußgänger oder Fußgängerinnen gefunden? Fehlanzeige! Haben Sie die Gleichstellung von Frauen gefunden? Fehlanzeige! Und was ebenso fehlt, das sind die Instrumente, mit denen Sie alle ihre schönen Ziele erreichen wollen. Das ist auch Fehlanzeige.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist keine Politik für eine Metropole, denn die Aufgaben und die Menschen sind vorhanden, meine Damen und Herren von der CDU. Davor können Sie sich nicht herumdrücken, ob Sie es wollen oder nicht. Eine schöne, attraktive und lebendige Großstadt lebt von den Menschen und nicht nur vom Diktat der Wirtschaft.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Daher halte ich es für dringend nötig, dass wir die ernsten Lücken anführen und ich möchte einige exemplarisch aufzeigen.

Meine Damen und Herren, vor allen Dingen meine Herren, Sie vergessen in Ihrem Programm und, Herr von Beust, in Ihrer Rede zum Beispiel die Hälfte der Bevölkerung. Nur die Hälfte der Macht gehört den Männern, meine Herren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Frauen kommen nicht vor. Sie stehen damit nicht auf dem Boden der Hamburger Verfassung, die vorschreibt – Zitat:

"Die tatsächliche und rechtliche Gleichstellung von Frauen zu fördern".

B Wir Grüne wollen die EU-Richtlinie zur Gleichstellung umsetzen. Wir wollen "Gender Mainstreaming", wir wollen "Gender Budgeting". Das heißt, wir wollen, dass bei allen Maßnahmen und bei allen Entscheidungen über den Haushalt darauf geachtet wird, dass die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gefördert und nicht die bestehende Ungerechtigkeit verschärft wird. Aber von diesen modernen Instrumenten und dieser modernen Gleichstellungspolitik scheinen Sie noch nichts gehört zu haben. Manchmal hat man das Gefühl, dass Sie "Gender Mainstreaming" tatsächlich mit einem Softwareprogramm von Airbus verwechseln.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen natürlich im Rahmen der Frauenpolitik auch den Kampf gegen häusliche Gewalt weiterführen und die Standards der Frauenhäuser erhalten. Ihr Programm hat mit der Realität in dem Punkt mit einer Großstadt nichts zu tun. Hier wächst nichts von und für Frauen.

(Beifall bei der GAL)

Im Bereich der Integration fehlen auch die Instrumente und auch die Taten. Herr Bürgermeister, Sie haben schöne Sonntagsreden zur Frage der Einwanderung gehalten, aber Herr Beckstein blockiert im Bundesrat die Einigung in der Zuwanderung. Sie haben am 01.03. in der "Hürriyet" gesagt – Zitat:

"Wenn ich Migrant in Hamburg wäre, würde ich mir von der Politik bessere Bedingungen für Integration wünschen".

Das ist wunderbar und darüber bin ich auch sehr froh. Und ich muss ganz positiv bemerken: Sie sind der erste Bürgermeister, der von Bürgern und Bürgerinnen in die-

C ser Stadt spricht und nicht von Mitbürgern und Mitbürgerinnen. Das ist schon mal ein Schritt weiter. Das kann ich nur unterstützen.

(Beifall bei der GAL)

Aber ich frage Sie, mit welchem Leitbild und welchem Konzept wollen Sie in den nächsten vier Jahren die Integration fördern? Die notwendige Sprachförderung ist zweifelsohne auch noch eine Worthülse. Dazu gibt es in der BBS kein Konzept. Ich frage Sie: Wie wollen Sie den Zugang zum Arbeitsmarkt, die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt gestalten? Welche Maßnahmen ergreifen Sie für bessere Ausbildungschancen? Es ist immer zu lesen: Das machen wir, aber nicht wie.

(Bernd Reinert CDU: Wir machen es gut!)

Wie soll die rechtliche Gleichstellung, die interkulturelle Öffnung in den Ämtern geschehen? Welche Projekte haben Sie vor für die Rentnerinnen und Rentner der ersten Generation? Diesbezüglich bleiben Sie überall mehr als schwammig und Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass Sie das mit Ihrem Integrationsbeirat erreichen werden. Hier können wir Sie nicht aus der Pflicht lassen. Es besteht eher die Gefahr, dass die Angst vor den Kopftüchern und den Bau von Moscheen wächst, anstatt dass wirklich zusammenwächst, was zusammengehört.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Weiterhin muss ich Ihnen sagen: Flüchtlinge scheinen die Stadt alle verlassen zu haben, denn Sie kommen, wie gesagt, in Ihrer Rede kaum vor und in Ihrem Programm überhaupt nicht. In Ihrer Rede sagen Sie, dass Sie diese aus humanitären Gründen dann schon aufnehmen werden. Das will ich auch schwer hoffen, denn das ist Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und die müssen wir ja mindestens einhalten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es leben hier 260 000 Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund und deshalb müssen wir uns natürlich auch fragen, was wir eigentlich mit den besten Köpfen machen, die schon da sind und im Zweifelsfall nicht arbeiten dürfen. Auch diese Talente und Potenziale gilt es zu nutzen. Für uns als Grüne ist Integrationspolitik schon immer eine Sache von Eingewanderten und Deutschen. Der Senat muss eine Win-Win Situation gestalten und ich würde Sie auffordern, dass Sie sich doch die wachsende Stadt sichern, indem Sie die vorhandenen Wachstumspotenziale einfach nutzen. Das wäre eine vernünftige Herangehensweise.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Für eine Steuerung und um diese Querschnittsaufgabe wirklich zu bewältigen, brauchen Sie eine Leitstelle für Integration, möglichst angedockt an die Senatskanzlei. Sie brauchen für die Flüchtlinge und die Probleme eine Härtefallkommission und Sie brauchen zum Beispiel auch eine Akademie der Weltreligionen als innovative Exzellenz für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Hamburg. Das alles gehört auch zu einer Weltstadt Hamburg.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Diese vollmundige Sache mit der Demokratie, um jetzt einmal auf diese Problematik sprechen zu kommen, fehlt mir gewaltig. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bleibt für mich eine Worthülse, weil ich immer noch das

A Gefühl habe, dass Sie Angst vor dem Volk haben. Das Stichwort LBK ist schon gefallen. Gut, Sie prüfen den Volksentscheid, aber ich habe das Gefühl, Herr Bürgermeister, dass bei Ihnen die Volksabstimmung anscheinend erst jetzt angekommen ist und Sie am liebsten gleich das Gesetz ändern wollen, weil Ihnen das Ergebnis nicht passt, wie Sie es auch zu dem Kita-Bereich gesagt haben. Abgesehen davon, dass Sie im letzten Oktober die Zeit gehabt hätten, das Gesetz beim Verfassungsgericht anfechten zu können.

Ich finde es Besorgnis erregend, dass offenbar Volksabstimmungen, die Ihnen nicht passen und die Sie nicht mögen, gleich überprüft und abgeschafft werden müssen. Das ist ein Affront gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie die Bürgerbeteiligung bei Verkehrs- und anderen Bauvorhaben als Partikularinteresse abtun, anstatt Bürgerbegehren und die Bürgerinnen vor Ort ernst zu nehmen. Das ist eine ganz merkwürdige Haltung oder ein merkwürdiges Verhältnis zur Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aus grüner Sicht: Wer Verantwortung für das Gemeinwesen will und wer Politik für die Quartiere machen will, muss die Menschen vor Ort einbinden, muss wirklich bürgerlich sein und Demokratie zulassen. Dann müssen Volksentscheide auch akzeptiert werden.

Apropos Demokratie und Bürgernähe, die Bezirksverwaltungsreform, die Sie vorhaben, lässt uns Grüne eigentlich eher Schlimmes und nichts Gutes ahnen. Wir vermuten sehr stark, dass Sie lieber die Zentralisierung als die Bürgernähe planen. Diese Vermutung holen wir uns nicht einfach aus dem Bauch, sondern wenn Sie an die Liegenschaften und an den SOD denken, dann haben Sie uns das ja schon vorgemacht, was Sie unter Bürgernähe und Dezentralisierung verstehen. So kann das nicht gehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie wirklich eine Bezirksverwaltungsreform wollen, die alle tragen und die einen breiten gesellschaftlichen Konsens hinter sich bringen soll, glaube ich, dass Sie gut daran täten, doch einmal zu überlegen, ob wir nicht eine Enquete-Kommission einsetzen sollten, die wirklich alle mitnimmt.

Sie sprachen auch, um noch weiterzugehen, zum Thema Demokratie: Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement ist wichtig. Das unterstützen wir allemal. Aber ich finde im Regierungsprogramm auch nichts über die Frage der Instrumente, wie Aktivoli weiter gefördert wird, wie das auch im Kontext mit den Betrieben weiterentwickelt wird.

Wir Grünen wollen, dass Demokratie und Beteiligung wachsen. In diesem Zusammenhang komme ich auch gleich auf die Menschen ohne Chance, die Sie ansprechen, und in sozialen Fragen ist Ihr Programm wirklich ein Regierungsprogramm der Lücken.

(Beifall bei Till Steffen GAL)

Es kommen keine Menschen mit Behinderungen und keine Obdachlosen vor. Das Landesgleichstellungsgesetz ist von dem Kollegen Neumann schon genannt worden. Darauf warten wir seit Jahren. Wir wollen im Pflegebereich und im Bereich der Menschen mit Behinderungen schon längst das Prinzip ambulant vor stationär weiter-

C entwickeln und den Ausbau der Integrationsklassen. Aber alle diese Fragen von Gleichstellung, Partizipation, Integration sind Fehlanzeige in Ihrem Programm.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Auch die schon angesprochene soziale Stadtentwicklung und das Quartiersmanagement haben doch in vielen Stadtteilen zur Stabilisierung beigetragen, aber auch zur Beteiligung, zur Ausbildung, zu Existenzgründungen und zur Kriminalprävention. Diese soziale Stadtentwicklung finden wir nirgendwo mehr. Ist der Senat jetzt ganz aus dem Programm ausgestiegen? Es stellt sich die Frage, ob da nicht sozialer Zündstoff wächst und nicht etwas Positives. Das ist nicht unsere Vorstellung von der Gestaltung einer sozialen Stadt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann komme ich zum Lieblingsthema von Herrn Reinert.

(Bernd Reinert CDU: U-Bahn?)

Das ist also wirklich eine der breitesten Lücken in Ihrem Programm. Man muss sich einmal vorstellen: Da vergisst ein Bürgermeister und ein Regierungsprogramm komplett die Menschen, die sich nicht motorisiert fortbewegen. In Ihrem Programm kommen Fußgänger, Fahrradfahrer, die von Abgasen und Lärm betroffen sind, nicht vor. Von wegen Mobilität für alle Hamburgerinnen. Nichts, die stadt- und umweltfreundlichste Verkehrsart wird im Regierungsprogramm vergessen. Ich frage mich, ob die CDU fußkrank ist oder nicht Fahrrad fahren kann, vielleicht nur mit Stützrädern. Das ist schon eine sehr bemerkenswerte Geschichte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Reinert, Sie sind gefordert. Dann muss ich noch ganz deutlich bemerken: Ob nun Hamburgs Straßen sicherer werden, wo wir sowieso schon die Hauptstadt der Kinderunfälle sind, wage ich sehr zu bezweifeln. Sie lassen noch nicht einmal den ÖPNV wachsen. Moderne innovative Verkehrspolitik, wie die Stadtbahn, ist für Sie Teufelszeug. Sie verschleudern Millionen für die teure U 4. Außerdem findet man in dem Regierungsprogramm noch folgenlose Versprechen für unbelzahlbare Projekte, wie zum Beispiel diese Fehmarn-Belt-Querung. Dann haben wir erlebt, dass das Ganze noch von dieser wunderbaren Raserparty am gestrigen Tage getoppt wird und Ihre kritiklose Förderung durch diese PS-Fraktion.

(Beifall bei der GAL und bei Doris Mandel SPD – Bernd Reinert CDU: Ich kann Sie beruhigen; wir wollen die Cyclassics nicht verbieten!)

Wenn wir mal bei Wachstum bleiben: Es wächst eher die Angst vor der Zahl der Autos und den Abgasen. Wir Grüne wollen, dass nicht das Verkehrsmittel, sondern der Verkehrsteilnehmer im Mittelpunkt steht, egal wie er oder sie unterwegs ist.

Wenn wir schon bei der Sicherheit sind, dann möchte ich auf die Sicherheit für den Verbraucher und die Umwelt eingehen. Dass die Umwelt mehr oder weniger im Programm fehlt, ist auffällig. Zuerst haben wir den berühmten "Schwarzen Freitag" für die Umwelt gehabt. Man muss sich vorstellen, dass eine Flächen fressende Behörde Bau und Verkehr die Umweltbehörde frisst und kurzfristig wurde sogar unsere Sorge sofort prompt bestätigt. Sie verwechseln Umweltpolitik mit Sauberkeit.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja!)

A Das war wirklich sehr spannend. Bei dem Aktionstag "Hamburg räumt auf" – tolle Sache und seit Jahren unterstützt von allen – präsentiert sich Herr Dr. Freytag, der gerade nicht mehr anwesend ist, ganz stolz mit einem Papierschnitzel in seiner Zange und spricht – Zitat:

"von einem tollen Tag der Umwelt".

Und jetzt hat er dann noch als gute Tat vorgestern die Alsterschwäne in die Freiheit entlassen, ein Jugendtraum Freytags, wie man lesen durfte. Dann "Gute Nacht Hamburg", wenn das die Umweltpolitik für Hamburg ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nichts, aber auch nichts steht im Programm oder haben Sie, Herr von Beust, erwähnt, wie Lärm bekämpft, wie Emissionen verringert und was für den Klimaschutz im Einzelnen getan werden soll. Wie sollen hier denn Lebensqualität und Erholungsräume wachsen. Das ist mir schleierhaft. Eine Politik, die Themen wie den Verbraucherschutz in Zeiten von BSE und genmanipuliertem Essen nicht kennt, eine Politik, die zwar darauf besteht, den Ausschuss Gesundheit und Verbraucherschutz zu benennen, aber keinen Inhalt und kein Konzept hat, ist keine Politik für unsere Stadt.

(Beifall bei der GAL)

Dass wir Grünen ein umfangreiches, konzeptionell ausgereiftes Programm für Umwelt- und Naturschutz, für Lärmbekämpfung, für den Verbraucher dagegenstellen, wissen Sie und brauche ich hier nicht im Detail auszuführen. Deshalb lassen Sie mich noch zu dem zentralen Thema "Kinder und Bildung" kommen und auch mein Lächeln erklären, Herr Reinert. Ich musste eher schmunzeln als lächeln, weil Herr Bürgermeister die Notwendigkeit der Kita-Betreuung zumindest erkannt hat und einsieht, dass Nestwärme und Tagesmütter in einer Großstadt alleine nicht ausreichen. Ebenso ist begrüßenswert, dass Sie von vier auf fünf Betreuungsstunden gehen, mit einem Mittagessen. Zeigen Sie bitte in der nächsten Woche, dass Sie die kinderfreundliche Stadt ernst nehmen, und beschließen Sie im Haushalt die nötigen 1000 Krippenplätze. Dann muss man sich natürlich fragen, wie man die finanziert, ob Herr Nagel weiter Zuwachs bekommt oder etwas abgeben muss. Irgendwoher muss es ja kommen. Es reicht nicht nur, Tafelsilber zu verkaufen, da müssen Sie schon ganz andere Betriebsmittel einfordern und Schwerpunkte setzen. Ich bin gespannt, wie Sie das auf die Reihe bekommen wollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Auf den Anfang kommt es bekanntlich an. Sie wollen die Stadt für die Familien attraktiver machen. Sie sprechen von "attraktivem und bezahlbarem innerstädtischen Wohnraum". Das ist ganz wunderbar. Das stand übrigens auch bei uns Grünen im Wahlprogramm und können wir nur unterstützen. Interessant ist nur, wie Sie das schaffen wollen. Sie haben im letzten Jahr die Bodenpreissubventionen abgeschafft. Es ist die Frage, wie Sie in der HafenCity preiswerten Wohnraum in Aussicht stellen wollen. Das wäre höchst spannend, um die Verdichtung in der Innenstadt auch für Familien attraktiv zu machen.

Wenn es wohnungspolitisch nicht klappen sollte, dann klappt es vielleicht mit der Betreuung und Bildung der Kinder. Aber auch da gibt es unseres Erachtens ein Problem, weil der Ausbau der Tagespflege nicht reicht. Er trägt in einer Großstadt nicht zur Vereinbarkeit von Fami-

lie und Beruf bei. Das kann nur bedingt eine Unterstützung sein, teils eine sinnvolle, aber die Krippe hat eine ganz andere Aufgabe. Sie ist für die Frühförderung zuständig. Dann kommt natürlich noch zusätzlich dazu, dass Sie durch den Abbau der Kita-Plätze viele Kitas in den Ruin treiben. Außerdem ist es nach PISA nicht gerade hitverdächtig, die Kitas aus der Bildungsbehörde wegzunehmen. Die Untersuchung hat uns gerade die wichtige Rolle der frühkindlichen Bildung klar gemacht. Da wird es Aufgabe von Frau Schnieber-Jastram sein, mit der Bildungsbehörde interdisziplinär Entsprechendes zu erreichen. Ich hoffe, dass der Vorschlag des Bürgermeisters, die vorschulische Bildung in den drei Institutionen zusammenzubekommen, gelingt. Dringend nötig wäre eine Qualifizierungsoffensive für Erzieherinnen, weil wir ohne qualifiziertes Personal gar nichts erreichen können. So können wir nicht die kinderfreundlichste Stadt werden. Sie haben eben viele Maßstäbe gesetzt, Herr Bürgermeister; ich würde fast salopp sagen, den Mund sehr, sehr voll genommen. Wir werden Sie daran messen müssen.

Bei der Schulpolitik fehlen die Bildungsziele, messen und testen alleine wird es nicht richten. So sieht – zumindest nach dem, was wir bisher lesen konnten – nach PISA kein Aufbruch aus. Die meisten Projekte sind vage formuliert. Konfliktthemen – Lehrerarbeitszeit, integrative Regelklassen und wie die Grundschule weiter organisiert werden soll – kommen erst gar nicht vor.

Einen kleinen Fehler haben Sie gemacht, Herr von Beust. Das Schulprogramm ist sehr wichtig,

(Beifall bei Hans-Christoff Dees SPD)

allerdings war Hamburg das erste Bundesland, das ein großes Schulprogramm aufgelegt hat. Alle Schulen Hamburgs mussten ein Schulprogramm ablegen, aber es ist jetzt dringend nötig, dass es evaluiert und geguckt wird, wie es weiterentwickelt wird. Aber es ist nicht so, dass wir es erst neu beginnen müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir begrüßen natürlich die Autonomiebestrebungen, die im Programm stehen. Das ist absolut zu unterstützen, beispielsweise die Schulinspektion. Wir freuen uns über die nicht feindliche Übernahme des Bildungsjahres Fünf Plus, das da in anderen Worten steht, und wir sind natürlich sehr gespannt, welche Schoko-Eier die Schulsenatorin für uns nach Ostern bereithält. Ich wünsche mir von ihr mehr Mut, konsequent zu sein und die Durchlässigkeit der Bildungsgänge nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit zu ändern. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, denn wenn man Hauptschule stärken will, dann macht man einen Rollback entgegen aller Untersuchungen. Man wird nicht durch mehr Attraktivität der Hauptschule die Abbrecherate reduzieren. Da sind Sie ideologisch CDU-mäßig eingebunden. Das ist ein Beharrungsvermögen, wo alles dagegen spricht, unter anderem die Evaluation der integrierten Haupt- und Realschule.

Unser grünes Ziel, das wissen Sie, unser grüner Weg heißt "Neun macht klug". Es geht um Schule, die jedes Kind individuell und gemeinsam unterstützt, die nicht sortiert, sondern die optimale Leistung aus jedem Kind herauslockt. Der international erwiesene Vorteil leistungsheterogener Gruppen muss genutzt werden. Es wird sonst weiter zu viele Abbrecher und zu wenig Abiturienten geben. Aber ich bin skeptisch, die CDU wird schon

C

D

A dafür sorgen, dass die heilige Kuh Gymnasium nicht angetastet wird.

Die Berufsschulen sind genannt worden. Es ist interessant, Herr Bürgermeister, dass Sie von lebensbegleitendem Lernen sprechen, innerhalb des Programms aber kein Satz zur Weiterbildung steht. Man muss sehen, was das für ein Widerspruch ist.

(Beifall bei der GAL und bei Gesine Dräger SPD)

Zum Schluss. Sie haben sich viel vorgenommen. Sie wollen, Herr Bürgermeister, eine wachsende Stadt gestalten. Wir sind der Meinung, dass vieles, was wachsen müsste, nicht oder viel zu kurz in Ihrer Rede vorkommt. Wir Grünen haben eine andere Vorstellung von Wachstum, das zusätzlich sein muss. Wir wollen ein Wachstum, eine Lebensqualität für alle Hamburger. Wir wollen ein Wachstum an Gerechtigkeit und vor allen Dingen ein Wachstum der Beteiligung, ein Wachstum der Demokratie. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Dr. Willfried Maier GAL: Ich habe gehört, dass das Wachstum bei 1,85 Metern aufhört!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute vom Bürgermeister und auch von Herrn Reinert ausführlich gehört, dass der Senat das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" verwirklichen soll oder will.

Hamburg, so heißt es im Regierungsprogramm, soll eine wachsende und pulsierende Metropole mit internationaler Ausstrahlung werden, die Bekanntheit soll gesteigert werden, Unternehmen und qualifizierte Menschen sollen in die Stadt geholt werden.

Das, meine Damen und Herren, ist in Ordnung.

(Bernd Reinert CDU: Genau!)

Aber wir dürfen nicht die Menschen vergessen, die in dieser Stadt schon leben, und wir dürfen nicht nur auf Glanz und Glamour setzen. Wir haben die Befürchtung, dass dieser Senat das im Übermaß tut, wie wir das in den letzten zwei Jahren betrachten könnten. Aber wir müssen auch mit dem Problem dieser Stadt fertig werden, wenn wir eine Spaltung der Stadt verhindern wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Nebahat Güçlü GAL)

Es genügt nicht, "Bambi" und World Award nach Hamburg zu holen, wenn wir gleichzeitig jede Menge Stadtteile mit 20 Prozent Arbeitslosigkeit haben und in denen Menschen in der dritten Generation von Sozialhilfe leben. Es darf nicht sein, meine Damen und Herren, dass die Probleme dieser Stadt in bestimmten Teilen abgeladen werden und der Rest der Stadt daneben steht und zuguckt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die bisherige Politik dieses Senats – der Bürgermeister hat ja nicht erst mit der Wahl am 29. Februar angefangen, sondern er hat bereits zweieinhalb Jahre Geschichte hinter sich –, was das Thema Stadtentwicklung angeht, gibt leider Anlass zur Sorge. Es gab unter der Regierung

von Herrn von Beust in den letzten zweieinhalb Jahren C keine soziale Stadtentwicklungs politik,

(Beifall bei der SPD)

weil sich niemand dafür verantwortlich fühlte.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Herr Uldall hat gesagt, das sei nicht mehr sein Bereich, das über ABM zu finanzieren. Da hat er vielleicht sogar Recht. Aber Herr Mettbach hat gesagt, er habe kein Geld dafür, und das Ergebnis war, es ist nicht passiert und die Spaltung dieser Stadt ist vorangetrieben worden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Wohnungspolitik. Man liest, eine kinderfreundliche und familiengerechte Wohnungspolitik soll gemacht werden. Aber – das ist hier schon mehrfach gesagt worden – Sie treffen keine konkrete Aussage zum Beispiel zum sozialen Wohnungsbau. Wie viele Sozialwohnungen wollen Sie in dieser Stadt bauen? Das möchten wir wissen, meine Damen und Herren. Wollen Sie einen öffentlichen Sektor im Bereich der Wohnungsversorgung erhalten? Wollen Sie, dass dieser Bereich bei den Mieten preisregulierend wirkt, oder wollen Sie das dem freien Spiel der Kräfte überlassen? Wir Sozialdemokraten wollen dieses nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Mieter von GWG und SAGA wollen nicht nur hören, dass sie gegebenenfalls ihre Wohnung kaufen können. Die Mieter von GWG und SAGA wollen wissen, wie sicher sie sein können, dass es für sie in Hamburg auch in Zukunft bezahlbaren städtischen Wohnraum gibt.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Thema Arbeitslosigkeit. Herr Bürgermeister, die Arbeitslosen in dieser Stadt mussten zur Kenntnis nehmen, dass Ihr Wirtschaftssenator gerade für die Menschen, die nicht in der Lage sind, auf dem Ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, keine Lösungen hatte. Arbeitsmarktmittel wurden trotz der Tatsache, dass die Arbeitslosenzahl seit Ihrem Regierungsantritt um 16 000 angestiegen ist, um 25 Millionen Euro gekürzt. Herr Reinert, ich sehe Ihnen nach, dass Sie vom Thema Arbeitsmarktpolitik nicht so viel Ahnung haben, weil Sie sich damit bisher nicht beschäftigt haben. Aber nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass der letzte Senat in einer Zeit, als bundesweit auch die Arbeitslosigkeit anstieg, die Arbeitslosigkeit in dieser Stadt gegen den Trend um 30 000 gesenkt hat. Dahin müssen Sie mit Ihrer Politik erst einmal kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Bürgermeister sagt, wir dürfen die Schwachen in dieser Stadt nicht vergessen und wir dürfen die Globalisierungsverlierer nicht aus den Augen verlieren, ist es doch umso nötiger, den Menschen in dieser Stadt, die nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, wieder für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, eine Perspektive zu bieten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass junge Menschen in dieser Stadt von der Schule in die Sozialhilfe entlassen werden, weil schon ihre Eltern und Großeltern nicht in der Lage waren, für sich selber zu sorgen. Da hat dieser Senat eine Aufgabe. Ich befürchte, dass die Verlagerung der Arbeitsmarktpolitik zur Gänze in die Wirtschaftsbehörde dazu führt, dass weiterhin nur mit der ideologi-

A schen Brille Politik gemacht wird und dass wir diesen Menschen gerade nicht helfen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Wirtschaftspolitik. Wenn man sich den wirtschaftspolitischen Teil Ihres Regierungsprogramms anschaut, Herr Bürgermeister, dann stelle ich fest, das ist ganz schön unkongret.

Natürlich sind wir alle der Meinung, dass die Clusterpolitik fortgeführt werden muss. Doch wie muss das passieren? Sie müssen uns sagen, wie Sie es umsetzen wollen. Sie haben doch hier kein Wahlprogramm vorgelegt, sondern ein Regierungsprogramm. In einem Regierungsprogramm muss stehen, welche konkreten Schritte unternommen werden, um bestimmte Dinge in dieser Stadt zu erreichen. Das fehlt in diesem Regierungsprogramm von vorne bis hinten.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

Die einzige konkrete Zahl in Ihrem Regierungsprogramm ist die Zehn-Minuten-Brötchen-Taste bei den Parkautomaten.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird dort ein Sonderprogramm Hafenausbau 2010 angekündigt. Was heißt denn das? Womit rechnen Sie bei der Hafenentwicklung bis 2010? Sie haben auf die außenwirtschaftliche Bedeutung hingewiesen. Herr Reinhart hat auf die Bedeutung des Hafens hingewiesen, aber wir wollen konkret wissen, wo die Reise hingehen soll. Wohin soll sich der Hafen entwickeln? Wir alle wissen, der Wirtschaftssenator weiß es, wir wissen es hier, dass der Hafen im Containerbereich im nächsten, spätestens im übernächsten Jahr an seiner Kapazitätsgrenze ist.

Sie schreiben von einem Sonderinvestitionsprogramm und Sie erzählen nicht, wie das finanziert werden soll. Der Wirtschaftssenator hat im Wahlkampf von 182 Millionen Euro gesprochen, die investiert werden sollen. Die will er durch Umschichtung in seinem Haushalt zur Verfügung stellen. Ich glaube, da braucht er einen Zauberer, um das hinzukriegen. Wer sich den Haushalt ansieht, weiß, dass das so nicht geht. Lösungsansätze sind hier bisher nicht geboten worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Eine Zahl nur: Wenn Sie den Hafen für die Zukunft konkurrenzfähig machen wollen – das ist eine Aussage des Wirtschaftssenators im Wirtschaftsausschuss –, wenn Sie auf ein Umschlagvolumen von 11 Millionen TEU im Containerbereich kommen wollen, dann brauchen Sie eine Investitionssumme von 250 Millionen Euro. Sie müssen uns erzählen, wie das zu finanzieren ist. Allein das anzukündigen, reicht nicht. Ich habe noch in Erinnerung, wie Sie versucht haben, 30 Millionen Euro für einen Großschiffsliegeplatz, der gebaut werden sollte, zusammenzukratzen. Damit wir Ihnen das glauben können, müssen Sie uns ein bisschen mehr bieten.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen hier Rede und Antwort stehen und Sie müssen auch bei der Hafenwirtschaft Rede und Antwort stehen und sagen, wo das hingehen soll. 140 000 Arbeitsplätze, ist gesagt worden, hängen von diesem Hafen ab. Wir wollen wissen, wie die Entwicklung aussieht, wir wollen wissen, wie es mit der Portauthority aussieht. Die

C aussieht. Die Hafenwirtschaft will wissen, ob für die Portauthority Mieten und Pachten erhöht werden. Wir wollen wissen, wie die Konkurrenzfähigkeit des Hafens gesichert werden kann, wie das Hafenentwicklungsgesetz gesichert werden kann, wie wir mit den EU-Vorschriften umzugehen haben. Das sind alles ungelöste Probleme. Darauf haben Sie heute und in Ihrem Regierungsprogramm keine Antwort gegeben. Wir lassen Sie an dieser Stelle nicht heraus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zur wachsenden Stadt sagen. "Zukunftsprojekt Wachsende Stadt" ist ein schönes Lable, das müssen wir Ihnen zugestehen. Das haben Sie in den letzten zweieinhalb Jahren überall draufgeklebt. Egal, was Sie gemacht haben, es war "Wachsende Stadt". Bisher haben Sie alte Pläne von früheren Senaten recycelt. Mehr haben Sie nicht gemacht. Jetzt kommen Sie mit einem Masterplan Konversionsflächen. Wir werden uns das in Ruhe ansehen. Wenn man sich ansieht, was Sie geschrieben haben, dann soll der Flächennutzungsplan überarbeitet werden. Dann soll mehr Fläche für Wohnungsbau und Gewerbe zur Verfügung gestellt werden, aber es soll gleichzeitig das Grün erhalten werden. Sie müssen schon genau sagen, was Sie wollen und wie Sie die Stadt entwickeln wollen. Manchmal habe ich das Gefühl, das geht nach dem Motto "Na Jungs, so schlimm wird das schon nicht". Aber da werden Sie den Leuten in den Stadtteilen genau sagen müssen, wo Sie Wohnungen bauen und wo Sie Gewerbe ansiedeln wollen. Dann kommen wir auch zu der Frage der Bürgerbeteiligung. Sie werden diese wachsende Stadt nicht verwirklichen können, wenn Sie das gegen die Bürger machen. Und Sie werden es nicht hinkriegen, jedes Mal alle Pläne zu evozieren, sondern Sie werden die Menschen in dieser Stadt überzeugen müssen. Dafür müssen Sie mit den Menschen reden, Sie müssen Ihre Konzepte vorlegen und dazu müssen Sie Klarheit schaffen und sagen, wo die Reise hingehen soll. Einfach zu sagen, wir wollen die wachsende Stadt und es werde alles besser und wir schaffen Arbeitsplätze, reicht alleine nicht, Herr von Beust. Ich hoffe, dass Sie uns nächstes Mal mehr auf den Tisch packen, damit wir dann über die Einzelpunkte diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! An dem neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD scheint alles neu zu sein, wenn man den Aussagen von Herrn Neumann, heute in der Presse nachzulesen, Glauben schenken darf. So agierte er nachdenklich und voller Bescheidenheit. Ein Mann, an dem tatsächlich alles neu zu sein scheint.

(Doris Mandel SPD: Das geht Ihnen ab!)

Denn nachdenklich oder gar bescheiden, Herr Neumann, haben wir Sie im Parlament noch nicht kennen gelernt.

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie heute in der Antwort auf die Regierungserklärung unseres Bürgermeisters Ole von Beust eindrucksvoll bewiesen. Sie haben hauptsächlich die alten, überholten Klischees bedient. Aber wo ist Ihr Erklärungs-

A ansatz für das Debakel Ihrer Partei bei den letzten Bürgerschaftswahlen? Hier wäre Nachdenklichkeit angebracht. Wir wollen gar nicht, dass Sie hier in Sack und Asche laufen, aber ein wenig mehr Innegehen darüber, dass Sie in Hamburg seit 13 Jahren kontinuierlich Stimmen – das heißt, das Vertrauen der Hamburger Bürger – verlieren, wäre sehr angebracht gewesen.

Unser Bürgermeister, die Mitglieder der CDU-Fraktion sind nun einmal von einer großen Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger gewählt worden, von ganz normalen Menschen, die früher hauptsächlich Ihr Klientel war. Die Menschen haben Ole von Beust und die CDU gewählt, weil sie uns mehr vertrauen, die Probleme in unserer Stadt anzupacken, beispielsweise die Themen Arbeitsplätze, Innere Sicherheit und die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Herr Neumann, wie steht es mit dem sozialdemokratischen Neuanfang, wie steht es mit dem Selbstverständnis der Hamburger Sozialdemokraten? Wie steht es bei Ihnen mit den Problemlösungen für unsere Stadt? Dazu haben wir von Ihnen nicht viel gehört. Verstehen Sie mich nicht falsch, wir wollen Ihnen auch keine Tipps geben, wie man es schafft, nach langer Zeit der Opposition zu einer richtigen Hamburg-Partei zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Aber, sehr geehrte SPD, sehr geehrter Herr Neumann, mit dem Griff in die alte, verstaubte sozialdemokratische Mottenkiste, mit einer Prise Klassenkampf und einer Prise DGB-Schelte angereichert wird das nichts. Die Menschen sind nicht dumm. Wenn Sie auf der anderen Seite von Sozialdemokraten vor Ort hören, wie angeblich sozial kalt dieser neue Senat sei und sich in Berlin ein zerknirschter SPD-Bundeskanzler von einer Baustelle zur anderen rettet, merken das die Menschen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bürgermeister hat in seiner Regierungserklärung eindrucksvoll alle wichtigen Themen für unsere Stadt geschildert. Von mir noch ein paar Worte auch zu diesem neuen Senat.

Wir unterstützen unsere Bürgermeisterin Birgit Schnieberger-Jastram dabei, dass endlich mehr Familien in Hamburg getan wird,

(Beifall bei der CDU)

dass ein hochwertiges Kinderbetreuungsangebot geschaffen wird und dass durch Patenschaften der Generationen Alt und Jung in Hamburg zusammenfinden.

Wir unterstützen unseren Senator Michael Freytag bei der Umsetzung unserer Leitidee "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt". Wir wollen mit Michael Freytag die Leitprojekte "Sprung über die Elbe" mit der Internationalen Gartenbauausstellung und der Internationalen Bauausstellung sowie die "Sportstadt Hamburg" und unser Projekt "Welcome to Hamburg" durchsetzen. Das heißt, wir wollen für die qualifizierten Fachkräfte und ihre Familien, die nach Hamburg zuwandern, ein attraktives Hamburg schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit unserem Finanzsenator Wolfgang Peiner die Haushaltsskonsolidierung fortsetzen, eine effiziente Vermögensmobilisierung, und wir wollen mit ihm das Ziel erreichen, die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen des Haushalts endlich auszugleichen.

(Beifall bei der CDU)

C

Wir werden mit dem Finanzsenator Gunnar Uldall den Wirtschaftsstandort Hamburg ausbauen. Wir werden mit ihm den Medienstandort Hamburg weiterentwickeln und wir kämpfen mit Gunnar Uldall um eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU)

Zusammen mit unserem Justizsenator Roger Kusch wollen wir dafür sorgen, dass der Opferschutz weiter ausgebaut wird, die Staatsanwaltschaft, Gerichte und der Strafvollzug finanziell und personell so ausgestattet werden, dass Kriminalität bestmöglich verhindert und der Schutz vor Wiederholungstätern verbessert wird.

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Sie sind ein Ja-Sager!)

Mit unserer Schulse�atorin Alexandra Dinges-Dierig wollen wir es schaffen, dass Hamburgs Schulabschlüsse national und international Spitze werden, und wir wollen den Ausbau von Ganztagschulen weiter vorantreiben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen unseren Innensenator Udo Nagel bei seiner Arbeit für die Sicherheit in unserer Stadt unterstützen. Sicherheit ist für uns Christdemokraten ein hohes Gut. Sicherheit, Kampf gegen den Terrorismus ist für alle Bürger – der Bürgermeister sagte es –, gerade für die Schwachen lebenswichtig. Dabei unterstützen wir Udo Nagel.

(Beifall bei der CDU)

D

Unsere Kultursenatorin Karin von Welck wollen wir dabei unterstützen, dass Hamburg seinen Ruf als Kulturmetropole ausbaut. Wir wollen mit ihr in neue Orte der Kultur investieren und wir wollen mit ihr die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen unseren Wissenschafts- und Gesundheitssenator Jörg Dräger dabei, dass das Leitprojekt "Hamburg – Metropole des Wissens" umgesetzt wird. Wir wollen mit ihm für den weiteren Ausbau der Hochschulautonomie und für die Steigerung der Internationalität des Hochschulstandorts Hamburg arbeiten und werben.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Bürgermeister Ole von Beust hat heute im Parlament eine überzeugende Regierungserklärung abgegeben.

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Alles leere Worte!)

Es war nicht zu erwarten, dass die Opposition hier einen politischen Gegenentwurf zeichnen kann. Ich möchte in Anlehnung an den SPD-Parteivorsitzenden Müntefering schließen: Die CDU ist in Hamburg an der Regierung. Das ist gut so und Opposition ist Mist.

(Beifall bei der CDU – Dr. Willfried Maier GAL: Er hat aber nicht gesagt, "die" Opposition ist Mist!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Maaß.

A **Christian Maaß GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schira, auch Herr von Beust, wenn man sich Ihre Reden anhört, dann merkt man doch, dass Sie tatsächlich Kinder der Post-Achtundsechziger sind. Sie sind die Flower-Power-Generation der Siebziger, denn Sie haben – das wird Sie überraschen – einiges gemeinsam mit dieser Generation. Sie bedienen sich einer Peace-und-Happiness-Wohlfühl-Rhetorik, die heutzutage ihresgleichen sucht. Es gab einen Wohlfühlwahlkampf und jetzt kommen blumige Worte und wolkige Versprechungen, die Politik solle sich nicht streiten, keinem werde wehgetan, alles werde gut, alle seien gut drauf und alle seien sich einig.

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Optimismus gegen Sozialismus!*)

Die CDU hat der Sozialdemokratie und auch uns oft den Vorwurf gemacht, wir seien alles Kuschelpädagogen. Wenn ich mir jetzt Ihre Reden anhöre, dann muss ich sagen, dass die größten Kuschelpädagogen in den Reihen der CDU sitzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe heute wirklich nicht viel Neues gehört.

(*Karen Koop CDU: Wir auch nicht!*)

– Sie müssen auch regieren, nicht wir, Frau Koop.

Es wurden keine konkret überprüfbaren Zielmarken gesetzt. Es gab immer nur schöne Worte.

(*Karen Koop CDU: Von Ihnen!*)

B Im Gegensatz zu Ihnen waren die Hippies geradezu innovativ, stringent, konsequent und konkret und vor allem nicht so langweilig und so diffus in ihrem Weltbild.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber Optimismus ist ja nichts Negatives. Ich habe grundsätzlich Sympathie für Optimismus und auch für Harmoniebedürfnis, das offenbar besteht. Aber was mir allerdings doch etwas stinkt, ist, wenn aus Stilfragen eine politische Waffe gemacht wird, die auf Verhinderung von Demokratie hinausläuft. Ich will kurz einen Blick zurück in den Wahlkampf werfen, und zwar nicht um des Zurückblickens allein, sondern im Hinblick auf die politische Kultur in der kommenden Legislatur.

Wenn der Bürgermeister in der letzten Legislaturperiode geredet hat, ging das meistens um Fragen des Stils, ebenso im Wahlkampf. Über die Opposition wurde immer gesagt, die meckerten und klagten so viel. Dann kam ein Juso-Flugblatt und daraufhin hat der Bürgermeister eine demokratische Debatte im Fernsehen abgesagt. Das kann man machen, wenn man sehr hohe moralische Ansprüche an Politik hat. Was man nicht machen kann, ist, dass man dann lächelnd daneben sitzt, wenn die eigenen Senatoren den Oppositionspolitikern vorwerfen, ihnen klebe das Blut der Opfer von Verbrechen an den Händen oder sie seien Totengräber des Strafvollzugs. Herr von Beust, wo war da eigentlich Ihr hanseatisches Ehrgefühl? Wo war da Ihr Anspruch an Stil und Anstand? Stil ist etwas, was man haben muss, und zwar nicht nur dann, wenn es einem politisch in den Kram passt.

(Beifall bei der GAL)

Mich stört noch eine weitere Sache an dieser Love-Peace-und-Happiness-Rhetorik des Bürgermeisters. Sie stellen den Begriff des Wachstums in den Mittelpunkt

Ihrer Politik und verwenden diesen Begriff in einer Art und Weise, wie sie eben tatsächlich aus den frühen Siebziger Jahren kommen könnte, als hätte es nie einen Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums gegeben. Aber gerade eine Stadt wie Hamburg muss es akzeptieren, dass es natürliche Grenzen des Wachstums gibt. In Hamburg sind die Flächen sehr begrenzt. Deshalb halte ich es für einen fundamentalen Fehler, wenn der Senat darauf setzt, es könne immer so weitergehen, dass immer neue Flächen zu Wohngebieten und Gewerbegebieten ausgewiesen werden. Eine solche Politik ist langfristig nicht durchzuhalten. Gerade für Hamburg muss es deswegen um die Verwirklichung einer Politik der Nachhaltigkeit gehen, die auch späteren Generationen noch genügend Möglichkeiten zur eigenen Entwicklung gibt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bleiben wir beim Begriff des Wachstums. Er wird selten konkretisiert. Nehmen wir einmal ein Beispiel und reden wir über das angestrebte überdurchschnittliche Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung. Es ist wirklich prima, da wird ein Zustand angestrebt, der herrschte, bevor Ole von Beust das Ruder in Hamburg übernommen hat. Es ist tatsächlich seltsam, wenn die Restitution der Verhältnisse unter Rotgrün als Fortschritt gerade von der CDU verkauft wird. Mir soll das Recht sein. Allerdings waren die Rezepte der CDU in den vergangenen zwei Jahren erfolglos und es war kein Umsteuern erkennbar. Wie soll denn jetzt der Hebel für überdurchschnittliches Wachstum in Wirtschaft und bei Beschäftigten umgelegt werden, wenn der bisherige Pfad nicht erfolgreich war?

C Wir hören weiter: Jährliche Millionensubventionen in Großprojekte, in den Hafen, und zwar trotz sinkender Arbeitsplatzzahlen gerade in diesem Sektor. Wenn Herr Reinert und auch das Regierungsprogramm von Kooperationen mit den anderen norddeutschen Ländern redet – ja, internationaler Kooperationen –, dann muss ich mich wundern, wenn gerade in dem Schlüsselbereich des Hafens, den auch Sie als Schlüssel für hamburgisches Wirtschaftswachstum definieren, es weiter heißen soll, alle gegen alle in Norddeutschland und gerade in diesem Bereich keine Kooperation stattfindet. Ist es denn wirklich sinnvoll, wenn alle paar Küstenkilometer in der Deutschen Bucht Milliarden an Steuergeldern in neue Häfen investiert werden? Oder wäre es nicht gerade zum Nutzen der Volkswirtschaft, wenn es hier eine Kooperation gäbe und die frei werdenden Investitionsmittel dann für die Stärkung der Wissenschaft und die Stärkung der Technologien und der kleineren Unternehmen verwendet werden können? Wir Grünen meinen, dass nur so mehr Beschäftigung entstehen kann und dass das Geld besser in die Förderung der Köpfe und der neuen Technologien angelegt ist als in norddeutsche Standortegoismen. Deshalb machen Sie Ernst mit dem Gerede von Kooperation, sonst bleibt es nur Gerede.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D Das wäre letztlich auch im Sinne des Umweltschutzes, aber das spielt anscheinend keine große Rolle mehr in diesem Senat.

Wo ich dabei bin, diese Rhetorik etwas zu sezieren: An dem Punkt Umweltschutz entlarvt sich diese Rhetorik tatsächlich. Das sind die Worte von Herrn Dr. Freytag, wenn er behauptet: Jetzt, wo die Umweltpolitik bei der Bau- und Verkehrsbehörde angesiedelt sei, sei die Umwelt nicht mehr im Bremserhäuschen. Aber, meine Da-

A men und Herren, die Umweltpolitik, so muss man das sehen, die saß nie im Bremserhäuschen, denn es war die Umweltpolitik und die Umweltbehörde, die als Lokomotive dafür gesorgt hat, dass in Hamburg die Lebensqualität so hoch ist und dass wir in Hamburg zumindest bisher auch Verantwortung übernommen haben zur Lösung globaler Umweltprobleme auf lokaler Ebene. Da war die Umwelt die Lokomotive und saß nicht im Bremserhäuschen.

(Beifall bei der GAL)

Es ist auch keineswegs so, dass die globalen Umweltprobleme geringer geworden seien. Im Gegenteil. Die Herausforderungen und die Gefahren gerade im Klimabereich sind heute so groß wie nie, auch wenn das viele Leute nicht einsehen wollen, egal ob in Berlin oder in Hamburg. In dieser Situation macht der Senat die Umweltbehörde zum Beiwerk der Betonfraktionäre aus der Baubehörde. Es ist fahrlässig und unverantwortlich, hier nach dem Motto zu handeln: Wir reden ein bisschen grün, aber wir asphaltieren schwarz.

(Beifall bei der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Dann streichen Sie es grün an!)

Ein weiteres Problem mit dieser Kuschelrhetorik tritt immer dann auf, wenn es um das Bezahlen dieser angekündigten Wohltaten ging. Herr Egloff ist eben schon darauf eingegangen. Aus unserer Sicht können wir uns in der derzeitigen Situation wirklich nur einen einzigen Schwerpunkt bei der Mittelvergabe erlauben. Dieser Schwerpunkt muss Bildung heißen und alles andere sollte eigentlich, wenn man Schwerpunktsetzung ernst nimmt, dahinter zurücktreten. Aber der Senat behauptet, er könne eine Vielzahl von Schwerpunkten finanzieren. Da ist das Investitionsprogramm 2010 und dafür soll der Haushalt ausgeweitet werden. Finanziert werden soll das durch Vermögensbildung. Was bedeutet denn das? Das haben wir heute auch noch nicht gehört. Welches Vermögen kann denn überhaupt mobilisiert werden? Was sind die größten Brocken, die hier zu Geld gemacht werden könnten? Das sind der LBK, die SAGA, die Wasserwerke, die Hochbahn und die Stadtreinigung. Alles Perlen öffentlicher Unternehmen, die über Generationen von den Stadtvätern und Stadtmüttern zum Wohle dieser Stadt aufgebaut wurden. Die sollen jetzt verditscht werden, um ein diffuses, bisher noch nicht dargelegtes Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" zu finanzieren. Ich prophezeie Ihnen, wenn Sie diese Unternehmen für diese multiplen, diffusen Schwerpunkte von Herrn von Beust verditschen wollen, dann haben Sie nicht nur die gesamte Opposition gegen sich, sondern wir werden dafür sorgen, dass die gesamte Stadt gegen diese Pläne Sturm läuft.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Mit dieser Diffusität der Schwerpunktsetzung, wie wir sie heute hören müssen, vergibt der Senat eine große Chance, nämlich die Chance, eine echte Wende in der Bildungspolitik herbeizuführen.

(*Wolfgang Drews CDU*: Das ist doch völliger Blödsinn!)

Bildung ist unser einziger Rohstoff. Hierauf gründet sich nun mal unser Wohlstand, wie wir ihn bisher in der Bundesrepublik erlebt haben, und mit dem derzeitigen Bildungssystem – machen wir uns nichts – ist dieser Wohlstand mittelfristig in Gefahr.

C Anscheinend – Herr Drews bestätigt das durch seine Zwischenrufe – besteht offenbar keine Notwendigkeit, an dieser Bildungspolitik großartig etwas zu ändern. Im Regierungsprogramm heißt es – ich zitiere –:

"Diese Reform"

– die angefangenen Reformen sind gemeint –

"werden wir solide fortführen."

Ich empfinde das als Drohung

(Beifall bei *Manuel Sarrazin GAL*)

gegenüber allen Schülerinnen, Schülern und Lehrern in dieser Stadt, wenn diese Reformen, die Herr Lange angegangen hat, solide fortgesetzt werden sollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir sollten diesen Einschnitt dazu nutzen, einen grundlegenden Neuanfang in der Bildungspolitik zu wagen. Ich möchte dem Senat vorschlagen, wo soviel von Internationalisierung die Rede ist, doch auch im Bildungsbereich einmal den Blick in Richtung anderer Länder zu richten. In keinem anderen Land Europas gibt es eine derart strenge und frühe Selektion von Schülerinnen und Schülern und in kaum einem anderen Land Europas ist in Relation zu den großen hier in Deutschland eingesetzten Mitteln der Erfolg im Hinblick auf die Ergebnisse in Studien so gering.

D Wir haben unser Konzept bereits vorgelegt. Wenn Sie uns als Grüne da misstrauen – das ist ja verständlich –, dann reden Sie doch einfach einmal mit den konservativen Bildungspolitikern aus anderen Ländern. Auch die schlagen sich doch die Hände über dem Kopf zusammen, wenn sie hören, dass die Schülerinnen und Schüler in Deutschland nach der vierten Klasse sortiert werden. Reden Sie doch wirklich einmal mit Ihren Fachkollegen aus anderen Ländern. Machen Sie auch einmal ernst mit der Internationalisierung und machen Sie hier einen Neuanfang in der Bildungspolitik, anstatt einen halben Schritt zu tun, der vielleicht in die richtige Richtung geht, wenn Sie sagen, Sie wollen die Durchlässigkeit zwischen den Schulsystemen verbessern. Wir sollten hier, glaube ich, wegkommen von Provinzialismus und von anderen Ländern lernen.

Neben der Bildung als Schwerpunkt gibt es noch den Bereich der Integration und der Internationalisierung. Immer, wenn die CDU etwas zu einem Schwerpunkt erklärt, muss sich eigentlich die CDU-Fraktion fürchten, denn dann trifft der Erste Bürgermeister eine Bestenauslese. Man kann sicher sein, dass zumindest niemand aus der CDU die Zuständigkeit für diesen Schwerpunkt bekommt.

In der letzten Legislaturperiode waren das die Bereiche Bildung, Sicherheit und Verkehr und das beeindruckende Personalaufgebot kennen wir ja mit den Herren Lange, Mettbach und Schill. Für die Schwerpunkte Bildung, Sicherheit und Kultur ist auch in dieser Legislaturperiode wieder niemand aus der CDU zuständig.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Wahrscheinlich war der aus der letzten Legislaturperiode schon bekannte Talentschuppen der CDU-Fraktion noch vom gewaltigen Aderlass vor zweieinhalb Jahren geschwächt. Aber jetzt gibt es im Vergleich zur letzten Le-

A gislaturperiode noch eine Steigerung in Sachen Schwerpunktsetzung durch Unzuständigkeit. Es gibt diesen Schwerpunkt der Integration, von dem die Rede war. Wieder ist niemand aus der CDU zuständig. Das verwundert nicht. Aber es kommt noch viel besser: Es ist überhaupt niemand zuständig und das ist dann die Krönung einer vielleicht subtilen Strategie der Schwerpunktsetzung durch Unzuständigkeit.

(Beifall bei der GAL)

Man macht die Strukturen kaputt, man schafft das Amt der Ausländerbeauftragten ab, wahrscheinlich hat sich auch der entwicklungspolitische Beirat im Zuge dieser Strategie einfach aufgelöst, und behauptet dann, man habe einen Schwerpunkt, wenn keiner mehr zuständig ist. Das ist wirklich bravurös, meine Damen und Herren.

Ich würde mir wünschen, wenn der Senat nicht nur in der Besetzung des Senates diese vorgeschlagene arbeitsmarktorientierte Zuwanderung zur Leitlinie auch in anderen Branchen macht, denn wir brauchen Zuwanderung auch außerhalb des Politikbusiness. Ich will mich gar nicht groß über die Quiddjequote im Senat mokieren, die viermal so groß ist wie die Ausländerquote in der hamburgischen Bevölkerung, denn eines muss man dem Senat wirklich lassen: Er ist in seiner Zusammensetzung das sichtbarste Signal dafür, dass diese Stadt auf Zuwanderung angewiesen ist, meinetwegen auch auf Bajuwaren, aber anscheinend ist diese Stadt tatsächlich auf Zuwanderung angewiesen.

B Aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen Migranten – der Senat nimmt sich gegenüber den Migranten ja immer heraus zu sagen, es müsse auch ein Integrationswille erkennbar sein – würde ich es begrüßen, wenn der Erste Bürgermeister auch gegenüber den südländischen Zuwanderern im eigenen Senat deutlich machen würde, dass auch auf Ihrer Seite ein Integrationswille in Sachen hamburgischer Kultur erwartet wird.

(Beifall bei der GAL)

Damit meine ich in erster Linie nicht diese Residenzfrage, sondern Tugenden, welche die beiden letzten Innensenatoren nicht gehabt haben: Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Liberalität im Rechtsstaat und einen ruhigen Kopf in kritischen Situationen, denn Hamburg ist zum Glück nicht München und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der GAL)

Herr Bürgermeister, es wird nicht ausreichen, wenn Sie uns die nächsten vier Jahre mit Kuschelrhetorik beglücken und parallel dazu eine knallharte schwarze Interessenpolitik fahren wollen. Ich bitte Sie, haben Sie den Mut, diese falschen Weichenstellungen in der Bildungspolitik zu ändern, in der Innenpolitik zu einem rechtsstaatlichen Kurs zurückzufinden und die Ökologie wieder in der Stadtentwicklungsarbeit und der Verkehrspolitik ernst zu nehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat nun Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auch gern mit dem Wort von Herrn Maaß, mit der Kuschelrhetorik anfangen und noch einmal

C zu der Rede von Herrn Schira etwas sagen, der danach leider fluchtartig den Plenarsaal verlassen hat.

Herr Schira, der Bürgermeister hat hier eine Regierungserklärung abgegeben, die doch eine Reihe von Fragen offen gelassen hat und Zweifel weckt, ob hier die richtigen Weichen gestellt werden. Dazu hat sich mein Kollege Neumann sehr deutlich geäußert.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das habe ich aber nicht so gesehen!)

Und was macht Herr Schira? Er beleidigt erst einmal unseren Fraktionsvorsitzenden und fängt dann an, den Senat und die einzelnen Senatoren zu loben, von denen die einen ehrlicherweise mit ihrer Arbeit noch gar nicht begonnen haben und die anderen einem nicht in jedem Fall gut in Erinnerung sind. Ich möchte Sie schon ermuntern, das Wort des Bürgermeisters ernst zu nehmen: Seien Sie nicht so eine softe Truppe, sondern setzen Sie auch mal einen eigenen Akzent.

(Beifall bei der SPD und bei Claudius Lieven GAL)

Ich möchte aber auf die Regierungserklärung eingehen und noch einen etwas größeren Rückblick machen.

Herr Bürgermeister, Sie haben skizziert, was Sie für Hamburg tun wollen. In den vergangenen Jahrzehnten haben große sozialdemokratische Bürgermeister entscheidende Weichen für die Stadt gestellt. Klaus von Dohnanyi hat den Industriestandort Hamburg zur wettbewerbsfähigen Dienstleistungsmetropole weiterentwickelt. Henning Voscherau hat mit enormen Anstrengungen verantwortet, dass Hamburg in nur ganz wenigen Jahren um bis zu 140 000 Menschen wachsen konnte. Das Konzept der „Wachsenden Stadt“ hatte da seine Wurzeln. Wohnungen, Kitas, Schulen wurden gebaut, die HafenCity entwickelt, um auch die Grundlagen für das Wachstum der nächsten Jahrzehnte zu legen. Ortwin Runde hat sich um den sozialen Zusammenhalt der Stadt verdient gemacht. Große Infrastrukturprojekte wurden auf den Weg gebracht, die Elbvertiefung und die Airbuserweiterung. Daran knüpfen Sie an: Die HafenCity, den „Sprung über die Elbe“, die Sicherung von Airbus in Hamburg und auch die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens. Das finden wir alles gut und richtig und da unterstützen wir Sie auch.

(Bernd Reinert CDU: Schön!)

Aber trotzdem fragen wir, wann eigentlich der erste originäre Vorschlag, die erste Initiative dieser Regierung kommt, die Hamburg in die Zukunft führt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das heißt schon, dass wir uns etwas Sorgen machen. In Hamburg darf nicht nur das Begonnene fortgeführt werden. Hamburg muss in zehn, in zwanzig, in dreißig, in vierzig Jahren wettbewerbsfähig sein und sich einem internationalen Wettbewerb stellen und das bedeutet, dass heute erneut Weichen gestellt werden müssen. Heute werden die Grundlagen dafür gelegt, dass wir in dreißig, vierzig Jahren in dieser Stadt gut zusammenleben können.

Nach der Regierungserklärung habe ich große Zweifel, ob Sie das eine Thema, das hier schon mehrfach angesprochen wurde, in seiner großen Dimension richtig erfasst haben: Investitionen in die Infrastruktur in Hamburg, die heute ganz oben auf der Tagesordnung stehen, das

A sind Investitionen in die Bildung und in die Kinder. Das fehlte als Schwerpunkt in Ihrer Regierungserklärung und ich glaube, dass Sie dort falsche Weichen stellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie haben investiven Bedarf genannt. Sie haben ein Sonderinvestitionsprogramm angekündigt, aber es beschränkt sich auf bauliche Teile, auf Stadtplanung. Es fehlt ein Investitionsprogramm für die Kinder, für die Bildung in dieser Stadt und darauf haben Sie erneut nichts gesagt. Wir haben auch im Wahlkampf darum gestritten. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass die Qualität im Bereich Bildung verbessert werden muss, dass aber auch mehr Geld ausgegeben werden muss. Und da stellen wir mit Schrecken fest, dass es nicht nur so ist, dass Sie hier finanziell keine Anstrengung unternehmen, die Sie in anderen Bereichen bereit sind zu tun, sondern dass Sie noch nicht einmal Mittel, die bereitstehen, hier zur Anwendung bringen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich möchte gerne für Sie, Frau Ernst, für Ruhe sorgen und bitte Sie, die Aufmerksamkeit wieder auf die Rednerin zu lenken. Ich bitte Sie, auf Ihre Plätze zu gehen oder die Gespräche draußen fortzuführen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Britta Ernst (fortfahrend): Die Bundesregierung schlägt ja einen anderen Kurs ein. Sie stellt den Bundesländern 4 Milliarden Euro für Ganztagschulen zur Verfügung.

B Was ist in Hamburg passiert? Diese Mittel werden im Jahr 2004 überhaupt nicht abgerufen. Es werden keine neuen Ganztagschulen in Hamburg errichtet und auch dazu haben Sie nicht gesagt, dass Sie hier zu einem Kurswechsel in der Arbeit der CDU kommen wollen.

Wir brauchen diesen qualitativen Sprung, wir brauchen Ganztagschulen, wie sie in vielen europäischen Ländern üblich sind. Wir schaffen es nicht, den Rückstand in der Bildung aufzuholen, ohne hier auch zu investieren. Wer zukunftsfähig sein muss, muss wissen, dass eine Infrastrukturauscheidung im Bereich Bildung und Wissenschaft liegen muss.

(Wolfgang Drews CDU: Völlig unbestritten!)

Herr von Beust, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede über Gerechtigkeit philosophiert. Sie haben es als einen der zentralen Leitsätze formuliert. Ich glaube, dass Sie auch bei der Frage der Gerechtigkeit die wahre Dimension gar nicht erkannt haben. Wer heute über Gerechtigkeit redet und über Bildung schweigt, hat nicht verstanden, was soziale Gerechtigkeit in den nächsten Jahren bedeutet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben in mehreren Reden über die Durchlässigkeit des Schulsystems gesprochen. Als wir das in der Regierungserklärung gelesen haben, haben viele gesagt, das ist doch ein SPD-Wort. Ist das jetzt ein Kurswechsel bei der CDU? Wir werden es sehen. Wenn Sie es ernst meinen, kommen Sie aber nicht daran vorbei, zentrale Entscheidungen der vergangenen zweieinhalb Jahre rückgängig zu machen. Es geht nicht, dass Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt werden können. Es ist auch nicht richtig, dass Kinder nach der fünften Klasse gegen den Willen der Eltern vom Gymnasium geschickt werden.

C Und es ist völlig unmöglich, dass Realschülerinnen und Realschüler nicht mehr über den Weg der Fachoberschule die Fachhochschulreife erreichen können. Diese drei Punkte müssen rückgängig gemacht werden, wenn Sie es mit der Durchlässigkeit in unserem Hamburger Schulsystem wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Drews CDU: Es gibt doch Fachoberschulen!)

Dann wurde wieder von der Stärkung der Hauptschule gesprochen und es wurde bedauert, dass dort so wenige Schülerinnen und Schüler sind. Versetzen Sie sich doch einfach einmal in die Lage der Eltern und der Schülerinnen und Schüler. Sie wissen doch, dass die Hauptschule bedeutet, es schwerer zu haben. Es ist doch gut, wenn Kinder sich entscheiden, von vornherein eine Schulform zu wählen, wo sie die Chance auf einen weiterführenden Bildungsabschluss haben und sich nicht in der fünften Klasse auf einen Hauptschulabschluss festlegen wollen. Das ist ein Erfolg von Schulpolitik und spiegelt sich auch in hohen Abiturientenquoten wider, die wir in Hamburg haben. Das muss doch ausgebaut werden und darf man doch nicht rückgängig machen wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte auch noch etwas zum Kita-Bereich sagen. Da haben Sie hohe Ansprüche formuliert. Herr Bürgermeister, Sie haben genau noch zweieinhalb Monate Zeit. Dann entscheiden nämlich die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt darüber, dass in Hamburg endlich Beruf und Familie vereinbart werden sollen. Da bitte ich Sie: Machen Sie es sich doch einfach und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu. Darin steht doch das, was Sie hier wollen. Wir wollen die fünfte Stunde für drei- bis sechsjährige Kinder und den Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung für Eltern. Und wir wollen noch zwei Punkte mehr, die auch in diesem Entwurf stehen und sehr vernünftig sind. Wir wollen nämlich eine dauerhafte Qualitätssicherung in den Kitas und dass die Eltern in den Schulen genauso mitwirken können. Das ist ein guter Gesetzentwurf. Sparen Sie sich die viele Arbeit, nehmen Sie ihn zur Grundlage und stimmen Sie ihm zu.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Reinert hat hier meinen Kollegen Neumann gelobt, weil wir als Opposition klar gesagt haben, dass wir Gutem zustimmen wollen, wenn wir es richtig finden und nur die Dinge, die wir falsch finden, ablehnen. Nehmen Sie sich doch ein Beispiel als Regierungsfraktion und stimmen Sie den guten Vorlagen der Opposition zu, wenn Sie sie richtig finden. Das wäre doch wirklich eine mutige Sache dieser Regierungsfraktion, sich so zu verhalten. So, wie Sie es von uns gut finden, machen Sie es doch selber und beginnen Sie. Der Gesetzentwurf ist doch vorgelegt worden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Reinert hat ja bei der Kita-Frage ein bisschen über das Lächeln von Frau Goetsch philosophiert, hat dabei aber auch ein wenig gelächelt, weil Sie natürlich ganz genau wissen, welches Desaster Sie dort hinterlassen haben und welche Schwierigkeiten Sie vor sich haben. Er hat gesagt, Sie befänden sich auf dem richtigen Weg. Ich glaube, der Weg ist lang und Sie sind am Anfang und wir sind schon ziemlich weit fortgeschritten. Im Juni ist der Weg zu Ende und dann wird in dieser Stadt entschieden.

A (Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass Hamburg eines erreichen muss: Wir müssen qualifizierte Arbeitskräfte haben, um zukunftsfit zu sein. Daran wird es in den nächsten Jahrzehnten mangeln und dafür brauchen wir die von mir skizzierten Anstrengungen für mehr Bildung, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch für die Integration von Zuwanderern und ihren Kindern und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wenn Sie dieses nicht in all diesen Politikfeldern angehen, dann wird der Begriff der „Wachsenden Stadt“ zum trotzigen Slogan einer Politik werden, die es versäumt hat, zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Weichen zu stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Frau Koop.

Karen Koop CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin nicht umsonst seit 30 Jahren Grundschullehrerin und weiß, wann irgendwo auch ein Erschöpfungsgrad bei den Zuhörern erreicht ist.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Machen Sie jetzt schon Grundschüler aus uns?)

Ich möchte jetzt keinen großen Rundumschlag mehr machen, sondern werde meine gute, wohl durchdachte Rede zur Familienpolitik bei einer anderen Gelegenheit halten, wo auch wirklich noch mehr an Gehalt rüberkommen kann.

Leider ist Herr Neumann nicht mehr da.

(*Michael Neumann SPD:* Doch, hier! Wenn Sie reden, immer!)

– Herr Neumann, seien Sie vorsichtig, Sie wissen noch gar nicht, was ich sagen will.

Sie wissen selber, wie Sie Ihre Rede zu beurteilen haben, aber lassen Sie mich kleine Kritikpunkte doch noch sagen. Nassforsche Haltung, tolle Sprüche ersetzen doch kein Profil. Aber Sie haben ja noch Zeit. Das kann ja noch werden.

(*Ingo Egloff SPD:* Sie meinen nicht Herrn Reiner?)

– Ich meine Herrn Neumann.

Lassen Sie mich etwas zum Schulsystem sagen. Herr Neumann hat das angesprochen. Ich bin nun 30 Jahre in diesem System und habe 30 Jahre eine Ideologie erlebt, die auf Nivellierung aus war. Wir haben die unterschiedlichsten Versuche durchgezogen und es ist das erste Mal, dass ich nach 30 Jahren Lehrpläne zur Verfügung habe. Als ich eingetreten bin, hat es Anfang der Siebzigerjahre einmal welche gegeben. Jetzt haben wir Leistungsstandards, jetzt können wir auch überprüfen. Sie haben sich doch immer dagegen gewehrt, zu überprüfen. Ich erinne re mich noch an diesen Spruch "Das Schwein wird nicht vom Wiegen fett". Aber wenn es dann einmal gewogen wird, wie mit der PISA-Studie, dann stellt man fest, wie mager es ist. Das ist ein Punkt, bei dem wir einmal nachhaken sollten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht die Anzahl der Abiturienten, die einen Bildungsstandard ausmachen, es ist das, was sie mitbrin-

gen, es ist das, was die Universität später an Output hat. Und da haben wir gesehen, dass eine ungeheure Diskrepanz besteht. 50 Prozent Abbrecher. Da muss man sich doch überlegen, ob die Bildungsstandards so gewesen sind, dass wir wirklich sagen können, eine geistige Elite ins Leben geschickt zu haben oder ob es nur eine Nivellierung gewesen ist, die uns dann doch nicht genutzt hat?

C

Ein paar Worte zur Integration. Integration ist keine Einbahnstraße. Das, was ich in den letzten zehn Jahren erlebe, ist nicht eine wachsende Integrationsbereitschaft bei denjenigen, die sich hier integrieren sollen, sondern ganz im Gegenteil eine Abschottung. Ich glaube, da muss angesetzt werden. Da muss auch von anderer Seite der Wille kommen und nicht die Ausgrenzung zu unserem System. Da ist noch eine Menge zu tun. Wir können nicht immer so tun, als müsse die Politik einfach nur die Programme vorlegen und dann ginge das auch über die Bühne.

(Beifall bei der CDU)

Freundlicherweise haben wir auch ein bisschen zur Frauenpolitik gehört. Ich dachte, das würde hier noch sehr viel effektiver und lebhafter zugehen, aber unsere drei Frauen im Senat haben Sie vielleicht auch ein bisschen verblüfft, sodass Sie gar nicht mehr den Ansatz haben, vom Herrensenat zu sprechen, weil ja eine Frauenbeteiligung vorhanden ist.

(*Gesine Dräger SPD:* Das reicht nicht! – Zuruf von *Petra Brinkmann SPD*)

– Aber Frau Brinkmann, jetzt denken Sie mal an Ihren Senat. Der war zur Hälfte mit Frauen besetzt. Hat er denn letztendlich etwas für die Frauen gebracht?

(*Petra Brinkmann SPD:* Und wie!)

– Nein, nein. Bleiben Sie mal ganz ruhig.

(Beifall bei der CDU)

Die guten Absichtserklärungen kennen wir. Ich habe gerade heute ein Buch durchgelesen. Darin stand:

"Die Einrichtung von Frauengremien und Frauenförderplänen entband die Verantwortlichen von der Aufgabe, sich wirklich der Gleichstellung zu widmen."

Wissen Sie, wer das gesagt hat? – Frau Künast. Frau Künast hat auch gesagt, es reiche nicht, die Hälfte der Stühle zu besetzen, sondern man müsse die Hälfte der Macht haben. Das hat Frau Goetsch auch schon gesagt.

(*Petra Brinkmann SPD:* Ja!)

Aber man muss es auch wollen. Es ist nicht nur männlicher Chauvinismus,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

es ist auch die mangelnde Bereitschaft von Frauen, sich dann auch wirklich in die Gremien zu begeben. Das darf man nicht leugnen, das ist einfach Fakt.

Sie haben mit 20 Jahren Gleichstellungspolitik nicht erreicht, dass wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit haben. Das war Ihre Aufgabe und die Aufgabe der Gewerkschaften. Das ist nicht erreicht worden und wir brauchen einen Wechsel. Wenn Sie uns jetzt unterstellen, dass wir nicht mit Gender Mainstreaming arbeiten wollen, dann kann ich

D

A Ihnen nur sagen, warten Sie es erst einmal ab. Wir haben die Begriffe integriert und nun müssen wir sie mit Leben erfüllen. Dafür werde ich auch sorgen. Da können Sie sicher sein.

(*Doris Mandel SPD*: Na hoffentlich besser als im Fraktionsvorstand!)

Wir haben uns dem Thema "Wachsende Stadt" verschrieben und eine wachsende Stadt ohne Menschen ist natürlich eine Geisterstadt und dazu brauchen wir Familien.

Wenn ich mir die Familienentwicklung in Hamburg angucke, dann wissen Sie, dass man heute denkt, es ist eigentlich eine Minderheit, die zu behandeln ist.

(*Doris Mandel SPD*: Ja, ist es ja auch!)

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass jeder von uns Familie hat. Auch wer keine Kinder hat, hat ja Familie. Es darf nicht zu einem Gegeneinander der Generationen führen, dass wir die junge Generation gegen die alte Generation oder umgekehrt ausspielen und dass wir auch nicht die Familien ausspielen gegen die, die keine Familie haben.

Ich möchte nicht weiter zum Thema Familie reden, weil ich jetzt die Debatte beenden möchte.

(*Doris Mandel SPD*: Schön!)

Die Optimierung der Kinderbetreuung haben wir genannt. Wir werden ein lebenswertes Umfeld dafür schaffen und dafür sorgen, dass sich junge Familien hier in der Stadt auch wieder wohlfühlen. Es ist eine Menge zu tun.

B (*Doris Mandel SPD*: Ja!)

Nun werden wir es anpacken und ich hoffe, Sie unterstützen uns dabei.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren, Herr Bürgermeister! Herr Reinert hat eben eine große Rede des Bürgermeisters gehört.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Sie hoffentlich auch!)

Was ist das Merkmal einer großen Rede? Dass sie elektrisiert. Nicht einmal Sie wirkten elektrisiert.

(Beifall bei der GAL)

Sie wirkten nur heftig entschlossen, die Hände massiv zu bewegen und das lange und sozusagen einen Auftritt zu verschaffen, aber elektrisiert hat er nicht. Er hat brav vorgetragen, was man seit einiger Zeit schon alles zum Thema "Wachsende Stadt" gehört hat. Das kennen wir alles schon. Dann hat sich eine Debatte angeschlossen, die auch nicht sehr inspiriert oder elektrisiert war. Das hängt damit zusammen, wenn der Einstieg nicht stimmt, dann geht es auch schwierig weiter.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD
– *Michael Neumann SPD*: Wie meinen Sie das jetzt?)

Warum hat der Einstieg nicht gestimmt? Weil der Bürgermeister in Wirklichkeit keine klare politische Rede gehalten hat. Er hat nicht dargestellt, worin sich eigentlich

seine Politik von der anderer unterscheidet. Das Merkmal der Differenz war nirgends klar, sondern es war eine Rede im Allgemeinen. Das ist natürlich eine Rede, die er der besonderen Situation verdankt. Er hat jetzt die absolute Mehrheit, will Politik für alle machen, was natürlich nicht geht, weil es immer Streit gibt. Wie versucht er dann, die Lösung zu finden? Indem er sich aufs Abstrakte zurückbewegt. Das wird nicht lange anhalten. Der Mann muss künftig heftiger in den Clinch.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ja!)

Da wird er auch nicht drum herumkommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dadurch, dass das jetzt aber so gegangen ist, gibt es auch in der Debatte solch einen speziellen Provinzialismus, wenn Herr Schira hier eine fromme Rede hält, jedes Mal den Namen des Senators nennt und dann ein Gebet dazu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Drei Zeilen und dann war es das und dann sind wir alle davon unterrichtet, was es doch alles für Senatoren und Senatorinnen gibt.

Der Senat schreibt auf der ersten Seite seines Programms, Hamburg müsse

"in einem Atemzug mit den führenden Metropolen der Welt genannt"

werden.

Ich denke, es wäre eine schöne Aufgabe, wenn wir bei der Diskussion einmal ein bisschen versuchten, so zu reden, als wäre das so.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man merkt Provinzialismus besonders massiv daran, dass Leute sagen: Wir wollen Metropolbürger werden. Niemand wirkt so provinziell wie derjenige, der es sich zu seinem Programm macht, Großstädter zu werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist eine in Hamburg verbreitete Tendenz. Wir haben in der Stadt wirklich ein Metropolenproblem. Wir haben zum Beispiel kein Intelligenzblatt als Tageszeitung. Die "Welt" ist nach Berlin gelaufen und wir haben eigentlich nur gehobene Generalanzeigerpresse und dann wollen wir aber Metropole werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist nicht so richtig gut, sondern da bleibt man ja ein bisschen dumm, dümmer als nötig.

Dazu kommt, dass in dem Regierungsprogramm manches ein bisschen banalisch daherkommt. Da wird von den Wissenschaften gesprochen und von der Kultur und den Künsten. Weswegen wird von den Wissenschaften und von der Kultur und den Künsten gesprochen? Um der Wahrheit willen, um der Schönheit willen oder der Erhabenheit willen und des Interessanten willen? Nein, weil das wirtschaftlich standortmäßig so doll kommt. Genau so verhält sich aber ein Banane,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

zu sagen, all das, was erste Zwecke sind, wird funktionaliert für den Hilfszweck, dass wir natürlich leben müssen und weil wir leben müssen, wirtschaftliche Erfolge brau-

A chen. Aber das Ziel des Lebens hat doch noch nie irgendein intelligenter Mensch darin gesehen, ständig mehr Geld zu machen. Das ist aber das heimlich unterstellte Motiv des neuen Senats, wenn er sagt, wachsende Stadt. Es soll nämlich im Ernst gar nicht die Stadt wachsen. Wissen Sie, was wachsen soll?

(*Doris Mandel SPD: Das Einkommen weniger!*)

Es soll das Portemonnaie wachsen. Das ist gut hanseatisch, das ist klassisch hanseatisch. Aber frühere Stadtväter haben das nicht so pompös ausgedrückt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die haben das einfach gemacht. Dazu muss man noch sagen, dass das Programm auch ein Stück weit widersprüchlich ist. Überlegen Sie sich einmal, wir wollen gleichzeitig die wirtschaftsfreundlichste Stadt werden und wir wollen die kinderfreundlichste Stadt werden. Was muss man machen, um wirtschaftsfreundlich zu sein? Emissionen zulassen, Verkehr nicht so stark dämpfen, höheres Tempo auf den Straßen, all solche schönen Sachen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das sind die Konzepte von früher!*)

Was muss man machen, um kinderfreundlich zu sein? Die Kinder da durchjagen? Das wird doch ein Problem.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Man muss doch diesen Widerspruch zumindest einmal aufdecken und sagen, ja, wir wollen beides, aber wie machen wir das denn, wie kriegen wir denn das Problem gelöst, das offenkundig darin steckt? Aber der Bürgermeister macht sich keine Probleme, sondern stellt sich Plakattafeln dahin und dann sagt er, ich habe Plakattafeln aufgestellt, schon habe ich ein Regierungsprogramm. Ich finde, wenn man das noch einmal mit einem viel strapazierten Begriff aus dem letzten Wahlkampf beurteilen soll, dann war hier immer alles unhanseatisch. Irgendein klares Wort war schon unhanseatisch. Jetzt kann man sagen, die Regierungserklärung wirkt ziemlich marktschreierisch, solange sie sich nicht konkretisiert. Und das ist, bitte schön, unhanseatisch. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir in der Tagesordnung fortfahren.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion sollen die Wahlen, Punkte 5 sowie 8 a bis 8 c, erst nach der nächsten Debatte erfolgen. Dies wird erforderlich, weil verschiedentlich Stimmzettel bereits falsch ausgefüllt worden sind und nicht ausreichend Ersatzstimmzettel vorhanden waren, sodass nachgedruckt werden musste. Das ist noch nicht abgeschlossen, sodass die Wahlen jetzt nicht erfolgen können. Dennoch muss ich fragen: Gibt es Widerspruch aus dem Hause gegen diese Verfahrensweise? – Ich sehe keinen. Dann werden wir so verfahren.

Mir wurde mitgeteilt, dass der Abgeordnete Dittmar Lemke heute Geburtstag hat und diesen mit uns verbringt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im ganzen Hause)

C Ich rufe Punkt 13 auf, Drucksache 18/22, Antrag der SPD-Fraktion: Überprüfung des Kita-Chaos: Vorlage des Berichts der Lenkungsgruppe.

[**Antrag der Fraktion der SPD:
Überprüfung des Kita-Chaos: Vorlage des Berichts
der Lenkungsgruppe – Drucksache 18/22 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Böwer, bitte.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie können sich vorstellen, dass ich Ihnen während Ihrer Regierungserklärung über die Eckpunkte zukünftiger Kindertagespolitik sehr aufmerksam gelauscht habe: Fünfte Stunde inklusive Mittagessen, Rechtsanspruch für acht Monate bis 14 Jahren. Das könnte ich sofort unterschreiben. Ich musste mich ja in anderen Zusammenhängen in den letzten Wochen und Monaten auch öfter einmal im Fernsehen mit Ihnen befassen. Deswegen guckt man auch gerne zu, was der Bürgermeister so sagt. Bis zum 29. Februar habe ich immer darauf geachtet, wie Sie es sagen. Ab dem 29. Februar habe ich darauf geachtet, was Sie sagen, und da gibt es einen gewissen Widerspruch, den man heute nennen muss: Sie plaudern bei Herbert Schalthoff über Kindertagesbetreuung und auch über das, was Sie ändern wollen. In dem Zusammenhang taucht dann ein Begriff auf, der mich hellhörig werden lässt.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU: Donnerwetter!*)

D Sie reden im Zusammenhang mit Kindertagesbetreuung von Wohltaten. Herr Bürgermeister, nehmen Sie zur Kenntnis: Kindertagesbetreuung im 21. Jahrhundert ist keine Wohltat mehr, sie ist bittere Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Von daher klafft zwischen Ihrer Regierungserklärung, nämlich zwischen dem, was Sie und Ihre Fraktionskollegen gerade gesagt haben, und dem, was Sie im Plauderton losgelassen haben, ein Widerspruch, der die Eltern und Kinder hellhörig werden und alle Alarmglocken bei ihnen klingeln lassen muss. Sie, Herr Bürgermeister, sind es gewesen, der in einem bundesweit einzigartigen Feldversuch die Interessen von Kindern und Eltern missachtet hat. Zwei einhalb Jahre lang waren Sie Bürgermeister, das war ja keine Probezeit. Von daher in diesem Zusammenhang von Wohltaten zu sprechen, ist schwierig und zeigt im Grunde genommen, dass Sie es in der Sache noch nicht ernst meinen.

(Beifall bei der SPD und bei Katja Husen GAL)

Eltern und Kinder sind in der Frage der Kindertagesbetreuung – und das impliziert ja der Ausdruck "Wohltaten" – keine Almosenempfänger mehr. Eltern, insbesondere Frauen, und Kinder brauchen eine verlässliche, eine planbare Kindertagesbetreuung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Wirklichkeit werden zu lassen und nicht nur in Sonntagsreden und Regierungserklärungen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dann kommen wir auf das zurück, was Sie im Augenblick noch zu verantworten haben. Wir hatten diesbezüglich noch Abstimmungen im Februar. Es war Ihr Senat unter Ihrer Führung, der dafür gesorgt hat, dass die Krippenversorgung dramatisch zurückgeht. Ole von Beust war Bürgermeister und nicht ein Sozialdemokrat. Deswegen

A bin ich immer noch hellhörig bei Ihren Äußerungen, was Wohltaten angeht, und die Eltern sollten es auch sein.

Über die Frage der Bedeutung des 13. Juni ist viel gesprochen worden und nun haben Sie gesagt, okay, wir wollen uns verbessern. Einen ersten Schritt der Besserung und auch der Wiedergutmachung sehe ich darin, dass Sie eine Kleine Anfrage eines kleinen, unbedeutenden Abgeordneten nach einem halben Jahr noch einmal korrigiert und mit den richtigen Zahlen versehen haben. Das ist bisher Ihre Politik gewesen. Die letzten zweieinhalb Jahre war es Täuschen und Tarnen. Das ist etwas, was die Hamburger nicht vergessen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was wir heute nicht mehr und nicht weniger von Ihnen verlangen, ist, Klarheit darüber zu schaffen, was denn nun Ihre wahren, politischen Planungen sind neben dem, was Sie in der Regierungserklärung gesagt haben. Da ist noch unter Ihrer Verantwortung eine Steuerungsgruppe eingesetzt worden, die im Februar Ergebnisse vorlegen sollte. Man hat als Wahlkämpfer ein gewisses Maß an Verständnis dafür, dass diese Ergebnisse noch nicht vorliegen. Aber jetzt haben wir Ende März und wir wollen, dass diese Ergebnisse jetzt vorgelegt werden, um auf deren Grundlage dann zu sehen, was Sie wirklich wollen.

Der zweite Punkt: Die Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Anspruch darauf, zu wissen – weil Sie es selbst in der Regierungserklärung angesprochen haben –, was nun mit Jesteburg II ist. In Jesteburg II gibt es einen Prüfauftrag, der sagt, zum 1. August 2004 sollen die Elternbeiträge um 10 Prozent steigen. Das ist Beschluss von Jesteburg II. Sie haben gerade vor wenigen Stunden noch gesagt, Jesteburg II habe völlige Gültigkeit. Wenn Sie von uns als Opposition verlangen, weil die Eltern es auch verlangen, dass es in dieser Frage zu einer Lösung kommt, dann sind Sie jetzt am Zuge, die Fakten auf den Tisch zu legen.

Die andere Frage, wie man mit einem Gesetzentwurf der Volksinitiative umgehen kann, haben sowohl der Fraktionsvorsitzende als auch die Stellvertreterin beantwortet. Das brauche ich nicht mehr zu erwähnen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Weinberg.

Marcus Weinberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Böwer, wir haben ja auch vor der Wahl schon die eine oder andere Schlacht geschlagen. Ich hatte eigentlich gehofft, dass sich das eine oder andere bei Ihnen ändern würde, aber anscheinend – das habe ich bei Ihren Redebeiträgen und auch denen von Herrn Neumann gehört – hat sich bei Ihnen leider nichts geändert. Deswegen bin ich wieder in der Rolle, bei Ihren Aussagen Korrekturen vornehmen zu müssen; damit fange ich auch gleich an.

Erste Bemerkung, damit es auch nicht vergessen und falsch aufgenommen wird: Es gibt einen Vorschlag in Jesteburg II, zur Finanzierung möglicherweise die Elternbeiträge zu erhöhen. Aber es ist doch selbstverständlich, dass eine Behörde, wenn sie den Auftrag bekommt, gezielt konkrete Vorschläge zu erarbeiten, alle Möglichkeiten mit einbindet. Wenn die Behörde dies nicht machen würde, würde ich mich fragen, welche Arbeitsauffassung

diese Behörde hat, wenn sie diese Vorschläge nicht bringt. Entscheidend, Herr Böwer, ist der politische Wille und der politische Wille sieht anders aus. Deshalb ist dieser Punkt von Ihnen falsch dargestellt worden.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt: Es ist ja auch eine Frage der Vorstellung, da hören Sie heute den Ersten Bürgermeister. Sie haben ein Regierungsprogramm schwarz auf weiß vorliegen und dann sagen Sie, das sei alles wohl vom Ersten Bürgermeister noch nicht ernst gemeint. Wenn es im Regierungsprogramm steht, wenn es hier verkündet wird, wenn wir dahinter stehen, dann ist es ernst gemeint und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Na, na, na!)

Ich möchte im Übrigen auch zu der Frage, wie wir in Zukunft mit dem Bereich Kindertagesbetreuung umgehen, einiges sagen. Der Erste Bürgermeister hat zwei Begriffe eingeführt: Verantwortung und auch eine gewisse Bescheidenheit. Herr Neumann hat gesagt: Da kann ich zustimmen, wir arbeiten zusammen, wir werden auch alle guten Vorschläge unterstützen, das ist auch unsere Verantwortung. Er hat Zustimmung signalisiert und sich sehr moderat geäußert. Gerade einmal sieben oder acht Minuten später spricht dieser Herr Neumann, der neue Fraktionsvorsitzende, der auch eine moderate Rolle übernehmen soll, im Zusammenhang mit dem Kita-Bereich von missraten, Versündigung und verbrannter Erde. Liebe SPD, lieber Herr Neumann, wenn Sie gerne mit uns in einigen Punkten zusammenarbeiten wollen, dann sollten Sie zunächst einmal diese Begrifflichkeit sein lassen und endlich von diesem Populismus wegkommen, mit solchen Beschimpfungen zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Das kann er nicht!)

Dann komme ich gerne dazu, einmal zu präsentieren, was denn verbrannte Erde ist. Ab 1. April gibt es im Elementarbereich für Berufstätige einen Anspruch auf eine Kindertagesbetreuung, ab 1. August für den Hortbereich. Das ist eine Planungssicherheit für Familien, das gibt es in keiner anderen westdeutschen Stadt, nur in Hamburg. Das ist keine verbrannte Erde, das ist eine richtige und gute Familienpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Was ist denn verbrannte Erde? Wir werden die fünfte Stunde mit Mittagessen einführen. Das ist keine verbrannte Erde, das ist die erste richtig gute Maßnahme, die gerade in Betrachtung der Kindertagesbetreuung für eine moderne Sozialpolitik nötig ist. Das machen wir genauso wie wir die Sprachförderung ausbauen. Dieses haben wir auf den Weg gebracht, das gab es vorher nicht.

Herr Neumann ist ja erst seit 2001 in der Politik. Für ihn ist all das, was er beziehungsweise die Sozialdemokraten als Vorleistung gebracht haben, nicht existent. Die angeblich 18 000 Kita-Plätze fehlen ja nicht erst seit 2001 mit unserer Regierungsübernahme. Verzeihung, das ist doch das Werk, das Sie uns überlassen haben. Dieses Werk mussten wir mit der Regierungsverantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

A Dann komme ich zu einem anderen Aspekt. Ich war heute ganz erfreut und habe Ihr Lächeln auch gesehen, Frau Goetsch. Dieses Lächeln freut mich ja immer. Aber in einem Punkt schaffen wir auch etwas Neues im Bereich der Kindertagesbetreuung – auch das ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland –, nämlich in den nächsten vier Jahren Bildungsstandards fest zu implementieren. Wir werden damit bis 2008 eines der Bundesländer mit dem fortschrittlichsten Bildungsauftrag für den Bereich der Kindertagesbetreuung sein. Die Schaffung von verbindlichen Standards, die Schaffung von Bildungsplänen, Frau Goetsch, haben Sie doch sicher gerne zur Kenntnis genommen. Es steht nämlich auch im Regierungsprogramm und das wird umgesetzt werden.

Dann komme ich zum Bereich der Verantwortung und auch zu der Frage, wie man sich denn bei der SPD einlässt. Es wurde signalisiert, man sei zur Zusammenarbeit bereit. Dann lese ich aber in unserer Lieblingszeitung, der "Welt": "Kita-Entscheid wird zur Machtprobe", vom Bestreben der SPD, im Juni die Abstimmung über ein hochbrisantes, wichtiges politisches Ereignis zu einer Machtprobe Ja oder Nein verkommen zu lassen. Wenn Sie von Verantwortung sprechen und eine gewisse Bescheidenheit haben – Sie haben bereits einmal in der Vorphase des Wahlkampfes mit dem entsprechenden Wahlergebnis erlebt, dass solche Machtproben populistischer Art für ein so elementar wichtiges Thema nicht geeignet sind und auch von den Menschen dieser Stadt nicht angenommen werden –, wenn Sie diese Abstimmung als Machtprobe missbrauchen, werden wir sicherlich nicht weiterkommen.

B In diesem Zusammenhang steht auch die Frage, was Sie eigentlich erreichen wollen. Wenn wir uns über die Wichtigkeit dieses Themas einig sind, räsen zurzeit zwei Loks mit Hochgeschwindigkeit gegeneinander. Die Frage ist, ob Sie die richtigen Weichen stellen können, auch in einer verantwortungsbewussten Politik diesen Zusammenstoß zu verhindern, denn Sie werden nicht der Sieger dieses Zusammenstoßes sein, wir auch nicht, sondern die Leidtragenden in dieser Stadt sind die Familien, für die wir bereits so viel erreicht haben. Dieses wollen Sie anscheinend unter der Maßgabe einer politischen Notwendigkeit kaputt machen; das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, wir sind bereit, in dieser Bescheidenheit und mit dieser Verantwortung jetzt das Fundament, das gelegt wurde, auch durch die tragenden Wände zu ergänzen, die Kindertagesbetreuung als Teil einer guten, modernen Familienpolitik, als Teil einer modernen Sozialpolitik und auch als Teil einer Bildungspolitik aufzubauen, und wir werden auch bereit sein, wenn es konstruktive Anlässe gibt, dem zuzustimmen. Wir stimmen heute Ihrem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Frau Blömeke das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will jetzt das Fass der Regierungsdebatte gar nicht wieder aufmachen. Ich haben einen Vorteil: Ich bin neu hier und deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich Ihnen allen vorstellen. Ich freue mich auf unsere zukünftige Zusammenarbeit, die aber sicherlich davon geprägt sein wird, dass wir mit den

C Damen und Herren – mit den wenigen Damen und den vielen Herren der CDU – nicht immer der gleichen Meinung sind. Das liegt aber in der Natur der Sache aus Opposition und Regierung. Doch ich denke, wir werden uns in anregenden Debatten auch mit manchen Inhalten gut auseinander setzen können.

In diesem Sinne möchte ich jetzt zum Thema kommen. Lassen Sie mich gleich vorweg ein Fazit fassen. Meines Erachtens ist der Antrag der SPD-Fraktion eigentlich überflüssig, das heißt, er sollte überflüssig sein, denn es wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit gewesen, die Ergebnisse der Lenkungsgruppe hier zu präsentieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dieser Zeitpunkt der Präsentation ist mit dem 17. Januar nicht nur einmal, sondern mit der Ankündigung, die Ergebnisse Mitte März zu präsentieren, gleich zweimal überschritten worden. Das ist etwas, was wir überhaupt nicht unterstützen können. Vielleicht ist dieser Mangel an Transparenz aber auch so zu erklären, dass die Ergebnisse zwar längst bekannt sind, aber jetzt als Grundlage für eine neue Lenkungsgruppe – man munkelt schon, unter Federführung von Klaus Meister – dienen soll, der dann Licht in das Kita-Dunkel bringen soll.

E Es ist nicht unsere Aufgabe, Mutmaßungen über die Resultate der Lenkungsgruppe anzustellen, aber es ist Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, nach all den Entwicklungen im Kita-Chaos, zu der übrigens auch das dubiose Verschwinden der Kita-Akten gehört, die Bürgerschaft, die Öffentlichkeit, die Kitas und die Eltern zu informieren, besser noch als zu informieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, mitzugestalten. Das fehlt nämlich hier in einem ganz erheblichen Maße. Da ist es doch nicht verwunderlich, dass wir, die GAL-Fraktion, das Misstrauen der SPD teilen und die Vorlage der Arbeitsergebnisse per Bürgerschaftsbeschluss manifestieren möchten. Ich bin sehr erfreut zu hören, dass Herr Weinberg das ähnlich sieht, und es jetzt endlich so vorangeht, wie es uns Bürgermeister von Beust eben auch in seiner Regierungserklärung versprochen hat, dass das Konzept vorgestellt wird.

Fehrlich gesagt wundert uns aber gleichzeitig auch nicht, warum die Ergebnisse bislang noch gar nicht an die Öffentlichkeit gedrungen sind, denn das, was aus den Sitzungen dank der Presse an die Öffentlichkeit gekommen ist, ist alles andere als fortschrittlich und passt überhaupt nicht zu den schönen Worten unseres Bürgermeisters.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Vorschläge reichen von Standardabsenkung und Erhöhung der Elternbeiträge im Sinne von Gebühren hoch und Qualität runter bis hin zu dem Begehren, die gerade verhandelten Rahmenverträge mit den Kita-Trägern wieder zu kündigen und erneut und sicherlich nicht zum Vorteil der Kita-Träger zu bestimmen. Doch die Lenkungsgruppe hat noch mehr unangenehme Botschaften, auf die ich hier im Einzelnen gar nicht eingehen möchte. Eines ist mir aber wichtig – das wurde eben auch schon angesprochen –, die Erhöhung der Elternbeiträge. Sicherlich müssen wir alle irgendwo etwas leisten und auch für eine gute, qualifizierte Kita-Bildung Geld bezahlen, das ist richtig. Aber die Erhöhung der Elternbeiträge geht eindeutig in die falsche Richtung. Wir reden hier über eine Steuerung durch Verteuerung und diese soll die Eltern auf den Weg in die angeblich richtige Kinderbetreuung bringen. Höhere Beiträge für einen Krippen-

A platz, verbunden mit einem gleichzeitigen Gutscheinstopp und einer verbilligten Tagespflege schaffen hier ein gewolltes Anreizsystem für die Tagespflege und nehmen – und das ist jetzt wichtig – den Eltern die reale Wahlmöglichkeit zwischen diesen Betreuungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren! Steuerung durch Verteuerung auch im Elementarbereich, wie sollte es anders sein, die Vier-Stunden-Plätze sollen billiger werden. Kein Wunder, darauf hat ja auch jeder einen Rechtsanspruch. Wer sein Kind jedoch sechs Stunden qualifiziert in einer Einrichtung betreut wissen möchte, muss nach Vorstellung der Lenkungsgruppe demnächst sehr viel tiefer in die Tasche greifen oder vielleicht, wenn es nach der CDU geht, am besten wieder zu Hause bleiben. Steuerung durch Verteuerung ist die neue Art von angeblicher Beitragsgerechtigkeit, die uns die CDU verkaufen will, über die bislang aber lieber noch geschwiegen wird. Doch es ist an der Zeit, dieses Schweigen zu brechen.

– Interessiert Sie das Thema "Kinderpolitik" nicht, meine Damen und Herren dahinten?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Herren!)

– Gut, wir haben nur Herren dahinten.

Es ist nicht verwunderlich – vielen Dank, Frau Dr. Hilgers – dass die Herren das Thema Kinderbetreuung nicht so interessiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Andreas Mattner CDU: Na, na, nicht so oberlehrerhaft!)

B

Es ist an der Zeit, dieses Schweigen zu brechen, denn die Realität sieht anders aus. Ich erwähnte schon, dass sie nicht zu den Worten von Ole von Beust passt, denn es ist nicht gerecht, wenn Krippenplätze nicht für alle Mütter und Väter zur Verfügung stehen, sondern nur noch für die, die es sich leisten können. Es ist auch nicht gerecht, Mütter und Väter mit einem höheren Beitrag für einen Sechs-Stunden-Platz zu bestrafen, nur weil sie berufstätig sein müssen oder wollen. Es ist auch nicht gerecht, Bewilligungskriterien hinnehmen zu müssen, die benachteiligte Menschen noch weiter benachteiligen, und es ist weder gerecht noch richtig, wenn Berichte und Ergebnisse zurückgehalten werden, die für eine offene Auseinandersetzung im Kita-Bereich wichtig sind.

Ein Appell an Sie alle, auch an die Herren der CDU: Wir sollten uns gemeinsam dafür entscheiden, für Kinderbetreuung nicht ausschließlich betriebswirtschaftliche Aspekte anzulegen. So hoffe ich, dass sich die Kita-Politik, wenn sie jetzt zur Chefsache wird, auch den wirklich wichtigen Fragen widmen wird, zum Beispiel, wie vor allem eine vielfältige – ich betone das Wort "vielfältige" – und nicht nur einseitig in Richtung Tagespflege ausgerichtete Kinderbetreuungspolitik aussehen kann und – darüber ist heute noch nicht ein Wort gefallen – wie eine verbesserte Qualitätssicherung sowohl in den Kitas als auch insbesondere in der Tagespflege aussehen soll. Die gesamte Tagespflege ist in großen Bereichen noch eine riesige Grauzone, wo Qualitätssicherung noch nicht unbedingt zum Thema gemacht ist. Es stellt sich auch die Frage, wie Sie den differenzierten Bedürfnissen von Kindern und Familien entgegenkommen wollen. Natürlich ist es oberste Pflicht, die unsozialen Bewilligungskriterien zu überarbeiten.

C Sehr verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, Sie haben jetzt alle Gelegenheit der Welt – so, wie es Ole von Beust gesagt hat –, mutige Schritte zu vollziehen.

(Wolfhard Ploog CDU: Genau!)

Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dem Aufräumen des Kita-Chaos und wirklich zur Verbesserung der Situation beitragen wollen, dann sollten Sie gleich anfangen – ich möchte die Forderung von Christa Goetsch noch einmal aufgreifen – und im Haushalt für 2004 die 1000 Krippenplätze verankern, die wenigstens ein Anfang wären.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Lassen Sie mich nur noch einen Satz sagen. In Ihrer Vision der familienfreundlichen und wachsenden Stadt dürfen die Kinder nicht länger als Sparschweinchen herhalten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag aus der Drs. 18/22 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

D Wir kommen zu den Punkten 5 sowie 8 a bis 8 c, die wir vorhin zurückgestellt haben, den Drucksachen 18/8 sowie 18/26 bis 18/28: Vier Wahlen zu verschiedenen Gremien.

D

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitgliedes des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas – Drucksache 18/8 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses – Drucksache 18/26 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes – Drucksache 18/27 –

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes – Drucksache 18/28 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass zur Drucksache 18/8, Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, das Wort gemäß Paragraph 38 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung gewünscht wird.

Frau Dr. Hilgers, Sie haben das Wort für maximal zwei Minuten.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir möchten zu diesem Wahlvorschlag

A auf ein generelles Problem aufmerksam machen. Formal können Sie diesen Vorschlag für das Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas machen. Wir halten diesen Vorschlag aber für politisch nicht haltbar, denn hier findet eine Vermischung von Exekutive und Legislative statt. Die Person, die Sie vorschlagen, arbeitet in der Senatskanzlei im Ressort Europa und das geht nicht. Ziehen Sie diesen Vorschlag zurück.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Hesse wünscht ebenfalls das Wort. Sie haben es auch für maximal zwei Minuten.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zwei Minuten brauche ich nicht. Der Vorschlag Bettina Machaczek ist von der Bürgerschaftskanzlei geprüft worden. Bettina Machaczek ist eine ausgewiesene Europaparlamentarierin,

(*Petra Brinkmann SPD:* Darum geht es nicht!)

die auch schon in der 16. Wahlperiode dort Erfahrung gesammelt hat. Es bestehen von der Bürgerschaftskanzlei keinerlei

(Glocke)

Bedenken, dass Frau Machaczek dieses Mandat anstreben und annehmen kann.

(Glocke)

Insofern wird die CDU-Fraktion

B (Glocke)

Bettina Machaczek heute wählen. – Entschuldigung.

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Sie sollten zur Geschäftsordnung reden und nicht über die Person.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU:* Das hat er gerade gemacht!)

Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es handelt sich in diesem Fall auch um eine Überschneidung der Ebenen. Aus diesem Grunde können wir dieser Wahl nicht zustimmen. Ich bitte Sie aber trotzdem, noch einmal zu bedenken, dass wir zwei Jahre lang genug mit so genannten "Geshmäckle" zu tun gehabt haben. Ich finde es sehr schade, dass das wieder so beginnt. Das sollten Sie ernsthaft überlegen. Das ist seitens unserer Fraktion nicht zustimmbar.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Bernd Reinert CDU:* Das ist doch absolut lächerlich! Was macht Herr Mahr im Innenausschuss? – Gegenruf von Christa Goetsch GAL: Wir hätten das wissen müssen! – *Wolfgang Beuß CDU:* Das ist eine Frechheit!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Wahlen. Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen je ein Feld für Ja-

C Stimmen, für Nein-Stimmen und für Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze bei einem Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte die Schriftführerinnen, alsbald mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden jetzt ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass sie zu Protokoll gegeben werden können. – Vielen Dank.*

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Berndt Röder: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf, Drucksache 18/47, interfraktioneller Antrag zur Einsetzung der Ausschüsse.

[**Interfraktioneller Antrag:
Einsetzung der Ausschüsse – Drucksache 18/47 –**]

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf, Drucksache 18/12, Senatsantrag: Mandat des Hamburger Senatsvertreters im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union.

[**Senatsantrag:
Mandat des Hamburger Senatsvertreters im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union
– Drucksache 18/12 –**]

Wer möchte dem Senatsantrag zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, Drucksache 18/13, Senatsantrag: Haushaltsjahr 2003 Titel 6100.681.86 "Wohngeld, Zweckzuweisung an die Bezirke", hier: Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 1 444 000 Euro.

[**Senatsantrag:
Haushaltsjahr 2003
Titel 6100.681.86 "Wohngeld, Zweckzuweisung an die Bezirke" hier: Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 1 444 000 Euro – Drucksache 18/13 –**]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf, Drucksache 14, Senatsantrag: Haushaltsjahr 2003, nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach Paragraph 37 Absatz 4 Landeshaushaltssordnung.

* Ergebnisse siehe Seite 60

A [Senatsantrag:

Haushaltsjahr 2003**Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 LHO****– Drucksache 18/14 –]**

Wer möchte diesen Senatsantrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
- Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Enthaltung? – Dies ist mehrheitlich auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Die SPD-Fraktion hat eine nachträgliche Überweisung der Drucksache 18/14 an den Haushaltsausschuss beantragt. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 18/15, Senatsantrag: Nachbewilligung von Mehrbedarfen für das Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 251 000 Euro beim Titel 3160.684.10 "Finanzhilfen für allgemeine Schulen in freier Trägerschaft".

B [Senatsantrag:

Nachbewilligung von Mehrbedarfen für das Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 251 000 Euro beim Titel 3160.684.10 "Finanzhilfen für allgemeine Schulen in freier Trägerschaft" – Drucksache 18/15 –]

Der Abgeordnete Marino Freistedt hat erklärt, wegen möglicher Befangenheit an der Abstimmung nicht teilnehmen zu wollen.

In Ziffer 1 wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt. Wer möchte Ziffer 2 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
- Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Die Drucksache 18/15 möchte die SPD-Fraktion ebenfalls nachträglich an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 a auf, Drucksache 50: Dringlicher Senatsantrag zur Neustrukturierung der Behörden.

[Dringlicher Senatsantrag:

Neustrukturierung der Behörden**– Drucksache 18/50 –]**

Mir ist signalisiert worden, dass hier das Wort nach Paragraph 26 Absatz 6 GO begeht wird. Ist das der Fall? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Maaß hat es für maximal fünf Minuten.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dieser Vorlage soll das Ende der Umweltbehörde beschlossen werden. Das ist denn doch ein paar Worte würdig. Ich möchte hierzu zwei Dinge anmerken. Das erste betrifft den Inhalt und das zweite die handwerkliche Qualität dieser Vorlage.

Zu der inhaltlichen Frage: Wir hatten mit sehr hohem Begründungsaufwand vor zweieinhalb Jahren vom Senat gehört, wie viel Sinn es machen würde, die Bereiche Umweltschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz integriert in einer Behörde zu haben. Ich glaube, dass man nach zweieinhalb Jahren sagen kann, dass sich diese Kombination tatsächlich bewährt hat. Es hat Synergien gegeben und das Land Bayern – immer gern und nicht nur von Herrn Nagel, sondern allgemein von dieser Seite, als Kronzeuge herbeigerufen – hat ebenfalls einen entsprechenden Ressortzuschnitt nach hamburgischem Modell gewählt. Jetzt soll diese neu gebildete Behörde in Hamburg wieder aufgeteilt und zerschlagen werden.

Es entstehen wieder Kosten, denn man hat gerade angefangen, ein neues Gebäude für das Amt für Gesundheit direkt neben der Umweltbehörde zu bauen. Es ist auch nicht so, dass niemand aus dem alten Senat im jetzigen Senat vertreten ist und nicht mehr wüsste, warum man damals entschieden hat, dieses neue Gebäude für viele hunderttausend Euro zu planen und zu bauen. Dann kommt das Argument der Personalkosten. Der Bürgermeister hat gesagt, dass man einen Behördenchef einsparen könne. Ich sage, Sie sparen vielleicht einen Senator ein, haben dafür aber einen zusätzlichen Staatsrat. Jetzt gibt es eine Staatsrätin für Umwelt und einen Staatsrat für Gesundheit. Langfristig ist ein Staatsrat im Falle eines Regierungswechsels mindestens so teuer wie ein Senator.

(Wolfgang Drews CDU: Um den Regierungswechsel machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Von daher gesehen löst sich auch das Personalkostenargument in Luft auf. Es gibt überhaupt keinen inhaltlichen Grund außer der Tatsache, dass Umweltbelange bei der Verwirklichung von Bauprojekten nicht mehr stören sollen. Das ist fatal für diese Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt zu den handwerklichen Problemen: In der Vorlage steht, dass dieses Gesetz bereits zum 19. April in Kraft treten soll. Meiner Kenntnis nach war zunächst der 1. Mai geplant aus der einfachen Erwägung, weil es doch etwas Aufwand bedeutet, wenn man zwei Behörden zusammenlegen will. Jetzt hat man sich aber dafür entschieden, das Ganze noch ein paar Tage vorzuziehen, obwohl auch schon dieser 1. Mai erhebliche Probleme nach sich gezogen hätte. Und deshalb befürchtete nicht nur die Belegschaft der Behörde für Umwelt und Gesundheit, dass eine solche überstürzte Zusammenlegung bei einem erheblichen Teil des Personals und auch der Personalrä-

A te – zumindest in der Behörde für Umwelt und Gesundheit – erst einmal zur Handlungsunfähigkeit führen wird.

Ich frage Sie: Wenn Sie schon diese Zusammenlegung vornehmen, warum lassen Sie den Behörden nicht wenigstens so viel Zeit, dass eine geordnete Übergabe der Geschäfte möglich ist und dass hier nicht eine Handlungsunfähigkeit eintritt? Vielleicht ist aber genau das gewollt, nämlich die Handlungsunfähigkeit und das Munktotmachen der Umweltbelange in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja eigentlich ungewöhnlich, dass solche Sachen quasi als Tischvorlage behandelt werden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Es stand ja auch in der Zeitung!*)

Es stand in der Zeitung und war auch schon eine Weile diskutiert worden.

Mit der Auflösung der Umweltbehörde hat sich der Senat zum Erfüllungsgehilfen der Handelskammer gemacht. Die Handelskammer hat bereits ungefähr im November eine Broschüre herausgebracht "Metropole der Dynamik", in der eindeutig steht, wie die Handelskammer gern die Behördenzuschnitte hätte. Dort ist auch nachzulesen, dass die Umweltbehörde, damals war es noch die Behörde für Umwelt und Gesundheit, aufgelöst werden sollte. Das wird hier umgesetzt. Das passt auch gut damit zusammen, dass die Handelskammer gleichzeitig gefordert hat, dass ein neuer Flächennutzungsplan aufgestellt werden muss. Dabei stört natürlich die Auseinandersetzung mit der Umwelt und den Umweltbelangen sehr, denn dass sich dann Konflikte ergeben, haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren immerzu miterleben können.

Bei der Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes geht der Senat auch über die Einwände seiner eigenen Fachleute hinweg, denn die Experten in der Baubehörde haben bei einer Podiumsdiskussion zwischen Behördenvertretern, Handelskammer und Umweltfachleuten die Hände über den Kopf zusammengeschlagen, als es darum ging, Stellung zu dem Thema "Neuer Flächennutzungsplan" zu nehmen. Dieses würde jahrelang dauern. Vielleicht erhofft sich der Senat, dieses schneller bewältigen zu können, wenn keine Vertreter der Umwelt mehr nach draußen auftreten.

Herr Senator Freytag hat gesagt: Die Umwelt wird nicht platt gemacht, sondern sie wird aufgewertet. Er hat das gleichzeitig bildlich dargestellt: Die Umwelt sei nicht mehr im Schleptau, sondern säße jetzt mit im Führerhaus. Aber im Führerhaus sitzt immer nur einer am Steuer und da sitzt Freytag. Seine Staatsrätin ist weisungsgebunden und hat natürlich den Mund zu halten bei dem Herrn, der vorne lenkt. Die Umwelt hat also in diesem Senat keine Stimme mehr nach draußen. Eine weisungsgebundene Staatsrätin kann weder Presseerklärungen herausgeben, noch kann sie Pressekonferenzen geben. Hier kann aus dem Senat heraus zum Thema Umwelt nichts mehr erklärt werden. Das ist doppelt schade, weil die Staatsrätin, Frau Dr. Gundelach, eine ausgewiesene Umweltexpertin ist. Wenn man sich eine solche Frau mit in das Senats-

C gremium holt, wäre es wirklich sehr schön, wenn sich diese Frau auch nach außen äußern könnte.

Dann hat der Senat in seiner Regierungserklärung auch vorgestellt, dass das Prinzip "Recycling" vor Neuerschließungen bei den Flächen jetzt ein Grundsatz der Politik sein solle. Das ist eine Sache, die aus dem Wahlprogramm der SPD abgeschrieben sein könnte. Nur, wie wird das denn im Zweifelsfall aussehen?

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Warten Sie es doch ab!*)

Im Zweifelsfall werden die Konflikte, die sich um die Flächennutzung ergeben, gar nicht mehr offen ausgesprochen, sondern es wird intern gleich geklärt, was Sache ist. Die Konflikte werden dann unter den Tisch gefegt, sodass diese gar nicht mehr draußen abgewogen werden können.

Zu verschiedenen Einzelfällen möchte ich gerne wissen, wie der Senat verfährt. Wir haben in Poppenbüttel mit Bürgerinnen und Bürgern eine Reihe von Konflikten um Flächennutzungs- und neue Bebauungspläne. Hier hat der Senat überhaupt noch nicht gesagt, wie er sich verhalten wird, ob er sich für die Umwelt einsetzt

(*Bernd Reinert CDU: Herr Präsident! Es sind gefühlte zehn Minuten!*)

und, was dem entspricht, auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertritt oder ob er dort mit der Planierraupe kommt.

Und wie hält er es mit den Kleingärten? Wir haben in der letzten Legislaturperiode hier vehement darüber gestritten, dass der Senat 6000 Kleingärten einer anderen Nutzung zuführen will. Wer ist denn im Senat noch der Anwalt der Kleingärtner

(*Harald Krüger CDU: Die haben aber auch CDU gewählt!*)

und derjenigen, die es sich nicht leisten können, ein Haus im Grünen zu beziehen?

(*Antje Möller GAL: Das ist die Wirtschaftsbehörde!*)

– Genau, das ist die Wirtschaftsbehörde.

Hier gibt es überhaupt keine Möglichkeit mehr, die verschiedenen Interessen zu artikulieren und zum Ausgleich zu bringen. Wir befürchten, dass durch diese Politik die grünen Belange unter die Räder kommen. Das ist nicht nur eine Frage von "Ökos", sondern das ist auch eine eminent soziale Frage, denn diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die keinen eigenen Garten haben und ihre Wochenenden nicht auf Mallorca verbringen können, sind auf eine intakte Umwelt in der Stadt angewiesen. Doch diese geht dabei kaputt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Engels.

Hartmut Engels CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner und meine Vorrednerin haben davon gesprochen, dass die Umweltbehörde platt gemacht wird. Das Ende der Umweltbehörde sei gekommen. Die Umweltbehörde würde zerstochen werden. Nichts davon ist wahr. Die Umweltbehörde bleibt so bestehen, wie sie ist,

A (Beifall bei der CDU)

allerdings mit einer einzigen Ausnahme,

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Sie sitzt nicht mehr im Senat!)

dass sie keinen eigenen Senator beziehungsweise keine eigene Senatorin mehr hat. Ich möchte Sie aber daran erinnern, gerade die SPD, wie das in Städten aussieht, in denen Sie ebenfalls mitregieren oder regieren. Als Beispiel die Hansestadt Bremen. Dort gehört der Umweltbereich zur Behörde für Bau und Verkehr. Oder zum Beispiel Berlin. Dort gehört der Umweltbereich zur Stadtentwicklungsbehörde. Im Gegensatz zu Berlin haben wir in Hamburg weiterhin eine eigene Umweltbehörde und, Frau Dr. Schaal, wie Sie zu Recht gesagt haben, mit einer sehr tüchtigen und gerade in Umweltfragen sehr renommierten Staatssekretärin. Und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU)

Dann behaupten Sie noch, die Umwelt soll nicht mehr stören. Diese Zusammenlegung der Behörden kann natürlich auch erhebliche Synergieeffekte hervorrufen. Wenn es Konflikte geben soll, dann ist der Raum für das Austragen dieser Konflikte dieser Ort hier, dieses Parlament.

Dann spricht Herr Maaß davon, dass die Zusammenlegung der Behörden zur Handlungsunfähigkeit der Bediensteten führt. Nun hören Sie einmal zu. Wir kennen doch alle die Bediensteten in der Umweltbehörde. Ich bin selber sehr stolz darauf, dass wir dort sehr fachbürtige und sachorientierte Mitarbeiter haben und Sie behaupten, dass eine solche Zusammenlegung zur Handlungsunfähigkeit führe. Das ist doch Unsinn.

(Beifall bei der CDU)

Nein, ich bin sehr sicher, dass wir gerade im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung eine sehr sachbezogene Umweltpolitik weiter fortführen können und dieses wird auch durch die Staatsrätin garantiert. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zu Ziffer 1: Wer möchte das zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes für Verwaltungsbehörden beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich komme zu Ziffer 2: Wer möchte den Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

C Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 18/48: Interfraktioneller Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

[**Interfraktioneller Antrag:
Änderung der Geschäftsordnung der Hamburgischen
Bürgerschaft – Drucksache 18/48 –]**

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 16, Drucksache 18/49: Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes.

[**Antrag der Fraktion der CDU:
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes – Drucksache 18/49 –]**

Wer möchte das neunte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen und damit endgültig beschlossen worden.

D Meine Damen und Herren! Durch das Uhrenumstellen ist es noch hell. Nutzen Sie die gewonnene Zeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.15 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren alle Abgeordneten anwesend.

Zu Punkt 5**Anlage**

(siehe Seite 55 D)

Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas
(Drs. 18/8)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Bettina Machaczek	120	66	46	8	-

Zu Punkt 8 a

(siehe Seite 55 D)

**Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung
des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses**
(Drs. 18/26)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
André Trepoll	121	102	12	7	-

Zu Punkt 8 b

(siehe Seite 55 D)

**Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur
parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes**
(Drs. 18/27)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
André Trepoll	121	101	12	8	-

Zu Punkt 8 c

(siehe Seite 55 D)

**Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz
zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes**
(Drs. 18/28)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
André Trepoll	120	101	11	8	-